

# 2010 - Zukunft der Ausbildung (und Arbeit) in München

Die Dokumentation zum Berufsbildungskongreß  
am 27.01.1997 im DGB-Haus München

## Vorwort zur "elektronischen Ausgabe"

Nachdem es sehr aufwändig wäre, diese Dokumentation den neuen Rechtschreibregeln anzupassen und noch einmal auf Fehler zu überprüfen, wurde sie nahezu unverändert so belassen, wie sie seinerzeit in Druck ging. Obwohl auch das "Design" durchaus überarbeitungsbedürftig wäre, ist das Einzige, was angepasst wurde, die Seitengestaltung. Und dies auch nur dergestalt, dass sie mit dem ursprünglichen Druckbild in etwa übereinstimmt.

München im November 2003

## 2010 - Zukunft der Ausbildung (und Arbeit) in München

**Die Dokumentation zum Berufsbildungskongreß,  
am 27.01.97, DGB-Haus München**

Hrsg.: DGB-Kreis München, Abt. Jugend

Zusammenstellung: Alexander Rager

1. Auflage, 1000 Stck., Nov 03

Druck: FaRo-Marketing

V.i.S.d.P.: Helmut Schmid, Martin Janke, DGB-Kreis München, Abt. Jugend,  
Schwanthalerstr. 64, 80336 München

**„2010 - Zukunft der Ausbildung in München“**  
**Tagesordnung des Berufsbildungskongresses**

**09.<sup>00</sup> Uhr**      Eröffnung                  - Martin Janke, Jugendsekretär  
                          Grußwort                  - Helmut Schmid, DGB-Kreisvorsitzender  
                          Grußwort                  - Dr. Gertraud Burkert, 2. Bürgermeisterin München

**09.<sup>30</sup> Uhr**      **Rahmenbedingungen der (Berufs-)Ausbildung in München**

**Wirtschaftssituation und Ausbildung in München**

- Dr. Reinhard Wieczorek, Referent für Arbeit und Wirtschaft

**Probleme vor der dualen Ausbildung**

- Rolf Leib, Münchner Volkshochschule

**Ist das deutsche Ausbildungssystem reformbedürftig?**

- Prof. Karlheinz Geißler, Universität der Bundeswehr München

**10.<sup>30</sup> Uhr**      **Diskussionsforen**

**Forum 1: Berufsvorbereitung**

**- großer Saal**

Welche Voraussetzungen braucht die Schulpolitik zur Berufsorientierung und Berufsvorbereitung?

Wie muß in München Benachteiligtenförderung aussehen?

ReferentInnen:             - Erich Raab, Deutsches Jugendinstitut  
                                  - Stefan Fischer, Jugendamt München  
                                  - Rudolf Lehner, HWK

Moderation:               - Michael Köhler

**Forum 2: duale Ausbildung**

**- Raum U 05 (Keller Haus 2)**

Sind die Berufsschulen wirklich duale Partner? Wie kann die duale Ausbildung attraktiver gemacht werden?

Wieviele Ausbildungsplätze sind für München notwendig?

ReferentInnen:             - Wolfgang Braun, Arbeitsamt München  
                                  - Erwin Schelbert, Leiter des BBZ Elektrotechnik  
                                  - Franz Schropp, IHK

Moderation:               - Martin Janke

**Forum 3: Ausbildung und Studium**

**- Raum 585 (Haus 3, 5. Stock)**

Gibt es Alternativen zum derzeitigen Ausbildungssystem? Nach der Ausbildung ins Studium - oder nach dem Studium in den Betrieb?

ReferentInnen:             - Prof. Karlheinz Geißler, Universität der Bundeswehr  
                                  - Tatjana Fuchs, DGB-Jugend  
                                  - Dr. Götz Schindler, Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulplanung

Moderation:               - Dr. Susanne Heil

**12.45 Uhr**             **Mittag**

**14.<sup>00</sup> Uhr**      **„2010 - Zukunft der Ausbildung in München“****Podiumsdiskussion - großer Saal**

Industrie- und Handelskammer	- Franz Schropp, Geschäftsführer
Handwerkskammer	- Rudolf Lehner, Ausbildungsberater
Arbeitsamt	- Wolfgang Braun, Leiter der Berufsberatung des Arbeitsamtes
Jugendamt	- Dr. Hubertus Schröer, Leiter des Jugendamtes
Schulreferat	- Elisabeth Weiß-Söllner, Stadtschulrätin
DGB-Kreis München	- Martin Janke, Jugendsekretär
Moderation	- Lore Schulz-Wild, Journalistin

**16.<sup>00</sup> Uhr**      **Zusammenfassung / Perspektiven**

- Michael Köhler für das Sozialpolitische Forum

## Inhaltsverzeichnis

Tagesordnung .....	Seite 2
1. Vorwort .....	Seite 5
2. Einleitung .....	Seite 7
3. Grußworte .....	Seite 13
Helmut Schmid .....	Seite 13
Dr. Gertraud Burkert .....	Seite 15
4. Rahmenbedingungen .....	Seite 18
Dr. Reinhard Wieczorek .....	Seite 18
Rolf Leib .....	Seite 25
Prof. Karlheinz Geissler .....	Seite 30
5. Gesprächsforen .....	Seite 36
Forum 1: Berufsvorbereitung .....	Seite 36
Erich Raab .....	Seite 36
Forum 2: duale Ausbildung .....	Seite 38
Erwin Schelbert .....	Seite 38
Franz Schropp .....	Seite 43
Forum 3: Ausbildung und Studium .....	Seite 47
Dr. Götz Schindler .....	Seite 47
6. Podiumsdiskussion zum Thema: 2010 - Zukunft der Ausbildung in München .....	Seite 55
6.1 Einführung in die Diskussion durch Frau Lore Schulz-Wild .....	Seite 55
6.2 Statements der DiskussionsteilnehmerInnen auf dem Podium .....	Seite 56
6.3 Diskussion zu der Forderung .....	Seite 66
6.4 Diskussion zu Alternativen und Qualität der dualen Ausbildung .....	Seite 73
6.5 Fragen und Diskussionsbeiträge von TeilnehmerInnen des Kongresses .....	Seite 79
6.6 Beantwortung der Fragen und letzte Runde des Podiums .....	Seite 86
7. Schlußwort .....	Seite 90
8. Index .....	Seite 92

# 1. Vorwort

Diese Dokumentation ist das Ergebnis des Kongresses „**2010 - Zukunft der Ausbildung in München**“, der am **27.01.1997** im DGB-Haus in München stattfand und vom DGB-Kreis München, Abt. Jugend zusammen mit der Münchner Volkshochschule, Abt. Berufliche Aus- und Fortbildung und dem Sozialpolitischen Forum veranstaltet wurde.

Ziel des Kongresses war es, eine Berufsbildungsdiskussion für München in einem breiteren und bisher nicht gekannten Rahmen zu eröffnen, bei der in der Aufgabenstellung über den Rahmen der dualen Ausbildung hinaus gedacht und diskutiert werden sollte. Zwei zusätzliche Problemstellungen waren uns dabei in der Betrachtung besonders wichtig. Zum einen ging es um die Probleme, die vor der dualen Ausbildung liegen und sich grob als Schwierigkeiten des Übergangs aus der Schule in den Betrieb, sowohl bei Lernbeeinträchtigten als auch bei Jugendlichen mit sozialen Schwierigkeiten, beschreiben lassen und zum anderen die Probleme, die sich aus einer bisher wenig betrachteten Entwicklung ergeben. Hochschulen und Universitäten werden überwiegend noch nicht als Institution der (Aus-)Bildung für den Arbeitsmarkt gesehen, obwohl sie es schon lange sind, wenngleich ihr Stellenwert dabei noch nicht klar umgrenzt werden kann.

Deshalb ging es im gesamten um die Frage, ob das deutsche (Berufs-) Bildungssystem reformbedürftig sei. Das war die Frage, die sich gleichsam als roter Faden durch den gesamten Kongreß zog und sich auch bewußt auf die beiden oben genannten Problembereiche miterstreckten sollte.

Nach den Grußworten von Dr. Gertraud Burkert, 2. Bürgermeisterin der Landeshauptstadt München und Helmut Schmid, DGB-Kreisvorsitzender, wurden zur Einführung die Rahmenbedingungen der Ausbildung in München aufgezeigt. Hierzu sprachen Dr. Reinhard Wiczorek, Referent für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München, Rolf Leib von der Abteilung berufliche Aus- und Fortbildung der Münchner Volkshochschule und schließlich Prof. Dr. Karlheinz Geißler von der Universität der Bundeswehr München, einer der wenigen Forscher im Bereich der dualen Ausbildung.

In den sich anschließenden Foren wurden schließlich, neben dem Thema der Zukunftsfähigkeit der dualen Ausbildung, viele Fragen zum Studium als Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt genauso wie zur Frage der Berufsvorbereitung in den Schulen diskutiert. Insbesondere die Frage nach der adäquaten Förderung benachteiligter Jugendlicher ohne „Ausbildungsreife“ spielte hierbei eine Rolle. Die Letztgenannten haben oft gar nicht die Voraussetzungen, eine Berufsausbildung zu beginnen und fallen daher in den meisten Diskussionen über die Zukunft der dualen Berufsbildung aus der Betrachtung.

In der abschließenden Podiumsdiskussion mit hochrangigen Vertretern der Stadt München, der Wirtschaft und des DGB gelang es leider nicht im erwünschten Ausmaß, die sehr weitreichenden und unvoreingenommenen Diskussionen der Gesprächsforen fortzusetzen. Es zeigte sich einmal mehr, daß es sehr viel schwieriger ist in offiziellem Rahmen Positionen anzugleichen, als das in Gesprächsrunden gelingt, die ausschließlich der gemeinsamen Positionsfindung dienen.

Da weiterhin angedacht war, den Kongress nicht nur als einmalige Veranstaltung durchzuführen, sondern Anregungen daraus aufzugreifen und weiterführende Aktivitäten zu entwickeln, ist mit dieser Dokumentation das Ergebnis und ein erster Schritt auf diesem Weg erreicht worden. Wir hoffen sehr, daß damit die Berufsbildungsdiskussion, insbesondere innerhalb der Landeshauptstadt München, ausgeweitet und zukünftig im engen Verbund mit der generellen Planung der Wirtschaft in München stehen wird.

Helmut Schmid  
DGB-Kreisvorsitzender

Martin Janke  
Abteilung Jugend

## 2. Einleitung

In Zeiten allgemein hoher Arbeitslosigkeit ist klar, daß auch die Jugendarbeitslosigkeit davon nicht ausgenommen ist. Bei der momentanen Bestandsaufnahme der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung gilt deshalb, daß innerhalb aller Wirtschaftsbereiche die Zahl der Ausbildungsplätze in der dualen Ausbildung jedes Jahr sank. Die Ausbildungsquote (d.h. der prozentuale Anteil an Ausbildungsplätzen gemessen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) als der wichtigere Indikator ging jedoch erheblich stärker zurück. Der Rückgang der Zahl der Ausbildungsverhältnisse übertraf daher den Rückgang der Zahl der Beschäftigungsverhältnisse wesentlich, so daß die gesamtwirtschaftliche Ausbildungsquote 1995 in den alten Ländern nur noch ca. 5 % betrug (1992 = 6 %). In München beträgt die Ausbildungsquote gerade noch 4 % (1987 = 6,1 %). In den Bereichen verarbeitendes Gewerbe, Energie und Bergbau, Verkehr und Nachrichten, sowie der Gebietskörperschaften, ging die Zahl der Ausbildungsverhältnisse anteilig um das Zwei- bis Dreifache mehr zurück, als der Abbau der Beschäftigungsverhältnisse. Im Handel war die Diskrepanz noch ausgeprägter. „Obwohl es im Kredit- und Versicherungsgewerbe einen kleinen Beschäftigungsgewinn gab, wurde auch hier die Zahl der Auszubildenden beträchtlich reduziert (-15 vH).“<sup>1</sup>

Dieses Mehr an Abbau von Ausbildungsverhältnissen ist es, daß zu der ersten Frage Anlaß gibt, ob sich die Berufsausbildung nicht in einer Systemkrise befindet. „Die Berufsausbildung ist nicht in irgendeiner der zyklisch wiederkehrenden Krisen, die man - wie etwa ein Konjunkturtief - mit den vorhandenen Interventionsinstrumentarien überwinden könnte“, merkte dazu Prof. Karlheinz Geißler an. Wenn dies so wäre, würde sich natürlich daran die Frage anschließen, welche Alternativen sich zur dualen Ausbildung entwickelt haben, oder ob „lediglich“ eine langsame Aushöhlung und Auflösung der dualen Ausbildung stattfindet.

Auch in München ist die Tendenz der Aushöhlung unübersehbar, wobei sich dies in den einzelnen Branchen durchaus unterschiedlich entwickelt. Im verarbeitenden Gewerbe hat sich die Beschäftigtenzahl seit 1974 fast halbiert. Demzufolge nahm auch in den produktionsnahen Dienstleistungen die Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse ab.

---

<sup>1</sup> Vgl. alle Daten hierzu aus: DIW, Wochenbericht 41/96 v. 10.10.96, S. 652



Die Anzahl der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich in München dagegen hat leicht zugenommen, obwohl die ehemaligen Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes Bahn und Post massiv Beschäftigte abbauten und abbauen.<sup>2</sup> Im Banken- und Versicherungsgewerbe ist das Beschäftigungswachstum zum Stillstand gekommen. Ob es aus dieser Entwicklung durch „München als europäisches High-Tech-Zentrum“ und „München als Medienstadt“ einen Ausweg gibt, wie ihn Dr. Wieczorek in seiner Analyse beschrieb, muß an dieser Stelle bezweifelt werden - zumindest wird es keine zwangsläufige Entwicklung und Verbesserung sein. Der Strukturwandel allein in der Medienindustrie muß hier durchaus kritisch bewertet werden. Ein Indikator dafür ist die Veränderung der Beschäftigungsverhältnisse. So hat sich z.B. die Zahl der freiberuflich Beschäftigten in der Medienindustrie fast verdoppelt. „Dennoch wird das Wachstum im Medienbereich das Wegbrechen von Arbeitsplätzen im produzierenden Sektor aller Wahrscheinlichkeit nach nicht ausgleichen können“, merkte deshalb auch Dr. Wieczorek an. Die Summe der angebotenen Ausbildungsplätze in München ist, zum ersten mal seit vielen Jahren, 1996 leicht gestiegen, parallel dazu aber erhöht sich bis 2010 die Zahl der SchulabgängerInnen jährlich um 2 %. Auch hier wird es nur durch gemeinsame Anstrengungen gelingen, die Situation für junge Menschen zu verbessern. Dazu verweisen wir nochmals auf die ausführliche Analyse im Reader zur Jugendarbeitslosigkeit in München 1996.<sup>3</sup>

Das Forum 2 hatte die oben beschriebene Entwicklung der dualen Ausbildung als Diskussionsgrundlage. Inwieweit damit die feststellbare Dynamik ein Systemproblem ist, oder welche Veränderungen die duale Ausbildung auch in Zukunft, speziell vor dem Hintergrund der Entwicklungsmöglichkeiten in München, attraktiv gestalten könnten, war zu erörtern. Reine Zahlenvergleiche waren dabei nicht von Bedeutung, und die rein quantitative Versorgung mit Ausbildungsplätzen ist nicht die letzte Zielvorstellung in dieser Problematik. Wenn die Übernahmeperspektiven nach abgeschlossener Ausbildung gering sind, oder der gewählte Beruf aufgrund der Einkommenschancen keinen sicheren Lebensunterhalt gewährleisten kann, muß das Interesse an einer Ausbildung in einem solchen Beruf gering bleiben. Unbesetzte Ausbildungsplätze in verschiedenen Branchen sind also kein Indiz auf einen ausgeglichenen Ausbildungsmarkt.

---

<sup>2</sup> Vgl. dazu: „Jugendarbeitslosigkeit in München“, Reader der DGB-Jugend München, Juli 1996, S. 17 - 26

<sup>3</sup> a.a.O.: S. 27 - 32

Auch zur Rolle der Berufsschule im dualen System stand bei diesem Forum Raum zur Diskussion. Die Berufsschulen als gleichberechtigte Partner, so die Forderung, müssen sich verändern und den neuen Verhältnissen anpassen. Als Dienstleistungszentrum mit einem hohen Grad an Autonomie hinsichtlich der curricularen Gestaltung, der Administration, des Personals und der Finanzen soll sie für die Zukunft gerüstet werden.

Das Forum 1 dagegen hat sich mit der Problematik des weiten Feldes dessen, was vor der dualen Ausbildung liegt, beschäftigt. In immer stärkerem Umfang kommen Jugendliche in die Schwierigkeit zu wenig Qualifikationen für eine Ausbildung vorweisen zu können, oder nicht ausbildungsfähig zu sein und damit eine vorprogrammierte Sozialhilfekarriere vor sich zu haben. Veränderte familiäre Lebensverhältnisse in Großstädten und der Wegfall traditioneller Erziehungs- und Orientierungsinstanzen hinterlassen bei den betroffenen Jugendlichen erhebliche Defizite. Parallel hinzu kommen oft Armutsproblematiken, Sozialhilfeabhängigkeit und eine ungenügende Wohnsituation. All dies wirkt sich sehr negativ auf das Anregungsmillieu für Erziehung und Bildung aus. In den letzten Jahren ist zudem eine starke Zunahme von Alkohabetisierungssyndromen zu beobachten.

Den Entlaßschülern aller Schulgattungen stehen auf dem Bewerbermarkt um Ausbildungsstellen, durch die vergangenen Jahren „aufgestaut“, inzwischen über 3.000 unversorgte Bewerber gegenüber, die sich in irgendeiner Weise in Berufsvorbereitungen, Nachqualifizierungen, oder ohne jegliche Maßnahme befinden. Dies entspricht etwa 20 % der Entlaßschüler, verglichen mit den Abschlußzahlen an Hauptschülern 1997 (2.780) bilden diese Jugendlichen inzwischen sogar eine Mehrheit. Hier entwickelt sich eine gewaltige sozialpolitische Herausforderung für die Stadt München. Einerseits sind die Maßnahmen der Berufsvorbereitung und Nachqualifizierung inzwischen ein unverzichtbarer Bestandteil des Übergangssystems von der Schule zum Beruf geworden, müssen also weiter finanziert werden, denn obwohl die TeilnehmerInnen immer noch von einer Stigmatisierung als in Warteschleifen befindlich betroffen sind, stellen diese Maßnahmen oft die einzige Möglichkeit dar, überhaupt eine Chance auf eine berufliche Ausbildung zu bekommen. Andererseits bildet diese Gruppe ein erhebliches Potential an anfälligen und gefährdeten Jugendlichen. „Ein Indiz, daß die pädagogischen und erzieherischen Funktionen der Unterstützungsstruktur Familie und Schule bei Teilen der jungen Mitbewohner/innen nicht mehr greift, ist die Zunahme der Jugenddelinquenz in München. So haben die Verfahren insgesamt seit 1989 laut Jugendgericht um 42% zugenommen,“

führte Rolf Leib von der Münchner Volkshochschule aus. Das Hauptproblem liegt eben nicht in erster Linie beim Ausbildungsstellenmarkt, wie er weiter anmerkte, sondern bereits in den Prozessen davor. Es wäre sicherlich falsch, die einzelnen Problemlagen nur über das „Nadelöhr“ duale Ausbildung lösen zu wollen. Die zunehmend größeren Probleme der Hauptschulen, wie auch der Familien, die SchülerInnen genügend auf das Berufsleben vorzubereiten, machen deutlich, daß das Nachdenken über neue Wege der Zusammenarbeit der verschiedenen Träger von Qualifizierungsmaßnahmen und eine Umstrukturierung der Schulen unabdingbar sind. Also: „nachschulische berufsvorbereitende Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sind nicht mehr nur Lückenbüßer und Ausfallbürge für nicht vorhandene Ausbildungsplätze, sondern auch ein wertvoller neuer Bestandteil eines modernen Berufsbildungs-Gesamtsystems,“ ist daher die Konsequenz für Erich Raab vom Deutschen Jugendinstitut.

Den zunehmenden Bildungsdefiziten einer wachsenden Zahl Jugendlicher steht auf der anderen Seite eine höhere Qualifizierungsanforderung vieler Betriebe an die Berufseinsteiger gegenüber. Das UNI-Magazin der Bundesanstalt für Arbeit stellte für die oben angesprochene Werbewirtschaft fest: „[Daraus] geht ein weiterer Trend klar hervor: die zunehmende Akademisierung der Werbebranche. Bereits die Hälfte der Stellenangebote enthält die Voraussetzung „abgeschlossenes Hochschulstudium“. In den siebziger Jahren forderten dagegen nur 18 Prozent der Inserate diese Qualifikation.“<sup>4</sup> Dem Bundesinstitut für Berufsbildung sagte die Hälfte der Betriebe, daß sie Probleme hätte geeignete Bewerber zu finden, weil ihre Anforderungen relativ hoch seien.<sup>5</sup>

Dies ist dann auch der Schnittpunkt mit dem Forum 3 und seiner Diskussionsgrundlage. Zwei völlig unterschiedliche gesellschaftlicher Veränderungen, die gewaltige Konsequenzen für die duale Ausbildung haben, waren hier Ausgangspunkt der Erörterung. Einerseits hat sich das Bildungsverhalten in der BRD verändert, mit dem Resultat, daß die Zahl der Hauptschüler ohne qualifizierenden Abschluß beständig zugunsten der Zahl der Realschüler und Gymnasiasten sinkt. Von den Schulabgängern wiederum wollten 1993 50 Prozent (Vorjahr 47 Prozent) in eine weiterführende Schule bzw. zur Hochschule gehen und nur 43 Prozent (Vorjahr 47 Prozent) eine Lehre beginnen<sup>6</sup>.

---

<sup>4</sup> UNI-Magazin, 20. Jahrg., Nr. 3/96, Hrsg. Bundesanstalt für Arbeit

<sup>5</sup> Vgl. dazu Reader zur Jugendarbeitslosigkeit 1996, S. 8

<sup>6</sup> a.a.O.: S. 6 - 16

Andererseits löst sich das traditionelle Berufsbild und -verständnis auf. Nicht mehr der lebenslange Beruf, sondern Tätigkeiten in verschiedenen Sparten prägen zunehmend die einzelnen Lebensbiographien. Mehr und mehr wird Ziel und Inhalt der Ausbildung das Lernen des Lernens, und das Ende der Ausbildung fällt oft mit dem Anfang der Weiterbildung zusammen. Fachhochschulen und Universitäten aber bieten für eine solche Entwicklung wesentlich bessere (Verwertungs-)Bedingungen als jede Ausbildung innerhalb des dualen Systems. Die Betriebe gewinnen dadurch einen doppelten Vorteil: zum einen werden die Dispositionsmöglichkeiten erweitert, d.h. sie sind nicht an langfristige Ausbildungsentscheidungen gebunden, und zum anderen die Ausbildungskosten an staatliche Institutionen externalisiert.

Gleichzeitig ergibt sich (fast zwangsläufig) eine Veränderung in den gesamten Studienbedingungen und -verläufen. Immer mehr Studierende studieren als TeilzeitstudentInnen. Darunter werden StudentInnen verstanden, die im Schnitt 5 Wochenstunden weniger als VollzeitstudentInnen für das Studium verwenden (können). Ein wichtiger Grund für diese Entwicklung ist die wachsende Notwendigkeit der Finanzierung des Studiums, da zunehmend auch Studierende bildungs- und einkommensschwächerer Familien den Zugang zu Universitäten und Fachhochschulen gefunden haben. Besonders nimmt dabei der Anteil von Studienanfängern mit Erwerbstätigkeit oder Berufsausbildung vor Studienbeginn gewaltig zu: zwischen 1985 und 1994 an Universitäten von 17 % auf 23 % und an Fachhochschulen von 50 % auf 65 %. „Wissenschaftliches Studium muß als Lebensphase ernstgenommen werden. Die Notwendigkeit und das Bedürfnis der Studierenden Leben und Erwerbstätigkeit neben dem Studium selbständig zu organisieren und zu koordinieren, führen zu einer Änderung des Studierverhaltens. Daraus ergibt sich eine Schlußfolgerung, die über die Empfehlungen unserer Untersuchung hinausgeht. Notwendig ist eine andere Studienstruktur“, ist aus dieser Entwicklung die Konsequenz für Götz Schindler vom bayerischen Staatsinstitut für Hochschul- forschung und Hochschulplanung.

Eines wurde auf diesem Kongreß deutlich: viele Problemfelder konnten in ihrer Dimension nur gestreift werden und vor allem die gemeinsamen Schnittpunkte vorerst nur vage bestimmt werden. Darum bleibt mit Prof. Karlheinz Geißler festzuhalten: „Man kann die Probleme des dualen Berufsbildungssystems nicht wirklich angehen, ohne den gegenwärtigen bildungspolitischen Horizont zu überschreiten. Den Mut dazu, den bräuchten zuallerst die Unternehmer und deren Verbände sowie die Gewerkschaften und schließlich auch die staatlichen Bildungspolitiker.“

### 3. Grußworte

#### Helmut Schmid, DGB-Kreisvorsitzender

Wer heute keinen Ausbildungsplatz bekommt, wird wahrscheinlich morgen keinen Arbeitsplatz finden. Keine Ausbildung zu haben ist kein zeitlich begrenztes Problem, vielmehr beginnt damit ein Kette von Problemen, denen später nur mit größten Anstrengungen entkommen werden kann.

Leider ist eine abgeschlossene Ausbildung inzwischen auch kein Garant mehr für eine anschließende Festanstellung. 1991 gingen in Deutschland 13% nach der Lehre in die Arbeitslosigkeit, 1995 war es im Westen 18 % und in den neuen Bundesländer 36 %. Dennoch - nach wenigen Monaten kommen viele junge Arbeitslose mit abgeschlossener Berufsausbildung wieder zu einem Arbeitsplatz.

Diejenigen, die keine Ausbildung haben, sind dagegen nach wie vor schlecht vermittelbar. Sie sind deshalb unter den Arbeitslosen erheblich überrepräsentiert. Bei den unter 20jährigen sind 57 % in Ost- und 79 % in Westdeutschland ungelernnt. In der Altersgruppe der 20- bis 24jährigen, die keine Erwerbsarbeit finden, ist im Westen jeder zweite ohne Berufsausbildung. Insgesamt sind in der Altersgruppe zwischen 20 und 30 Jahren aber nur 13 % ungelernnt. Aber auch 13% Ungelernte sind noch viel zu viel.

Nach Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung konnte in Deutschland 1991 noch jeder 5. Arbeitsplatz von Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung besetzt werden, aber diese Quote wird sich in den nächsten Jahren dramatisch reduzieren und dürfte in München heute schon deutlich geringer sein. Für das Jahr 2010 werden nur noch 10 % der Arbeitsplätze Ungelernten zur Verfügung stehen. Was aber passiert mit der Generation der heute unter 20jährigen? Welche Perspektiven haben sie?

Das vergangene Ausbildungsjahr hat erstmals seit 10 Jahren auch in Westdeutschland mit einer Negativbilanz abgeschlossen. Der Rückgang an Ausbildungsplätzen dauert an. Statt der von den Arbeitgebern versprochenen 8 % zusätzlichen Plätzen sind 3,8 % weniger angeboten worden. Und in München war es sogar ein Rückgang um 10% der bei Arbeitsamt angebotenen Ausbildungsplätze.

Die Folgen sind mittlerweile nicht mehr zu übersehen. Seit 1991 steigt die Arbeitslosigkeit bei den Jüngeren deutlich. Zwar gab es 1995 aufgrund der von den Gewerkschaften erreichten Übernahmetarifverträge eine leichte Entspannung, aber bereits in diesem Jahr ist das Niveau von 1994 deutlich überschritten. Fast eine halbe Millionen Arbeitslose in diesem Deutschland sind unter 25 Jahren. In München waren es im Dezember über 5.000 und damit fast 8 Prozent der 64.000 im Arbeitsamtsbezirk gemeldeten Arbeitslosen.

Arbeitslosigkeit bedeuten immer Perspektivenverlust. In einer Lebensphase, in dem man eine Familie gründen möchte, ist dieser Perspektivenverlust besonders dramatisch. Hier wird jungen Menschen die Zukunft verweigert. Dies gilt genauso für die Altersgruppe, die anfängt, sich mit der Frage des Berufsstarts zu beschäftigen und in den letzten Jahren des Schulbesuchs steckt. Wenn wir immer wieder neu von zunehmender Gewalt unter Jugendlichen hören, hat dies sicherlich mit den schlechten Perspektiven dieser Altersgruppe zu tun.

Dabei müssen wir uns ganz besonders um die nichtdeutschen Jugendlichen kümmern. Wir müssen ihnen und ihren Eltern viel stärker die Notwendigkeit einer Ausbildung vermitteln. Hier ist in München eine konzertierte Initiative wie in Nürnberg oder Köln dringend erforderlich. Und gleichzeitig werden diese Jugendlichen mit dem Kanther-Erlaß - Stichwort neue Visumpflicht - erneut in die Ecke gestellt. Dies können und wollen der DGB und die Einzelgewerkschaften nicht akzeptieren. Und, um dies hinzuzufügen, gegen die platten Sprüche die Ausländer seien an allem Schuld, werde ich mich auch weiterhin mit aller Kraft zur Wehr setzen.

Eine deutliche Zunahme an Ausbildungsplätzen müssen wir in diesem Jahr in München erreichen. Der Abbau muß endlich gestoppt werden. Daher hat die DGB-Jugend eine Kampagne entwickelt, die 500 zusätzliche Ausbildungsplätze fordert. Diese 500 zusätzlichen Ausbildungsplätze brauchen wir angesichts steigender Schulentlaßzahlen nicht nur 1996, sondern auch jeweils in den folgenden Jahren. 500 zusätzliche Ausbildungsplätze pro Jahr wird es also auch noch im Jahr 2000 heißen müssen.

Gleichwohl wird uns dies nicht reichen. Zwischen 3.000 und 6.000 Jugendliche sind unserer Ansicht nach derzeit schon in München ohne Ausbildungsplatz. Sie befinden sich in einer Warteschleife und versuchen, den fehlenden Ausbildungsplatz in berufsvorbereitenden Maßnahmen oder durch die Fortsetzung ihres Schulbesuch mit ungewisser Perspektive zu überbrücken. Was mit diesen Jugendlichen geschehen kann, wird sicher auch Thema des heutigen Kongresses sein.

Wenn es Ihnen gelingt, heute hier den Anstoß für neue Entwicklungen und zusätzliche Ausbildungsplätze zu geben, dann wäre das ein schöner Erfolg. Ich kann Ihnen versichern, der Münchner DGB wird in den nächsten Jahren nicht müde werden, immer wieder Initiativen für zusätzliche Ausbildungsplätze anzunehmen. Er wird nicht müde werden, auf die Notwendigkeit beispielsweise der AFI-Projekte hinzuweisen.

Kein Handwerks- oder Industriebetrieb und keine öffentliche oder private Verwaltung darf sich aus der Verantwortung stehlen. Die Landeshauptstadt München muß nicht nur ein positives Beispiel in der Rolle als Arbeitgeber sein, sondern muß Motor für zusätzliche Ausbildungsplätze werden.

In diesem Sinn wünsche ich Ihnen viel Erfolg bei dem heutigen Kongreß.

## Dr. Gertraud Burkert, 2. Bürgermeisterin, Landeshauptstadt München

### Ausbildung im Jahr 2010

Das Mädchen im Jahre 2010 geht in ein Berufsbildungszentrum für Pflegeberufe, wo sie für ihren späteren Einsatz in der Intensivstation für Frühgeborene qualifiziert wird. Ihr Freund wird gleichzeitig beim Fernsehen als Datenübertragungselektroniker ausgebildet (Vielleicht - und dies wäre schon ein Fortschritt - ist es auch umgekehrt). Beide haben Abitur gemacht und die Ausbildungsplätze dienen beiden als erstes Standbein auf dem schwierigen Weg (eine fast notwendige Voraussetzung für gute Ausbildungsplätze) in Ihre Berufslaufbahn. Die Ausbildungs- und Arbeitssituation insgesamt ist von Arbeitslosigkeit gezeichnet, vor allem Jugendliche, die nicht über so gute „Startqualifikationen“ verfügen, bleiben auf der Strecke.

So oder so ähnlich könnte die Situation im Jahr 2010 aussehen, oder noch schlimmer. Wie es wirklich aussehen wird, hängt auch von unserem gemeinsamen Gestaltungswillen und -möglichkeiten ab, und die Frage, welche Chancen wir jungen Menschen im Übergang von der Schule zum Beruf geben, wird eine entscheidende Zukunftsfrage sein, sowohl wirtschafts- als sozialpolitisch.

Die Entwicklung der Persönlichkeit von Mädchen und Jungen wird in entscheidendem Maße davon bestimmt, ob und wie es ihnen gelingt ihren Lebensunterhalt selbständig zu verdienen mit einer Tätigkeit, die Sinn macht und Zukunftsperspektiven bietet. Wichtige Voraussetzung hierfür ist eine fundierte berufliche Qualifizierung.

Die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hängt in hohem Maße von der Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren Ideenreichtum und Leistungsbereitschaft ab. Der Standortfaktor Bildung hat eine Schlüsselstellung bei der sozioökonomischen Entwicklung der Stadt. Die allgemeine und berufliche Bildung sind wichtige Potentiale, von deren Entfaltung die Bewältigung des Strukturwandels in Stadt und Region abhängen.

### **Ist die Zukunft des dualen Systems gefährdet ?**

Über die Zukunft des dualen Systems der Berufsausbildung, das lange Zeit weitgehend unangefochten als das Erfolgsmodell der Berufsausbildung galt, wird seit einigen Jahren wieder verstärkt diskutiert. Stichworte dazu: Veränderung der Bildungsinteressen von Jugendlichen und ihren Eltern, politische und ökonomische Veränderungen wie deutsche Vereinigung, europäische Union, Strukturwandel der Wirtschaft, Veränderungen der Arbeitsorganisation, demographische Entwicklung, die sich öffnende Schere zwischen Angebot an Ausbildungsplätzen und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen, die sinkende Zahl der Auszubildenden.

Auch in München ist die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze strukturell zurückgegangen. Von Oktober 1995 bis September 1996 wurden beim Arbeitsamt 13.136 Lehrstellen gemeldet, 1.554 weniger als im Vorjahr, das bedeutet einen Rückgang bei den gemeldeten Ausbildungsstellen um 10,6 %. Derzeit scheint sich dieser Trend umzukehren.

Die Jugendarbeitslosigkeit wächst - auch in München (wenn auch bei bundesweit unvergleichbar besserer Ausgangssituation) bei beiden Gruppen von Jugendlichen: der Gruppe der Jugendlichen, die nach der Lehre nicht in ein reguläres Arbeitsverhältnis übernommen werden, und der Gruppe von Jugendlichen, die erst gar keinen Ausbildungsplatz erhalten haben. So gab es im Dezember 1995 1.041, im Dezember 1996 1.131 jugendliche Arbeitslose unter 20 Jahren (eine Steigerungsrate von

8,6 %). Diese Entwicklungen sind arbeitsmarktpolitisch brisant. Wenn heute nicht ausgebildet wird, werden morgen die Fachkräfte fehlen. Der Abbau von Ausbildungsplätzen ist dabei in engem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung zu sehen. So betrifft der Rückgang besonders die großen Industriebetriebe, die großen Unternehmen des Finanzdienstleistungssektors (Banken, Versicherungen), die großen Unternehmen des Einzelhandels und den öffentlichen Dienst.

Die Zahl der Schulabgänger wird in den nächsten 10 Jahren weiter kontinuierlich zunehmen. Zugleich sind die Ansprüche der Schule, das schulische Niveau in den letzten Jahren ständig angestiegen, gleichzeitig wächst die Anzahl der Jugendlichen, die als nicht "ausbildungsfähig" gelten. Fehlende Ausbildungsplätze können zur Gefahr des sozialen Friedens in unserer Stadt werden. Es gibt in München immer noch eine Reihe auch zukunftssträchtiger Ausbildungsplätze, die nicht besetzt wurden, da die Arbeitgeber die Ansicht vertreten, daß die Bewerber nicht in der Lage seien, den Anforderungen der Berufsschule und des Ausbildungsplatzes gerecht zu werden. Vermißt wird neben ausreichender Deutschkenntnisse bei ausländischen Jugendlichen die sogenannte Sozialkompetenz. Die Bemühungen der Jugendlichen, einen Ausbildungsplatz zu finden und die Fähigkeit, die Ausbildung erfolgreich zu beenden müssen wir verstärkt unterstützen. Etwa die Hälfte der derzeit Arbeitslosen unter 25 Jahren hat keine abgeschlossene Ausbildung.

Das Arbeitsamt geht davon aus, daß in den nächsten 10 Jahren das Ausbildungsplatzangebot stetig um zwei Prozent wachsen müßte, um alle Bewerber und Bewerberinnen mit Ausbildungsplätzen versorgen zu können.

Der Wettstreit um (attraktive) Ausbildungs- und Arbeitsplätze wird größer. Wer wird künftig Chancen im Wettbewerb um einen bezahlten Arbeitsplatz haben? Eine abgeschlossene Erstausbildung ist die Eintrittskarte in das Erwerbsleben. Die wichtigste Forderung ist deshalb:

**Ausbildung muß für alle gesichert sein !**



Das frühzeitige Erkennen von Entwicklungen setzt Beobachtung des Ausbildungsmarktes, Datenbeschaffung und Analyse voraus. Für dieses Anliegen hat die Stadt München bereits seit Jahren ein offenes Ohr.

- Der Bericht "Erstausbildung in München" von 1995 wird fortgeschrieben.
- Das städtische Referat für Arbeit und Wirtschaft wird 1997 zusammen mit dem Schulreferat einen inhaltlichen Schwerpunkt im Themenbereich Berufsfindung von jungen Mädchen setzen (Erweiterung des Berufsspektrums).
- Um die aktuellen und zukünftigen Aufgaben auf dem Ausbildungsmarkt zu bewältigen, Jugendarbeitslosigkeit zu vermeiden und eingeleitete Fördermaßnahmen zu koordinieren und zu entwickeln wurde von mir der Arbeitskreis „Jugend, Bildung, Beruf“ bereits 1994 ins Leben gerufen, in dem ein kontinuierlicher Informations- und Erfahrungsaustausch sichergestellt und Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung von Jugendlichen unterstützt werden sollen.
- Anfang September 1996 habe ich mit der IHK und HWK, dem Arbeitsamt München und der DGB-Jugend München gemeinsam zu einer Offensive im Ausbildungsbereich aufgerufen.
- Ferner existieren im Rahmen des Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramms 11 Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Ausbildungsprojekte für Jugendliche.
- Erinnern möchte ich auch an die Entwicklung von Detailplänen zur Schulsozialarbeit und zur berufsbezogenen Jugendhilfe in München, sowie an berufliche Bildung als Schwerpunkt kommunaler Schulpolitik.

Dem Ziel Ausbildung in München 2010 zu sichern, sich abzeichnende Entwicklungen und Trends der Ausbildung und der Berufsvorbereitung in München zu diskutieren, möglicherweise sich bereits im Vorfeld abzeichnende schwierige Trends abzufangen und Defizite zu erkennen, dient auch der heutige Kongreß. Ergebnisse von Veranstaltungen wie diese, tragen zur Analyse der Situation von Jugendlichen in dieser Stadt bei und können auch das Ziel der Ausbildung für alle mitverwirklichen helfen.

In diesem Sinne wünsche ich anregende und aufschlußreiche Diskussionen in den verschiedenen Foren und danke Ihnen allen, die sich um die Zukunft unserer Jugend Gedanken machen und die Diskussionsergebnisse hoffentlich aktiv umzusetzen versuchen.

Unserer Unterstützung in Ihren Bemühungen können Sie sich sicher sein.

## 4. Rahmenbedingungen

Dr. Reinhard Wieczorek, Referent für Arbeit und Wirtschaft, LH  
München

### 1. Zur Wirtschaftssituation Münchens

Die derzeitige wirtschaftliche Lage in München stand und steht ganz im Zeichen der ungünstigen Rahmenbedingungen (Geschäftslage im Verlauf des Jahres 1995 überwiegend nur befriedigend, schwache inländische Nachfrage, Arbeitslosigkeit im Rekordstand). Dennoch zählt München zu den produktivsten Regionen Deutschlands. Das Bruttoinlandsprodukt liegt in München weiterhin um fast 100 % über dem deutschen Durchschnitt (89.000 je Einwohner); Mit über 38.000 DM Kaufkraft je Einwohner lag München auch 1995 (neuere Zahl nicht verfügbar) an der Spitze der deutschen Großstädte.

Im Gegensatz zu der Entwicklung im Bereich Kaufkraft und Bruttoinlandsprodukt muß München seit **1992 stetig sinkende Beschäftigtenzahlen** hinnehmen.

1992: **705.000** Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

1995: **650.566** Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Auch die **Zahl der Arbeitslosen** im Arbeitsamtsbezirk München ist in den vergangenen Jahren drastisch gestiegen:

1992: Im Durchschnitt **35.196** Arbeitslose; Arbeitslosenquote **3,8 %**

1995: Im Durchschnitt **56.443** Arbeitslose; Arbeitslosenquote **6,1 %**

#### Aktuelle Zahlen:

November 1996	Arbeitsamtsbezirk:	<b>60.000</b> Arbeitslose, Quote <b>6,6 %</b>
	Stadt und Landkreis:	<b>48.000</b> <span style="float: right;"><b>7 %</b></span>

### **Strukturwandel der Münchner Wirtschaft**

Das **verarbeitende Gewerbe** muß weiter große Beschäftigungseinbußen hinnehmen. Insgesamt hat sich die Zahl der Beschäftigten in dem Wirtschaftszweig seit 1974 fast halbiert (von 212.000 auf 138.145). Festzuhalten ist auch, daß dieser Rückgang seit 1990 deutlich an Tempo gewonnen hat. Zahlreiche Betriebe aller Branchen haben geschlossen oder verlagert.

Der höchste Beschäftigtenrückgang fand in den Bereichen Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik, im Bereich Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, und Holz-, Papier- und Druckgewerbe statt. Trotz sinkendem Beschäftigtenanteil ist aber festzuhalten, daß dieser Bereich im Vergleich zu anderen Großstädten in München weiterhin hoch ist.

Eng verknüpft mit dem verarbeitenden Gewerbe ist zudem einer der immer wieder prognostizierten Wachstumsbereiche für Beschäftigung: **die produktionsnahen Dienstleistungen**. Innerhalb der Industrie findet sich in München ein sehr hoher Anteil an Dienstleistungstätigkeiten - Forschung, Entwicklung, der Produktion vor- und nachgelagerte Tätigkeiten. Der Abbau von Industriearbeitsplätzen betrifft auch diese Berufsgruppen.

Der Dienstleistungsbereich hat relativ zugenommen, mußte aber in den letzten Jahren einen Beschäftigungsrückgang hinnehmen. Seit 1992 sind 24.000 Dienstleistungsarbeitsplätze verloren gegangen. Die zahlenmäßig bedeutendsten Beschäftigungsverluste des Dienstleistungsbereiches waren im Bereich des Handels zu verzeichnen. Ob die Verlängerung der Öffnungszeiten neue sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze bringen wird, bleibt abzuwarten, die Aussichten sind aber nicht sehr günstig.

Besonders zu erwähnen sind hier auch die Rückgänge in den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung (Eisenbahnen, Deutsche Bundespost). Post und Bahn bauen im Rahmen ihrer Privatisierungen in großem Maßstab Personal ab. Die Personalplanungen dieser Unternehmen sehen bis zur Jahrtausendwende eine Personalverringerung um 20-30 % vor: diese Arbeitsplätze werden auf dem Münchner Arbeitsmarkt fehlen. Im Banken - und Versicherungsbereich scheint das Beschäftigungswachstum früherer Jahre zum Stillstand gekommen zu sein.

**Frauenbeschäftigung:** Der Rückgang der Beschäftigung traf selbstverständlich auch die Frauen. In den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung nahmen die weiblichen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 11 %, im verarbeitendem Gewerbe um 8,5 % und im Handel um 5 % ab. Die Zahl der Frauen, die in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis stehen, hat 1995 weiter insgesamt um 6.040, d.h. 2,3 % abgenommen. Nachdem aber die Gesamtbeschäftigung um 2,8 % zurückging, hat der Frauenanteil leicht zugenommen. Andererseits ist aber die Frauenerbeitslosigkeit mit einer Zunahme von 1,77 % geringfügig schneller gestiegen als die Gesamtarbeitslosigkeit (+ 1,74 %).

**Insgesamt gilt: Seit 1992 wird in München die rückläufige Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe durch den Dienstleistungssektor nicht mehr kompensiert.**

## **2. Situation am Ausbildungsmarkt München**

Für München stellt sich die Situation im Verhältnis zu den anderen Wirtschaftsregionen in Bayern und Deutschland immer noch als relativ günstig dar.

Dennoch wird die Zahl der Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, in den nächsten Jahren stetig steigen. Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt in München läßt sich durch folgende Trends beschreiben:

**Trend 1: Die Summe der angebotenen Ausbildungsplätze ist 1996 gestiegen, nach langen Jahren des Rückgangs.**

Zum ersten Mal seit vielen Jahren hat das Arbeitsamt einen Zuwachs von 2 % bei den gemeldeten Ausbildungsstellen konstatieren können. Auch die Handwerkskammer hat für Oberbayern 1996 ein Plus von 1.8 %, die Industrie- und Handelskammer ein Plus von 2.5 % Lehrstellen festgestellt. Bei den Großbetrieben, im öffentlichen Dienst und bei den Versicherungs- und Bankkaufleuten zeichnet sich 1996 ein deutlicher Einbruch ab.

**Trend 2: Die Bewerberzahl steigt.**

Bis etwa 2010 wird die Zahl der Schulabgänger/innen jeweils um etwa 2 % steigen. Bisher gilt als Maßzahl, daß etwa 213 aller Schulabgänger/innen eine berufliche Erstausbildung anschließen.

Bleibt diese Größenordnung erhalten, so wird auch die Zahl der Bewerber/innen steigen, d.h. die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen wird größer werden. Ausbildungsplatzmangel kann auch dadurch entstehen, daß die Quote derer, die ohne Ausbildung ins Erwerbsleben treten wollen, rückläufig ist. Daher ist davon auszugehen, daß das Lehrstellenangebot pro Jahr um etwa 300 bis 500 steigen müßte, so das Arbeitsamt. Der Bedarf der Unternehmen sei aber nicht abschätzbar für diesen Zeitraum.

**Trend 3: Die Ausbildungsplatz-Quote sinkt.**

Die Ausbildungsquote (der Prozentuale Anteil der Ausbildungsplätze an der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer) sinkt und liegt derzeit bei etwa 4 %. Die Angebots-Nachfrage Relation kommt in einen kritischen Bereich. (Zur Bewertung der Ausbildungssituation wird eine Ausbildungsquote berechnet in Prozent der Zahl der Ausbildungsplätze von der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer: In München ist der Wert immer relativ gering gewesen, 1994 bei 4,1 %, 1987 lag er noch bei 6,1 %. Dieser eher geringe Wert wird interpretiert als „München, die Stadt der Hochqualifizierten“).

**Trend 4: Dem Überangebot an Ausbildungsstellen auf der einen Seite steht einer Übernachfrage in anderen Berufsfeldern gegenüber.**

Überproportional ist die Zahl der Ausbildungsplatzangebote zurückgegangen in

- ➔ großen Industriebetrieben;
- ➔ den Unternehmen des Finanzdienstleistungssektors (Versicherungen und Banken);
- ➔ großen Unternehmen im Einzelhandel (z.B. Karstadt, Hertie, Kaufhof); die Zahl der Ausbildungsverhältnisse ist seit 2-3 Jahren um etwa 10 % zurückgegangen;
- ➔ im öffentlichen Bereich.

Entgegen dem allgemeinen Trend des Lehrstellenabbaus hat das Handwerk sein Angebot in den letzten 5 Jahren stetig ausgeweitet (mit unterschiedlichen Entwicklungen in den Branchen). Laut HWK erwarte man nun eine Konsolidierungsphase, also kaum noch weitere Zuwachse. Es besteht die Gefahr, daß sich im Handwerk etwas ändert. Die Praxis der Überausbildung im Handwerk basierte auf dem Prinzip großer Fluktuation da viele „fertig Ausgebildete“ in die Industrie abwanderten und Fachkräftebedarf kontinuierlich gedeckt werden mußte. Nun besteht diese Situation nicht mehr und auf Dauer ist möglicherweise das Prinzip der Überausbildung im Handwerk in Gefahr.

Was sind nun erwartete Wachstumsbereiche für München? Die Fragestellung nach Zukunftsbereichen beinhaltet zwei Fragestellungen, die Frage nach Branchen und die Frage nach Tätigkeiten und Qualifikationen.

### **3. Beschäftigungs- und Ausbildungsperspektiven am Wirtschaftsstandort München**

#### **München - europäisches High-Tech-Zentrum**

Derzeit sind über 4000 Unternehmen im Raum München im Bereich Neue Technologien tätig. Dabei wurden in den vergangenen Jahren Wachstumsraten von ca. 8 % erreicht, durch Zuzüge und Existenzgründungen. München hat in Europa die führende Stellung in den Schlüsseltechnologien Mikroelektronik, Software und Hardware. Wichtige Softwarefirmen im Raum München sind: Apple, Compaq, Intel, Lotus, Microsoft, Oracle, Siemens, Siemens Nixdorf und Texas Instruments. Hervorzuheben ist auch die Konzentration im Bereich Software- und DV-Beratung. Weitere in München stark vertretene High-Tech-Felder sind Bio-/Gentechnik, Energietechnik, Nachrichten- und Kommunikationstechnik, Meß-, Prüf-, Steuerungs- und Regelungstechnik sowie neue Werkstoffe.

Chancen werden für die nächste Zukunft vor allem in folgenden Geschäftsfeldern gesehen: Elektronik, Nachrichtentechnik, Informations- und Kommunikationstechnik allgemein, Meß-, Regel- und Wartungstechnik, Medizintechnik, Bio- und Gentechnik umwelttechnische Produktion und Dienstleistung allgemein, Straßen- und Schienenfahrzeugbau, Luft- und Raumfahrzeugtechnik, Verkehrssysteme und Verkehrsleittechnik.

Längerfristig ist davon auszugehen, daß in München der Anteil an Forschung, Entwicklung, Planung und Projektierung weiter zunehmen wird. München hat derzeit mit über 12 % den höchsten Anteil hochqualifizierter Arbeitskräfte unter allen deutschen Großstädten.

Die Stadt München fördert den Ausbau des High-tech-Standortes München unter anderem durch die Münchner Technologie- und Gründerzentren. Auch der Verbund internationaler High-Tech Fachmessen als ein Schwerpunkt des Münchner Messebetriebes wird auf dem neuen Messegelände großzügige Entwicklungsmöglichkeiten erhalten.

In der Informations- und Kommunikationstechnik - der Schlüsselbranche der Informationsgesellschaft - sind bis Ende Mai 1996 vier Berufe mit unterschiedlichen Tätigkeitsschwerpunkten entstanden (IT-Systemelektroniker/-in, Fachinformatiker/-in, IT-Systemkauffrau, Informatikkaufmann/ -frau). Bundesweit arbeiten ca. 800.000 Menschen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik. Das entspräche bundesweit etwa einer Ausbildungskapazität von 20.000 Ausbildungsstellen, könnte also auch in München einen gewichtigen Zuwachs an Ausbildungsstellen in diesem Bereich bringen.

### **München - die Medienhauptstadt**

1995 waren in München (Stadt um Umland) 6.700 Unternehmen der Medienbranche ansässig. Damit ist die Zahl der Medienunternehmen gegenüber 1988 um 60 % gestiegen. Im Raum München arbeiten über 100.000 Menschen in der Medienbranche, das bedeutet jeder 10. Münchner Arbeitsplatz ist in diesem Sektor. Die Zahl der abhängig Beschäftigten stieg seit 1988 um 26 % auf 72.000, die Zahl der freiberuflich Beschäftigten hat sich fast verdoppelt auf 29.000.

München hat für diese Zukunftsfelder eine hervorragende Ausgangsposition, das heißt, daß in den Bereichen Print, Multimedia und Werbung /Kommunikation weiterhin neue und zukunfts-trächtige Ausbildungsmöglichkeiten bestehen werden.

**Dennoch wird das Wachstum im Medienbereich das Wegbrechen von Arbeitsplätzen im produzierenden Sektor aller Wahrscheinlichkeit nach nicht ausgleichen können**

### **München - Zentrum für Dienstleistungen**

München stellt ein Zentrum der öffentlichen Verwaltung dar mit geschätzt mehr als 60.000 Beschäftigten in der reinen Hoheitsverwaltung. Hier ist allerdings der Abbau von Lehrstellen besonders deutlich. Die Landeshauptstadt hat aber in der Vergangenheit auch immer wieder versucht ihr Lehrstellenangebot aufrechtzuerhalten oder sogar noch zu erweitern.

In folgenden Dienstleistungsbranchen hat München besondere Entwicklungsmöglichkeiten:

- ➔ im Informations- und Mediensektor (dazu später mehr)
- ➔ im Banken und Versicherungsbereich
- ➔ in den unternehmensbezogenen privaten Diensten
- ➔ im Handels- und Logistikbereich.

### **Handwerkerstadt München**

Das Handwerk mit seinen vielen kleinen und mittleren Betrieben ist in München traditionell ein wichtiger Bereich und zeichnete sich auch in den letzten Jahren durch einen relativ stabilen Beschäftigungsstand aus. Das Handwerk vereinigt auf sich 15 % aller Arbeitsplätze und rund 30 % aller Ausbildungsplätze. Es erfüllt eine wesentliche Versorgungsfunktion für die Bevölkerung und den Wirtschaftsstandort. Hierbei sieht die Stadt als vorrangige Aufgabe die Sicherung des Standortes. Wachstumsmöglichkeiten werden vor allem in dem gesellschaftlich sinnvollen Bereich von Handwerk und Ökologie gesehen. Hier stellt sich die Frage nach neuen Tätigkeitsfeldern und Qualifikationszuschnitten. In diesem Bereich werden neue Beschäftigungschancen entstehen, wahrscheinlich jedoch eher in kleinerem Umfang.

Als neue Tätigkeitsfelder wären zu nennen: Planung und Projektierung, Produktion und Einführung, Installation von umweltbezogener Technik. Das geht von Energieeinsparung, über Abfallentsorgung bis zu Recycling und Service. Ein weiteres Arbeitsfeld wird die umweltbezogene Beratung sein (z.B. Umsetzung Öko-Audit).

### **München - europäisches Finanzzentrum**

München hat eine Spitzenstellung im Versicherungsbereich. 12 % aller deutschen Versicherungsunternehmen haben ihren Sitz in München, 22 % der Rückversicherer. Die Versicherungsbranche beschäftigt in München mehr als 30.000 Mitarbeiter und ist Deutschlands größtes Ausbildungszentrum für Versicherungsexperten.

Drei der sieben größten Banken Deutschlands haben ihren Sitz in München, ebenfalls 4 der 10 bedeutendsten Leasing-Anbieter Deutschlands. In diesen Bereichen werden daher auch trotz eines gewissen Rückganges weiterhin viele Ausbildungsplätze angeboten werden.

## **München - Tourismusmagnet**

Tourismus ist in München ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, dessen Entwicklung jedoch auch konjunkturabhängig ist. Eine Ausweitung wird in Zusammenhang mit der Neuen Messe Riem und neuen Kongreßmöglichkeiten erwartet. Benötigte Tätigkeiten spalten sich dabei in eher einfache Tätigkeiten im Gastgewerbe und in Hotels und in qualifiziertere Informationstätigkeiten (z.B. Reiseverkehrskaufleute, Kongreßmanagement).

## **Gesundheit / Pflege**

Während in den 80er Jahren der Erziehungsbereich Schwerpunkt vieler neuer Arbeitsplätze war, wird das zukünftige Wachstum eher in den Bereichen Gesundheits- und Pflegebereich stattfinden. Für die Qualität der zukünftigen Arbeitsplätze zeichnen sich unterschiedliche Tendenzen ab. So wird einerseits im Bereich der ambulanten Pflege der Einsatz vieler Hilfskräfte erwartet, auf der anderen Seite werden in der Altenpflege viele Fachkräfte benötigt, z.T. mit anspruchsvollen Spezialqualifikationen (Prävention, Geriatrie, Rehabilitation). Neu entsteht z.T. auch ein Bedarf an speziellen Managementtätigkeiten im sozialen Bereich (Planungs-, Leitungs-, Verwaltungstätigkeiten).

## **4. Was tut das Referat für Arbeit und Wirtschaft ?**

In München steht nach wie vor ein breites Ausbildungsplatzangebot zur Verfügung. Dennoch werden auch auf dem Ausbildungsmarkt in München Probleme zu erwarten sein, die vor allem durch eine insgesamt zurückgegangene Zahl an Ausbildungsstellen (auch wenn in diesem Jahr die Zahl der Ausbildungsstellen erfreulicherweise wieder gestiegen ist) und die in den nächsten Jahren steigende Zahl an Schulabgängern und Schulabgängerinnen zurückzuführen sind. Bundesweit sind die Entwicklungen neuer Ausbildungsberufe genauestens zu beobachten und darauf zu achten, daß "neue Inhalte" auch in "alte Berufe" integriert werden.

Das Referat für Arbeit und Wirtschaft wird auch weiterhin die Situation auf dem Ausbildungsmarkt genauestens verfolgen und plant dabei für 1997 eine Reihe von Schwerpunktsetzungen:

- Ein besonderes Augenmerk soll auf die Berufsfindung von jungen Mädchen gelegt werden. So wird das Referat für Arbeit und Wirtschaft im Jahre 1997 den Mädchen-Technik-Tag fortführen.
- Um die Probleme der Diskrepanz zwischen den vorhandenen Ausbildungsstellen und den Wünschen der Jugendlichen stärker in den Griff zu bekommen und einen Marktausgleich vorzunehmen, hat die Landeshauptstadt ein Pilotvorhaben gemeinsam mit den Akteuren am Arbeitsmarkt, **die Ausbildungsplatzbörse**, angedacht.



- Die Arbeit des Arbeitskreis „Jugend, Bildung, Beruf“ soll durch eine Koordinierungsstelle unterstützt werden.
- Der Bericht "Erstausbildung in München" wird durch das Referat für Arbeit und Wirtschaft aktualisiert, bei Bedarf müssen weitere Untersuchungen durchgeführt werden.

Im Rahmen des Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogrammes werden 11 Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Ausbildungsprojekte für Jugendliche angeboten. Dort sind insgesamt ca. 120 Jugendliche beschäftigt, in Arbeit und in Ausbildung (Schreiner, Raumausstatter, Damenschneider, KFZ-Mechaniker und Zweiradmechaniker). Dort soll vor allem Jugendlichen, die als nur eingeschränkt ausbildungsreif gelten, eine Chance zum Abschluß einer beruflichen Ausbildung geboten werden.

## Rolf Leib, Münchner Volkshochschule

### **Probleme vor der dualen Ausbildung**

Wenn wir von Problemlagen vor der dualen Ausbildung sprechen, ist in München auffällig, daß das Hauptproblem nicht in erster Linie den Ausbildungsstellenmarkt darstellt. Auch werden wir zur eigenen Beruhigung immer wieder anführen, daß wir im Vergleich zu anderen Regionen und städtischen Ballungszentren keine gravierende Problemlage haben. Dennoch sollten wir kritisch eine Schwachstellenanalyse betreiben und hinterfragen, wer sind die Betroffenen, welche Problematiken verdichten sich, und wo sind Veränderungen und neue oder andere Unterstützungsstrukturen angesagt, damit die Betroffenen möglichst schnell einen Zugang zur dualen Ausbildung oder Arbeitstätigkeit finden.

#### **Wo stehen diese Jugendlichen und was zeichnet sie aus:**

Ich will auch den Versuch wagen, eine Größenordnung zu bestimmen, mit der wir es zu tun haben. Bei aller Relativität von Zahlen bedeutet dies jetzt endlich eine Diskussionsgröße. Wenn wir zusammenzählen, so haben wir im

→ Berufsvorbereitungsjahr Personen	320
→ Berufsschule zur Berufsvorbereitung für Ausbildungslose Personen	770
→ berufsvorbereitenden Maßnahmen der Arbeitsverwaltung Personen	1300

→ Nachqualifizierungslehrgang der VHS Quali/HASA aus städtischer oder staatlicher Finanzierung	300
Personen	
→ Von den ca. 2000 Ausbildungsstellenabbrechern jährlich, sind 600 (ÜSA-Erfahrung 5 Jahre) problematische Neubewerber, die bis zu einem Jahr und länger auf Reintegration warten	600
Personen	
→ F1-Fälle; Personen, die sich in keinen Maßnahmen und keiner Berufsschule befinden. Die Hauptschule bleibt daher auf den Schulpapieren sitzen und sendet diese zwischen November und Februar an die Berufsschulabteilung F1	300 Fälle
→ Schulabbrecher aus Realschule oder Gymnasium, 9. und 10. Klasse, ohne Abschluß. Darüber gibt es keine Zahlenmaßstäbe. Erfahrung: schwer integrierbar, oft ein Jahr ohne Quali / Ausbildung / Drogen etc.	
Jobberfahrung	?
—	
<b>Summe</b>	<b>3390</b>
Personen	

Im Herbst 1996 gab es ca. 13.700 neue Ausbildungsverträge, ca. 1.400 Stellen blieben unbesetzt. So stehen dem Bewerbermarkt aus Entlaßschülern aller Schulgattungen zusätzlich über 3000 Bewerber unversorgt gegenüber. Diese Größe hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen und wird meiner These nach zunehmen.

Zum Vergleich: Die Abschlußzahlen aller Hauptschüler bewegen sich in 1997 bei 2780 Schülern/-innen. Das heißt, der sogenannte „Altbewerberstau“ ist wesentlich größer als die Zahl aller Abgangshauptschüler. Oder die Nachqualifizierung wird für viele Hauptschüler und Ausbildungsstellenabbrecher die Regel:

- Hauptprobleme der Integration sind Bildungsdefizite sowie soziale Problemlagen, die es erschweren, im Verdrängungswettbewerb eine Ausbildungsstelle zu erhalten bzw. sich überhaupt als ausbildungsreif präsentieren zu können. Dies sind Faktoren, die meistens unabhängig vom Ausbildungsplatzangebot wirken.
- Der Ausbildungsmarkt ist zu einem qualitativen Bedarfsmarkt geworden.

Dennoch macht sich hier auch eine deutliche Lücke im Ausbildungsplatzangebot bemerkbar, denn zählen wir die Alt- und Neubewerber zusammen, fehlen eindeutig Ausbildungsplätze in München. Und die momentan vorhandene Überdeckung ist mehr als aufgesaugt. Höhere Entlaßschülerzahlen können diese Situation verschärfen.

- Die Möglichkeit der freien Berufswahl ist für niedrigqualifizierte erheblich eingeschränkt bis gar nicht mehr vorhanden.
- Dies trifft vor allem auch auf niedrigqualifizierte weibliche Bewerberinnen zu, da hier die Konzentration auf wenige Ausbildungsberufe schon immer vorhanden war und auf Jugendliche mit nichtdeutscher Muttersprache.

Dennoch muß gesagt werden, daß die Nachqualifizierungsangebote eine reelle Integrationschance für die Betroffenen darstellten, da es sich weitgehend um qualitativ hochstehende Angebote handelt, die die Defizite von Hauptschülern weitgehend ausgleichen können. Ebenso sind die Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte der berufsbezogenen Jugendhilfe überdurchschnittlich integrationsfördernd. Sie alle sind zu einem wichtigen Bestandteil von Qualifizierung im Übergang Schule - Ausbildung geworden und notwendig und kooperieren in München in hohem Maße miteinander.

**These: Das Hauptproblem liegt in den Bildungsdefiziten von Hauptschülern/ Schulabbrechern weiterführender Schulen, in Bezug zu den Anforderungen des Ausbildungsmarktes; in städtischen Ballungsgebieten wird dies am drastischsten deutlich.**

#### Was sind die Ursachen?

- Vor allem die veränderten familiären Lebensverhältnisse in Großstädten und der teilweise Wegfall der traditionellen Erziehungs- und Orientierungsinstanz Familie hinterlassen erhebliche Defizite in der Sozialisationsentwicklung junger Menschen.
- Hinzu kommt eine hohe ausländische Wohnbevölkerung mit niedrigem Einkommen, Doppelbelastungen durch binationale Probleme, Sprach- und Orientierungsschwierigkeiten und eine Doppelbelastung der Frau in der Familie.
- Armutproblematiken, Zunahme von Sozialhilfe, Verschlechterung der Wohnsituation und somit allgemein einhergehend ein schlechteres Anregungsmilieu für Erziehung und Bildung bei Niedriglohnempfängern bei gleichzeitig steigenden höheren allgemeinen und personellen Qualifizierungsanforderungen im gesellschaftlichen Wandel der hochentwickelten Ballungsgebiete für die gesamte Wohnbevölkerung.
- Dem steht eine Stagnation der Veränderungsdynamik der pädagogischen Institution Schule gegenüber. Ihr fehlen pädagogische Konzepte der Neuorientierung, dieser Situation gerecht zu werden in fast allen Bildungseinrichtungen, aber besonders in der Hauptschule, da sich hier die Problematiken konzentrieren.

**These: Immer mehr Jugendliche müssen Nachqualifizierungsangebote wahrnehmen.**

- Der Diskussionsstand und konzeptionelle Neuorientierung bei Qualifizierungsangeboten/-strategien von berufsbezogener Jugendhilfe und Weiterbildungsträgern „überholen quasi die Hauptschule“ qualitativ und haben auch quantitativ in den letzten Jahren zugenommen, was ungesund ist und zu erheblich doppelt eingesetzten staatlichen und städtischen Haushaltsressourcen führt. 2780 Entlassschülern 1997 stehen ca. 2000 Nachqualifizierungsplätze gegenüber.

Die Anforderungen und Konzepte und Rahmenvorgaben bei Jugendhilfe und Arbeitsamt und Weiterbildungsträgern durch die Arbeitsverwaltung entsprechend modernsten pädagogischen Gesichtspunkten, die in Schulreformüberlegungen erst angedacht werden:

- Lebenswelt- und Arbeitsweltorientierung in Qualifizierungsinhalte eingebettet, bestimmen zunehmend das Angebot;
- personelle und soziale Schlüsselqualifikationen in sozialpädagogischen oder von Team-Teaching bestimmten Angeboten zur Aufarbeitung von Lebensbiographie, Umgang mit Konflikten, Angebote zu Lernen lernen und Berufsorientierung sind die Regel;
- interkulturelle Ansätze werden gefördert;
- spezielle mit Lehrkräften gemeinsam geplante Angebote zur Lebenswelt- und Berufsorientierung der Sozialpädagogen ergänzen das Angebot;
- sozialpädagogische Betreuungsangebote in Einzelfallhilfe und Gruppenangebote sind integriert;
- Kooperation mit Beratungsstellen / Arbeitsamt und Einrichtungen der berufsbezogenen Jugendhilfe sind ebenfalls die Regel;

Dies hat inhaltliche und didaktische Konsequenzen:

- Die 45min. Stunde ist nicht mehr die bestimmende Struktureinheit. Übergeordnete inhaltliche Zielbestimmungen, handlungsorientierte Angebote, Methodenvielfalt und Beteiligungsstrukturen der Lernenden finden Einzug.  
Lebenswelt- und arbeitsweltorientierte Lernprodukte stehen als Ergebnis zur Verfügung;
- Nicht nur Notengebung und Punktesysteme, sondern auch Feedback-Strukturen bestimmen zunehmend die Erfolgskontrolle;
- Ganztagsangebote werden in berufsvorbereitenden Maßnahmen der Arbeitsverwaltung die Regel zur Heranführung an realistische Zeitstrukturen der Arbeitswelt und wirken durch lebensweltorientierte Angebote und sozialpädagogische Betreuung integrierend und sozial stabilisierend, gerade für benachteiligte Jugendliche in der Großstadtkommune.
- Das Initiieren von Bildungsprozessen steht im Vordergrund. Dadurch können auch verkrustete Bildungsblockaden bei Mehrfachabbrechern aus Schule und Ausbildung aufgebrochen werden;
- Zunehmende Analphabetisierungssyndrome im Schriftsprachgebrauch werden bearbeitbarer, nehmen jedoch in den letzten Jahren kontinuierlich zu:

- Längerfristig gibt es Abgrenzungsdiskussionen, kann sich die Großstadtkommune sowie der Bund bzw. die Bundesanstalt für Arbeit die zunehmende Nachqualifizierung noch leisten? Zudem die Personalschlüssel / Teilnehmergrößen pro Lerngruppe und der Einsatz von Sozialpädagogen teure Investitionen bedeuten!

Wird es nicht notwendig, über die grundsätzliche Funktion und Rolle von Hauptschulen und deren Aufgaben in einer Großstadtkommune nachzudenken und sie zu problematisieren?

Wir brauchen gerade für jenen Teil der Wohnbevölkerung, deren Kinder in der Großstadtkommune eine nachmodernen methodischen und didaktischen Kriterien orientierte leistungsfähige Bildungsinstitution, die auch die vorher beschriebenen Funktionen erfüllen kann, sozial integrierend wirkt und eine adäquate Berufsreife vermittelt. Eine Bildungsinstitution, die mit den konkreten Angeboten der Jugendhilfe, Beratungsträgern und Weiterbildungsträgern Kooperations- und Zusammenarbeitsstrukturen aufbaut. Erste Ansätze im Bereich Schulsozialarbeit, Berufsorientierungsprojekte, sind angelegt und immer mehr Lehrer und Schulleitungen sind bereit, sich umzustrukturieren. Denn sie sehen angesichts der Gesamtproblematik ein, daß sie mehr pädagogische Funktionen übernehmen müssen.

Ein Indiz, daß die pädagogischen und erzieherischen Funktionen der Unterstützungsstruktur Familie und Schule bei Teilen der jungen Mitbewohner/innen nicht mehr greift, verdeutlicht die Zunahme der Jugenddelinquenz in München. So haben die Verfahren insgesamt seit 1989 laut Jugendgericht um 42% zugenommen. Die Delinquenten werden jünger, und eine Arbeitsgruppe im Jugendamt denkt über präventive Maßnahmen gegen delinquentes Verhalten bei Kindern unter 14 Jahren nach.

### **Was sollten wir für die Zukunft überdenken und andiskutieren?**

- Wird die Hauptschule ihrem Auftrag der Ausbildungsreife bei Jugendlichen in Ballungsgebieten noch gerecht? Welche Funktionen kann und muß sie übernehmen?
- Wie können wir Kooperationsstrukturen zwischen den Bildungsinstitutionen Hauptschule - Jugendhilfe - berufliche Bildung - Weiterbildungsträger verstärken und Synergien entwickeln?
- Wie gewinnen wir größere Teile der Lehrerschaft zu einem Umstrukturierungsprozeß, für eine stärkere Lebens- und Arbeitsweltorientierung mit neuen methodisch didaktischen Formen in der Schule?
- Müssen wir nicht darüber nachdenken, daß wir Schulversagern, Abbrechern Teilqualifikationen anerkennen? In der vordualen Qualifizierung, sowie im dualen System, damit wir Stigmatisierungen und Desintegrationsprozesse präventiv verhindern und so Sozialhilfekarrieren entgegenwirken.
- Ebenso überbetriebliche Ausbildung, sollten die Ausbildungsplätze nicht ausreichen.

- Welche Formen und Möglichkeiten brauchen wir oder müssen wir bei allen Beteiligten (Hauptschule, Jugendhilfe, berufliche Bildung, Weiterbildungsträger) entwickeln, um auch Benachteiligte am Prozeß bzw. der Notwendigkeit des lebenslangen Lernens und der Motivationsbereitschaft dazu zu befähigen?

Wenn die These europäischer Ökonome und Sozialwissenschaftler stimmt, daß die europäischen Ballungszentren über ihre Entwicklung und Ausstrahlung konkurrieren und quasi selber über Reichtum und Innovationsfähigkeit entscheiden, entscheiden sie auch über den Reichtum und die Möglichkeiten der umliegenden Teilregionen, daran zu partizipieren. Von daher brauchen wir die Unterstützung von der Wirtschaft und allen Verbänden, daß wir die Landespolitiker überzeugen müssen, moderne Qualifizierungsinstrumente und soziale Eingliederungsstrategien in den Ballungszentren zu fordern, denn sie werden längerfristig über die Gesamtentwicklung der bayerischen Region entscheiden. Dies bedeutet zumindest mehr Modell- und andere Regelförderung im Bereich Hauptschule und Berufsschule sowie der Erwachsenenbildung zu Innovation und soziale Integration in handlungsfähigen Großkommunen.

Prof. Karlheinz Geissler, Universität der Bundeswehr, München

### **Ist das deutsche Ausbildungssystem reformbedürftig?**

Dies ist eine Frage, für deren Antwort mir vom Veranstalter 10-15 Minuten Zeit gegeben wurden. Dieser Sachverhalt ist Teil des Problems. Allerhöchstens 15 Minuten Zeit für die Reform des deutschen Berufsausbildungssystems. Da weiß man, daß alles beim alten bleiben soll. Wie auch sonst im Leben, läßt sich in 15 Minuten etwas Kosmetik auftragen, für die Perspektiven einer grundlegenden Veränderung ist das kein sinnvolles Zeitmaß.

Eigentlich will ja auch keine der einflußreichen Kräfte dieses Bildungssystems etwas ändern. Ich lese Ihnen als Beleg nur einige Äußerungen aus der letzten Zeit vor: Herr Woertmann, der Leiter der Beruflichen Bildung beim DIHT, resümiert kurz und bündig: "Das Ausbildungssystem ist gut und ohne Alternative". Der HBV Gewerkschafter Brötz sagt das gleiche: "Das duale System, so jüngst in der Gewerkschaftlichen Bildungspolitik, "hat sich nach Auffassung der Gewerkschaften bewährt". Die Regierung klatscht solchen Aussagen Beifall, zumal sie ihre politische Verantwortung in der beruflichen Ausbildung an die Tarifparteien abgetreten hat.

Nun schreibt aber auch Herr Rüttgers, der kürzlich sein bildungspolitisches Credo in der Aussage "Lehrjahre sind keine Herrenjahre" in der Bildzeitung zum Ausdruck brachte (nur so nebenbei "Ministerjahre sind auch keine Leerjahre"), folgendes: "An der Schwelle zum 21. Jahrhundert stehen wir vor Herausforderungen, die auch im Bildungswesen neue Antworten erfordern". Ja nun, was eigentlich. Soll es in der Ausbildung so bleiben wie es ist - oder vielleicht auch so werden wie es früher mal war oder soll es anders werden? Suchen Sie sich's aus - auf den Minister kann sich jeder berufen.

Was lernen wir daraus: Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Politiker (auch die der SPD und auch die der Grünen) sitzen in einem gemeinsamen Boot und bewundern dieses Boot unentwegt. Es ist wie auf der Titanic: Ein tolles Schiff, das schönste und beste auf der Welt. Wie es damit weiterging, das weiß man. Das deutsche Berufsausbildungssystem ist durch Selbstbewunderungsanstrengungen, die häufig zur Heiligsprechung geraten, nicht zu retten. Wenn man etwas aufmerksamer wäre, wüßte man, daß der Heiligsprechung der Tod derer, die da heiliggesprochen werden, vorauszugehen hat.

Nun aber zu dem was die deutsche Berufsausbildung dringendst reformbedürftig macht und zwar in einem Ausmaß, daß auch über Alternativen zum dualen System nachgedacht werden muß, obgleich man dies eigentlich gar nicht darf - wenigstens nicht als beschlußlagenkonformer Gewerkschafter. Es sieht so aus, daß nur jene bereit sind, über Alternativen zum dualen System nachzudenken, die keine Funktion in diesem System haben. Obgleich unsere Freiheit eigentlich darin besteht, uns auszudenken und vorstellen zu können, was immer wir wollen.

Immer noch wird so getan, als sei die problematische Situation eine die vorübergeht, so wie ein unangenehmer Kälteeinbruch. Aber dies ist eine Täuschung. Die Probleme, die sich heute für das duale Berufsausbildungssystem stellen, sind keine hausgemachten. Sie kommen quasi hinterrücks über diese Form der industriellen Berufsausbildung. Mit Thomas Mann könnte man formulieren: "Ich habe es nicht gewollt, doch ich habe es wollen müssen." Die Berufsausbildung ist nicht in irgendeiner der zyklisch wiederkehrenden Krisen, die man - wie etwa ein Konjunkturtief - mit den vorhandenen Interventionsinstrumentarien überwinden könnte. Sie ist in einer Systemkrise. Ursächlich dafür sind vier Dynamiken, die diese Krise auslösten und die sie weiter verschärfen.

## 1. Von der Meisterschaft zur Qualifikationscollage

Die Modernisierungsdynamik am Ende des 20. Jahrhunderts hat den Beruf und die Berufserziehung grundlegend verändert. Der Beruf im Sinne einer individuellen Könnerschaft mit innerer Anteilnahme löst sich heute auf. An seine Stelle tritt der Job in verschiedenen Tätigkeitsfeldern. Die Hypo spricht in ihren Texten zur Unternehmensperspektive beispielsweise nicht mehr von einer Berufs-, sondern von Tätigkeitsgesellschaften. Konsequenterweise reduzieren die Banken ihr Ausbildungsengagement.

Die Anzahl der Tätigkeiten steigt, die der Berufe nimmt ab. Mobilität, Flexibilität ist gefragt. Meisterschaft ist kein realistisches Konzept der Lebensführung mehr. Der Facharbeiterabschluß und der Meisterbrief sind oft genug die frühzeitige Endstation der Arbeitskarriere. Früher war man etwas als Meister, heute, so die ironische Formulierung, kann man als Meister studieren. In Zeiten hoher Mobilitätsanforderungen, da Flexibilität zum Wunderglauben der Erfolgreichen geworden ist, wird Meisterschaft zum anspruchsvollen Störfaktor. Nicht Persönlichkeitsentwicklung ist sinnvoll und aktuell, sondern Personalentwicklung - ehrlicherweise heißt es ja auch so. Statt Unersetzbarkeit Austauschbarkeit, statt Meisterschaft Gleichgültigkeit, statt Selbstbewußtsein Rollenflexibilität. Der Meister ist zum Meister rasch vergänglicher Güter und damit ein vergänglicher Meister geworden.

An die Stelle der Meisterschaft ist die Qualifikationscollage getreten. Die Ausbildung an Fachhochschulen bietet dafür erheblich bessere Bedingungen als die betriebliche Berufsausbildung. Sie ist formaler, die Inhalte sind genereller und abstrakter und damit stärker dem beschleunigten Bewertungsprozeß konkreter Qualifikationen entzogen. Die von den Arbeitsplatzanbietern immer wieder vehement geforderte Bereitschaft zur Flexibilität ist an den Fachhochschulen leichter und zuverlässiger zu erwerben als eine konventionelle Lehrlingsausbildung.

Generell gilt: Die zeitgemäße Collage wechselnder Tätigkeiten bedarf einer systematischen Berufsausbildung immer weniger. Sie benötigt Weiterbildung und diese lebenslang. Der Beruf erodiert. Er steht nicht mehr im Personalausweis und auch nicht mehr auf den Grabsteinen. Das ist mehr als ein Symbol, das ist ein Zeichen für die Zukunft. Nur die Polizei hält am Beruf fest: Der Mörder war fast immer der "arbeitslose Gärtner".

## 2. Die Berufsausbildung wird zur Vorschule der Weiterbildung

Die Berufsausbildung, wenn erfolgreich abgeschlossen, ist kein Abschluß mehr, sie ist nur mehr die Qualifikation für die Teilnahme am lebenslangen Lernprozeß. Waren Lernphasen früher von der konkreten Arbeit zwar abgetrennt, aber auf diese vorbereitend bezogen, so sind sie heute die Vorbereitung auf die Vorbereitung.



Ziel und Inhalt der Ausbildung ist das Lernen des Lernens. Das „lebenslange Lernen“ ist zur Lieblingsvokabel in den Betrieben geworden. Das Ziel der beruflichen Ausbildung ist erreicht, wenn die Lernenden sich als lernfähig, lernbereit und flexibel gegenüber Lerninhalten zeigen.

Das Ende der Ausbildung fällt mit dem Anfang der Weiterbildung zusammen. Die persönliche Souveränität und das Freiheitsversprechen ("Freisprechung" hieß das einmal!), das an den Abschluß der Ausbildung einst gekoppelt war, wird durch den Zwang zum Weiterlernen entwertet. Das Leben wird zum endlosen Schülerleben.

Die Attraktivität der betrieblichen Ausbildung ist damit grundlegend reduziert, für die Betriebe und für die Schulabgänger. Wer sich heute für eine förmliche Berufsausbildung entscheidet, tut dies immer weniger, um einen Lebensberuf zu erlernen, sondern immer häufiger, um Berufslosigkeit zu vermeiden. Die Münchner U-Bahnschaffner sprechen das Geheimnis der heutigen Mobilitätsgesellschaft täglich aus. Sie fordern ihre Fahrgäste auf, doch bitte an allen Türen zuzusteigen. Das ist natürlich ein frommer Wunsch. Zusteigen kann man immer nur an einer.

### **3. Grenzenloser Bildungsverkehr**

Eine dritte Bedrohung fürs duale System der Berufsausbildung sind die Tendenzen zur Globalisierung und zur europäischen Integration.

In den nicht-deutschsprachigen EU-Ländern gab und gibt es kein ähnlich aufwendiges Berufsausbildungssystem wie in Deutschland. Mit der Öffnung der Grenzen für Waren und für Arbeit wird das, was ehemals "deutsche Wertarbeit" hieß, zum Standortproblem Unter Wettbewerbsaspekten bedeutet die gründliche und relativ langfristig angelegte deutsche Berufsausbildung betriebswirtschaftliche Nachteile. Die kostenintensive "Erstausbildung" im dualen System bringt Nachteile gegenüber jenen Ländern, in denen die Ausbildung staatlich finanziert wird (Externalisierung der Ausbildungskosten). Mit anderen Worten: Das deutsche System "berufliche Weiterbildung auf der Basis identitätsfördernder Erstausbildung" ist unter Kostendruck und damit ins Wanken geraten. Die Zeichen sind inzwischen mehr als deutlich.

Der für die Berufsbildungspolitik entscheidende § 127 in den Maastrichter Verträgen ratifiziert und fördert diese Entwicklung. Von einer beruflichen Erstausbildung ist dort erst gar nicht die Rede. Es ist ein Weiterbildungsparagraph. Die Hoffnung, daß sich das deutsche System der dualen Berufsausbildung dennoch 'irgendwie' erhält und stabilisiert, wird durch die vorliegenden Zahlen eindeutig enttäuscht. Dem Kostendruck muß sich schließlich auch ein qualitativ und sozial hoch geschätztes System beugen. Der qualifizierte Angelernte - dies scheint die EU Perspektive zu sein - ist ein Rückschritt, der als Fortschritt verkauft wird.

#### 4. Lean-Ausbildung

Die vierte Tendenz ist die z.Zt. bedrohlichste für die Berufsausbildung. Das dem betriebswirtschaftlichen Handeln eingewobene Prinzip der Rationalisierung und Beschleunigung hat die betriebliche Berufsausbildung unter Druck gesetzt. Personalwirtschaft wird mehr und mehr durch Budgetwirtschaft dominiert und ersetzt. Das heißt für die Ausbildung: Die innere Umorganisation, die heute unter der Formel "Lean" in den Betrieben Einzug gehalten hat, macht auch vor dem Ausbildungsbereich nicht halt.

Was bedeutet dies? Gegenwärtig werden zahlreiche Betriebe so umstrukturiert, daß ihre einzelnen Teilbereiche je für sich getrennte Gewinn- und Verlustrechnungen vorlegen. Die Abteilungen arbeiten innerhalb vorgegebener Budgets als halbautonome Cost- und Profitcenter.

Verschärfend wirkt sich aus, daß die einzelnen Fachabteilungen von ihren Kompetenzen her vielfach gar nicht in der Lage sind, solche grundsätzlichen unternehmens- und gesellschaftspolitischen Entscheidungen, wie sie jene zwischen Aus- und Weiterbildung und die zwischen interner Ausbildung und externer Versorgung mit Qualifikationen darstellen, sinnvoll treffen zu können.

Die negativen Folgen für die duale Ausbildung liegen auf der Hand. Für die immens beschleunigten Systemzeiten des betriebswirtschaftlichen Handelns ist das Zeitmuster des dualen Systems (das ja bei drei bis vier Jahren liegt) zu lange. Es wird zum Hindernis. Nur in ganz wenigen Firmen gibt es eine Personalplanung die zwei Jahre überblickt. Das duale System arbeitet aber mit erheblich längeren Zeitmustern. So kollidieren die bildungspolitischen und die unternehmenspolitischen Systemzeiten.

Immer attraktiver werden konkurrierende externe Qualifikationssysteme. Dies sind solche, die die Tendenz zu kurzfristigen Entscheidungen des Managements stützen. Sie bieten sich den Betrieben durch den Ausbau der Fachhochschulen ohnehin als interessante Alternative zur internen Lehrlingsausbildung an. Die Betriebe gewinnen dadurch den doppelten Vorteil, daß sich ihre zeitlichen Dispositionsmöglichkeiten erweitern, d.h. nicht durch langfristig wirksame Ausbildungsentscheidungen gebunden sind, und die Ausbildungskosten staatlichen Institutionen (Fachhochschulen) aufgebürdet werden können.

Dazu eine politische Fehleinschätzung aus der jüngsten Zeit. Die Arbeitgeber haben dem Kanzler versprochen, mehr Lehrstellen für das Ausbildungsjahr 96/97 anzubieten. Dieses Versprechen konnte nicht in vollem Umfang erfüllt werden. Darüber wurde von Gewerkschaftsseite und von der Presse höchst moralisch geurteilt: Man habe ein Versprechen gebrochen. Solche Klagen bringen politisch nichts und führen letztlich zu Kränkungen aber nicht zu Reformen. Das nicht gehaltene Versprechen zeigt doch den politisch interessanten Sachverhalt an, daß die Arbeitgeber das duale System nicht mehr steuern können.

Die Dynamiken der Einzelbetriebe lassen sich nicht mehr über ihren Dachverband politisch koordinieren. Das Versprechen der Arbeitgeberverbände war deshalb eine Fehleinschätzung des eigenen Einflusses. Und diese Tatsache bedroht das duale System grundsätzlich. Es gilt darüber zu diskutieren, daß von Seiten der Arbeitgeber nicht mehr substantiell Politik im dualen System betrieben werden kann.

Wie aber soll das System gesteuert werden, wenn eine der strukturellen Säulen eingestürzt ist? Haben die Gewerkschaften hierauf eine Antwort? Ich befürchte: Nein.

### **Was tun?**

Diese vier Ursachen für die Krise des beruflichen Ausbildungssystems in Deutschland sind nicht kurzfristig abzuschaffen. Ganz im Gegenteil. Ihre Dynamiken werden die Krise von Jahr zu Jahr weiter verschärfen. Was kann man in einer solchen Situation tun?

Zuerst einmal: Es ist nicht möglich - und auch nicht sinnvoll - aus dem dualen System wie aus einem Fiaker einfach auszusteigen. Man kann jedoch Alternativen zum dualen System entwickeln; offensiv, nicht abwehrend, und man könnte diese Alternativen erproben. Nicht mit dem Ziel das duale System abzuschaffen, sondern es über und durch die Alternativen weiterzuentwickeln, es zu reformieren und in manchen Teilen sicher auch zu stabilisieren. Von uns allen wird heutzutage permanente Veränderungsbereitschaft und kontinuierliche Lernbereitschaft gefordert. Wenn es denn so sein muß, dann können sich auch jene, die für die Berufsausbildung verantwortlich sind, diesem Trend nicht entziehen. Es sei denn, sie setzen ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel. Man kann die Probleme des dualen Berufsbildungssystems nicht wirklich angehen, ohne den gegenwärtigen bildungspolitischen Horizont zu überschreiten. Den Mut dazu, den bräuchten zuallerst die Unternehmer und deren Verbände sowie die Gewerkschaften und schließlich auch die staatlichen Bildungspolitiker. Leider ist davon wenig zu sehen. Und so wird das duale System jenes Berufsbildungssystems sein und die nächsten Jahre auch bleiben, in die eine verschwindende Mehrheit unserer Jugendlichen eintritt. Bildungspolitisch halte ich dies für eine Bankrotterklärung.

## 5. Gesprächsforen

### **Forum 1: Berufsvorbereitung**

Welche Voraussetzungen braucht die Schulpolitik zur Berufsorientierung und Berufsvorbereitung?

Wie muß in München Benachteiligtenförderung aussehen?

#### Erich Raab, Deutsches Jugendinstitut

In 5 Minuten kann man kein Referat halten, deshalb beschränke ich meine Einführung auf zwei Thesen, Themen oder Diskussionsbeiträge.

Meine erste These lautet: Die Berufspropädeutik in unseren allgemeinbildenden Schulen ist unterentwickelt. Und ich füge die Empfehlung an: Berufsorientierung und Arbeitsweltbezüge schulischen Lernens dürfen nicht weiter abgebaut sondern müssen neu entwickelt werden.

Wir haben uns in den letzten Jahren im Rahmen von zwei Untersuchungen im Deutschen Jugendinstitut mit dem Übergang von der Schule in den Beruf befaßt. In einer qualitativen Längsschnittuntersuchung haben wir Jugendliche über mehrere Jahre bei ihrem Berufseinstieg begleitet. Und mit Hilfe einer repräsentativen Befragung von Schülerinnen und Schülern der Abgangs- und Vorabgangsklassen aller allgemeinbildenden Schulen haben wir ihr Berufswahlverhalten untersucht. In beiden Untersuchungen kam heraus, daß Jugendliche am Ende ihrer Schulzeit durchaus über eine hohe Arbeits- und Berufsmotivation verfügen, daß aber die Schule dazu anscheinend relativ wenig beigetragen hat. Viele Jugendliche sind trotz dieser vorhandenen positiven Einstellung zur Arbeit und Beruf am Ende ihrer Schulzeit relativ orientierungslos und hilflos, wenn es darum geht, diese Arbeits- und Berufsorientierung nach der Schule beim Berufseinstieg konkret umzusetzen.

Das Ringen um den Beruf findet in der Regel erst nach der Schulzeit statt. Obwohl die Jugendlichen ein hohes Maß an Zufriedenheit mit der Schule zum Ausdruck brachten - zwei Drittel sagen, sie gehen gerne in die Schule -, gaben aber auch fast zwei Drittel der von uns befragten Schülerinnen und Schüler an, daß sie in der Schule mehr über Berufe erfahren wollten. Nur jeder zweite meint, von Lehrern und Schule Anregungen für seine Berufswahl bekommen zu haben. Damit rangiert die Schule weit hinter Eltern, Bekannten und Freunden und hinter der Berufsberatung als Ratgeber - zudem halten nur ganz wenige die von ihren Lehrern gegebenen Anregungen auch für hilfreich.

Nur gut 10 % der Befragten meinen, daß die Schule bei ihrer Berufswahl eine Rolle gespielt habe. Den Eltern, Bekannten und Freunden und der Berufsberatung wird immerhin zu zwischen 15 und 35 % eine Einflußnahme zugeschrieben. Sogar die Medien werden in diesem Zusammenhang mit 20 % noch doppelt so häufig genannt wie die Schule.

Wenn ich aus solchen Ergebnissen die Forderung nach einer Verbesserung der Berufspropädeutik in der Schule ableite, so meine ich keine spezifische berufsfachliche Vorbereitung auf bestimmte Berufe, sondern eher eine Art vorberuflicher Bildung, ein allgemeines Vertrautmachen der Schülerinnen und Schüler mit einer künftigen Arbeits- und Berufswelt. Und ich meine schon aber auch - insbesondere mit Blick auf diejenigen, die schlechte Voraussetzungen haben, vorhandene Berufsorientierungen und Berufswünsche alleine erfolgreich umzusetzen - ganz konkrete Orientierungshilfen bei der Inanspruchnahme vorhandener Ressourcen: Beratungsangebote und berufsbezogene Schulsozialarbeit in München gibt es solche Angebote. Stefan Fischer vom Stadtjugendamt wird dazu sicher gleich etwas sagen.

Mein zweites Thema sind die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen, wie sie insbesondere von der Berufsberatung des Arbeitsamts angeboten werden. Diese Maßnahmen werden oft als Warteschleifen mit ihre Teilnehmer stigmatisierenden negativen Effekten abqualifiziert.

Wir haben in unserer Berufeinstiegsuntersuchung erfahren, daß diese Maßnahmen in den Augen der Mehrzahl ihrer Absolventen durchaus wichtige Merkmale der Realität der Arbeitswelt haben, und sie insgesamt einen positiven Einfluß auf die berufliche Sozialisation der Teilnehmer nehmen, auch wenn ihre Funktion als Mittel zum Einstieg in Ausbildung und Arbeit- unter ungünstigen Arbeitsmarktbedingungen in einer Region nicht unmittelbar zum Tragen kommt, wie wir dies in unserer Untersuchung insbesondere in Duisburg erfahren mußten.

Für uns sind diese Maßnahmen mittlerweile zu einem unverzichtbaren Bestandteil des Übergangssystems geworden. In München - Rolf Leib hat darauf hingewiesen - durchlaufen jährlich ca. 2000 - also fast ein ganzer Hauptschulabgangsjahrgang - häufig sozial benachteiligte Jugendliche diese Maßnahmen bzw. eben besser und positiv formuliert, sie nehmen dieses zusätzliche Bildungsangebot an, dessen sozialpädagogische und berufssozialisatorische Qualität inzwischen häufig auch hoch entwickelt ist.

Also: nachschulische, berufsvorbereitende Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sind nicht mehr nur Lückenbüßer und Ausfallbürge für nicht vorhandene Ausbildungsplätze sondern auch ein wertvoller neuer Bestandteil eines modernen Berufsbildungs-Gesamtsystems.

In diesem Zusammenhang noch eine abschließende Bemerkung zum schulischen Berufsvorbereitungsjahr. Es ist ja bekannt, daß das Berufsvorbereitungsjahr im letzten Jahr vom bayerischen Kultusministerium von sozialpädagogisch förderungsbedürftigen Jugendlichen "entsorgt" wurde. Diesen benachteiligten Jugendlichen wurde damit eine Bildungsalternative genommen, über deren pädagogische Qualität in der Vergangenheit sich streiten läßt. Umso wichtiger werden aber nun die anderen Alternativen wie beispielsweise die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen der Berufsberatung gerade für diese Zielgruppe.

## **Forum 2: duale Ausbildung**

Sind die Berufsschulen wirklich duale Partner? Wie kann die duale Ausbildung attraktiver gemacht werden? Wieviele Ausbildungsplätze sind für München notwendig?

### **Erwin Schelbert, Schulleiter der Berufsschule für Elektrotechnik**

Aus der Sicht der Berufsschule wird versucht, in Thesenform die Situation und Zukunft der beruflichen Bildung im dualen System und die Rolle der Berufsschule dabei zu umreißen.

#### **1. These: Der gesamte Bildungsbereich und Schule befindet sich generell in einer Krise.**

Hierzu seien nur Schlagworte genannt. Was immer sie auch zum Ausdruck bringen wollen und unabhängig davon, ob dies auch zutrifft, signalisieren sie Umbruch, Unbehagen, Neuorientierung. Gesellschaftlicher Wandel (Risikogesellschaft), Werteverlust, Auflösung der Familienstruktur (Singlegesellschaft), Verschwinden der Wirklichkeit (Multimedia), Lebenslanges Lernen, Strukturwandel von Arbeit und Wirtschaft (Tertiarisierung, 2/3-Gesellschaft), Fehlende einheitliche "Megatrends".

Indikatoren sind auch Veröffentlichungen auf dem Buchmarkt. Auf zwei bedeutsame Titel sei hingewiesen: Hartmut von Hentig, "Die Schule neu denken" und: Denkschrift der Bildungscommission Nordrhein-Westfalen, "Zukunft der Bildung - Schule der Zukunft".

#### **2. These: Die Berufliche Bildung befindet sich in einer Krise und muß neu "gedacht" werden.**

- ➔ Die Beschleunigung des Verfalls von Wissen und Können, insbesondere im beruflichen Bereich. "Halbwertszeit" in manchen Fachbereichen bereits 2 Jahre!
- ➔ Beschleunigter technologischer Wandel, insbesondere im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik, der sich jedoch auf alle Berufe auswirkt.
- ➔ Rascher Wandel der Arbeitsorganisation verbunden mit einem Wandel der Qualifikationsanforderungen (Lean production, fraktale Fabrik, Inselfertigung, Dezentralisierung, Gruppenarbeit).
- ➔ Zunehmender Verlust der Beruflichkeit. Die Berufsförmigkeit der Arbeit, an der sich die Berufsbildung seit der Zeit der Zünfte bis zur Gegenwart orientiert hat und die zu einem entsprechenden Berufsethos geführt hat, wird heute mehr und mehr durch eine "Qualifikationscollage" (K.H. Geißler) und Job-Denken abgelöst.

- ➔ Bedeutungsverlust der Facharbeit. Die Bedeutung des Werks, das als Ganzes mit Meisterschaft ausgeführt wird, entstammt dem traditionellen Handwerksethos und ist im modernen Fertigungsprozeß industrieller Arbeit anachronistisch. Diese Entwicklung wird durch die zunehmende Tertiärisierung unterstützt (primäre und sekundäre Dientleistung).
- ➔ Bedeutungsverlust der Erstausbildung gegenüber der zunehmenden Weiterbildung. Der Wissensverfall und die Spezialisierung verringern den Bereich des verbindlichen und dauerhaften Basiswissens und -könnens. Weiterbildung, Anpassungsfortbildung und lebenslanges Lernen haben heute bereits ein größeres Gewicht als die Erstausbildung und dies wird weiter zunehmen.
- ➔ Hohe Arbeitslosigkeit. Offiziell sind heute über 4 Mio. Menschen arbeitslos. Unter Berücksichtigung der verdeckten Arbeitslosigkeit fehlen jedoch 8 bis 10 Mio. wettbewerbsfähige, d.h. nicht subventionierte Arbeitsplätze. Dies entspricht einer Quote von ca. 25 %. Muß die Berufsbildung auf diese Risikogesellschaft mit einer "jobless-growth" (Beck) und "Patchworkbiografie" vorbereiten, weil Arbeitslosigkeit in der Marktwirtschaft des Informationszeitalters systemimmanent ist und "Kapitalismus ohne Arbeit" die Zukunft bestimmen wird?

Daß sich derartig tiefgreifenden Wandlungsprozessen, welche die herkömmliche Berufsbildung in Frage stellen, nicht mit der Empfehlung von Rezepten aus der Lehrlingsausbildung des 19. Jahrhunderts, wie sie gerade Bildungsminister Rüttgers formuliert hat, begegnen läßt, dürfte evident sein.

**3. These: Das duale System der Berufsbildung befindet sich in einer Krise**, die nicht durch "kosmetische" Veränderungen, sondern nur durch grundlegende Erneuerungen bewältigt werden kann.

- ➔ Drastischer Rückgang der Zahl der Ausbildungsplätze. In manchen Branchen (gewerblich-technisch, kaufmännisch) insbesondere im industriellen Bereich in 2-stelligen Prozentwerten! Gleichzeitig nimmt die Zahl (demoskopisch) der Schulabgänger z.Zt. zu.
- ➔ Attraktivitätsverlust des dualen Systems durch "Abwahl". Aufgrund des Trends zu höheren Abschlüssen nehmen immer weniger Jugendliche eines Geburtsjahrganges an einer Ausbildung teil. Während die Quote früher bei über 80 % lag, beträgt sie heute nur noch ca. 63%.
- ➔ Bedeutungsverlust der Erstausbildung durch "Entberuflichung" und zunehmende Bedeutung der Weiterbildung. Technologiewandel mit erhöhten Qualifikationsanforderungen. Bsp.: Für die neuen I- und K-Berufe wollen etliche Firmen nur noch AbiturientInnen einstellen.

- ➔ Die hohe Abbrecherquote in manchen neugeordneten Berufen (z.B. Elektroinstallation ca. 50 %) signalisiert einen Verdrängungswettbewerb von höheren Abschlüssen zu einfacheren Tätigkeiten, wobei gerade die Zahl der Tätigkeiten, für die nur geringe Qualifikationen erforderlich sind, langfristig auf die Hälfte sinken wird.
- ➔ Tertiärisierung, d.h. die zunehmende Verlagerung der Tätigkeitsfelder in den Dienstleistungsbe- reich in dem es kaum Ausbildungsberufe im dualen System gibt.
- ➔ Unattraktivität der Berufsschule. Hier wird vor allem beklagt: Veraltete bürokratische Strukturen (d.h. kein modernes Dienstleistungsunternehmen), mangelnde technische Ausstattung, die nicht dem Technologiewandel entspricht, fehlende Erwachsenenpädagogik, Lehrkräftemangel, Überal- terung der Kollegien.
- ➔ Der Begriff "duals System" entspricht nicht der Wirklichkeit. Echte Dualität der beiden Lernorte Betrieb und Schule war noch nie gegeben, sie würde gleichwertige Partner mit eigenständigen Verantwortlichkeiten und definierter Kooperation erfordern. Durch überbetriebliche Ausbil- dungsstätten hat sich in manchen Bereichen (z.B. Handwerk) ein 3. Lernort d.h. ein "triales Sys- tem" etabliert, in dem noch weniger "Partnerschaft" praktiziert wird.  
Tatsächlich hat das duale System einen gefährlichen Dualismus (= Trennung und Aufhebung von struktureller Beziehung) von Theorie einerseits und Praxis andererseits, von Denken und Tun, ze- mentiert, der in einer eigentlich ganzheitlich strukturierten beruflichen Bildung der Schule aus- schließlich die Theoriebildung und dem Betrieb ausschließlich die Praxisbildung zuweist. Dies ist für moderne Berufe nicht mehr möglich, entspricht auch nicht mehr der Bildungspraxis und wi- derspricht der wissenschaftlichen Erkenntnis der modernen Handlungsforschung.

**4. These: Da es zur Zeit keine angemessene Alternative zum dualen System gibt, ist dieses durch Umbau und Ausbau systematisch weiterzuentwickeln.**

- ➔ Durchgängige duale Organisation von Aus- und Weiterbildung in modularer Form (zertifizierbare Teilqualifikationen). Der Präsident des Bundesinstitutes für Berufsbildung, Hermann Schmidt: "Ich bin davon überzeugt, daß es in Zukunft nur noch ein Gesamtsystem dualer Aus- und Weiter- bildung oder kein Duales System geben wird."
- ➔ Schaffung echter Dualität im Sinne gleichwertiger autonomer Partner mit klar definierten Aufga- ben und Verantwortlichkeiten, die nicht durch den Theorie-Praxis-Dualismus geprägt sind und wobei sinnvolle Kooperationsformen festgelegt werden müssen. Überbetriebliche Ausbildung kann dann entfallen, soweit erforderlich lassen sich solche Aufgaben den Schulen zuweisen.



Beide Partner sind in angemessener und gleichwertig verantwortlicher Weise an der Prüfungs- und Zertifizierungsform beteiligt. Dies setzt Veränderungen der gesetzlichen Grundlagen voraus (Berufsbildungsgesetz, Bayerisches Erziehungs- und Unterrichtsgesetz).

- ➔ Verzahnung der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften und Ausbildern bzw. Meistern. Ohne Rücksicht auf Status, Vorbildung und Einsatz müssen diejenigen, die sich um eine integrative Berufsbildung (Integration von Theorie und Praxis) bemühen auch gemeinsame Erfahrungen in ihrer eigenen Aus- und Weiterbildung machen können.
- ➔ Gewährleistung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebotes durch ein geeignetes System der Verpflichtung und Lastenverteilung (z.B. Ausbildungsplatzabgabe, Umlageverfahren o.ä.) gemäß dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1980 („.....daß grundsätzlich alle ausbildungswilligen Jugendlichen die Chance erhalten, einen Ausbildungsplatz zu erhalten.“)
- ➔ Bedarfsgerechte und beschleunigte Schaffung neuer Berufsbilder sowie eine Neuordnung mit einer Weiterbildungsordnung auch im tertiären Bereich. Dabei müssen in angemessener Weise auch überfachliche Qualifikationen, d.h. Schlüsselqualifikationen im Sinne des Zieles umfassender beruflicher Handlungskompetenz einbezogen werden. Ausreichende Angebote für Frauen und für benachteiligte Jugendliche sind unerlässlich.

**5. These: Berufsschulen (bzw. berufliche Schulen) müssen zu einem eigenständigen und gleichberechtigten Partner im dualen System entwickelt werden,** der sowohl in der Aus- als auch Weiterbildung zukunftsorientierte berufliche Handlungskompetenz in modernen Dienstleistungszentren für berufliche Bildung vermittelt.

Die Berufsschule der Zukunft muß ein Dienstleistungszentrum mit einem hohen Grad der Autonomie sein. Dies gilt hinsichtlich:

- ➔ der curricularen Autonomie - Die Lehrpläne sollten höchstens 60 % der Inhalte auf der Basis eines Rahmenkonzeptes festlegen, so daß genügend Freiraum für inhaltliche, methodische und organisatorische Schwerpunktsetzungen bleibt. Hierbei muß Raum für Projekte, für handlungsorientierten, fächerübergreifenden Unterricht sein mit Integration von Theorie und praktischem Tun. Wahl- und Förderunterricht muß gleichermaßen bedarfsgemäß eingerichtet werden wie ein differenziertes und breitgefächertes Weiterbildungsangebot. Einzelarbeit und Teamleistungen sind im Rahmen von Längs- und Querschnittsbewertungen zu zertifizieren, wobei auch in Prüfungen Schlüsselqualifikationen zu berücksichtigen sind. Daß bei solchen Angeboten die Unterrichtsorganisation flexibel, projektund teilnehmerbezogen ist, ohne Rücksicht auf 45-Minuten-Raster und Fächertrennung, erscheint selbstverständlich.

- ➔ der administrativen Autonomie - Die Teilhabe, Mitwirkung und Mitbestimmung an Entscheidungsprozessen muß im Rahmen von demokratischen Gremien mit festgelegten Kompetenzen gewährleistet sein. Personaleinsatz, Stundenplan, Gruppenbildungen, Klassenstärken, Kontakte zu außer-schulischen Einrichtungen, Exkursionen u.ä. wird über die Gremien individuell, bedarfsgerecht und flexibel entschieden.
- ➔ der personelle Autonomie - Auswahl, Einstellung und Einsatz des Lehrpersonals, schulinterne Fortbildung, Beratung, Supervision, Zeitbudget und Deputatfestlegung können sehr viel effizienter und zur größeren Zufriedenheit der Betroffenen durch die schulischen Gremien wahrgenommen werden, als durch eine zentrale bürokratische Schulaufsicht und -verwaltung.
- ➔ der finanziellen Autonomie - Die eigenständige Budgetverwaltung erscheint selbstverständlich. Daß die öffentliche Schule gerade im Weiterbildungsbereich jedoch auch als Dienstleistungszentrum Anbieter und damit Konkurrent zu freien Bildungsträgern sein wird, ist eine logische Konsequenz aus der neuen Aufgabenzuweisung an die Berufsschule. Hierzu braucht sie auch ökonomischen Gestaltungsspielraum.

Die Berufsschule hat berufliche Handlungskompetenz mit angemessenen didaktischen und methodischen Konzepten zu vermitteln. Die abnehmende Bedeutung der Beruflichkeit ist durch die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen zu ergänzen. Dies erfolgt im Rahmen eines differenzierten Konzeptes der Erwachsenenpädagogik mit innovativen Methoden, die Theorie und Praxis integrieren, alle Medien einbeziehen, ganzheitlich berufliche Bildung und Allgemeinbildung (z.B. auch Fremdsprachen) in Projekten verzahnen, Teamarbeit ermöglichen und intensive Kooperation mit Betrieben erlauben.

Solche Konzepte gelten sowohl für Berufsvorbereitungslehrgänge und Fördermaßnahmen gleichermaßen wie für Grundmodule der Erstausbildung und darauf aufbauende, aufeinander abgestimmte Module der Weiterbildung, bis zu Doppel- und Mehrfachqualifikationen. Hierzu sind moderne, an der Berufspraxis orientiert ausgestattete Fachräume erforderlich. Flankierende Angebote wie Schulsozialarbeit und Trainingskurse für Sozialverhalten, Lebensgestaltung im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit und gesellschaftliche Kommunikation müssen sich an den Interessen und Bedürfnissen der Teilnehmer orientieren.

Ausreichend fachlich und pädagogisch qualifiziertes Lehrpersonal ist gerade auch im Zeitalter von Multimedia wichtiger denn je. Mit der Änderung der Lehrerrolle von der Instruktion zur Beratung und Gestaltung von Lernarrangements werden möglichst breitbandig qualifizierte Lehrkräfte benötigt, die selbst in hohem Maß über Schlüsselqualifikationen verfügen und sich kreativ so heterogenen Lernsituationen anpassen können, wie sie die Berufsschule mit Jugendlichen in der Erstausbildung, Erwachsenen in der Weiterbildung, mit Abschlüssen von Förderschule bis Abitur in Lerngruppen und multikulturell an Erfahrungshintergründen und unterschiedlichstem Sozialverhalten erfordert. Permanente Weiterbildung in verschiedensten Formen (Lehrgänge, Betriebspraktika, Supervision, erfahrungsorientierte Teamentwicklung usw.) und Organisationsmodellen (Timeshearing, Sabbatjahr usw.) muß durch die Schule entwickelt, gefördert und gestaltet werden.

### Franz Schropp, Geschäftsführer und Leiter der Abteilung Berufsbildung der IHK für München und Oberbayern

Im Jahre 1996 hat eine große, an die 80er Jahre erinnernde Mobilisierung für Ausbildungsplätze im dualen System stattgefunden. Die Zahl der Ausbildungsplätze in Industrie, Handel und Dienstleistung konnte gesteigert werden. Dies ist eine eindrucksvolle Bestätigung für die duale Berufsausbildung, weil die Vorteile und die hohe gesellschaftliche Anerkennung dieser Ausbildungsform deutlich zum Ausdruck kommen. Wenn man aber Zeitungsmeldungen und Fernsehnachrichten aufmerksam verfolgt, kommt der Leser oder Zuschauer möglicherweise zu einem anderen Eindruck. Was, so lautet die Frage, stimmt nun: Haben wir es mit einem erfolgreichen Berufsbildungssystem auf dem Weg in das nächste Jahrtausend zu tun oder stimmen die Meldungen, daß das Ende dieses Systems bevorsteht?

Die Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit zu Ausbildungsplatzbewerbern und Lehrstellen führen regelmäßig zu falschen Interpretationen: Der Eindruck wird erweckt, daß massenweise junge Leute auf der Straße liegen und ihnen die Ausbildungstür verschlossen bleibt. Derartige Untergangsszenarien gehören inzwischen zum Alltag. Politik und öffentliche Meinung haben auch die Schuldigen für die Probleme sehr schnell gefunden. Die ausbildungsverweigernden Unternehmen! Die gleichen Stimmen verstummen dann im Oktober/November, wenn die Statistik des Arbeitsamtes endlich bereinigt wird. Die positive Resonanz am Ende des Kalenderjahres nimmt die Gesellschaft dann kaum wahr. Normalität ist eben keine Meldung wert und sie paßt manchem politisch anders Denkenden nicht ins Konzept.

Ein weiteres kritisches Wort: Die Ordnungsarbeit hat zwar die klassischen Ausbildungsberufe modernisiert und für die nächsten Jahre zukunftssicher gemacht. Damit stellt sich das Ausbildungssystem im Vergleich zum Hochschulsystem positiv dar. Gleichwohl wurde aber versäumt, neue Berufe für Unternehmen der Wachstumsbranchen zu schaffen.

Häufig wird beanstandet, daß nur ein Drittel der Unternehmen ausbildet. Daß diese rund 70 Prozent der Arbeitnehmer beschäftigen, wird dabei verschwiegen. Die Quote wäre sicher noch höher, wenn in den neuen Wirtschaftszweigen ausgebildet werden könnte. Zur Zeit werden neue Berufe entwickelt für den Informations- und Kommunikationssektor, für den Luftverkehr, den Bahnservice, den Telekommunikationssektor, für die Systemgastronomie, für Recycling-Fachkräfte, Sicherheitsfachkräfte oder Kaufleute in den Medienproduktionen, im Gesundheitswesen oder im Vereinssektor, aber auch Fachkräfte für Veranstaltungstechnik, Messen und Tagungen oder für die Reisebranche. Damit ist die Aufzählung nicht beendet. Die Beispiele machen deutlich, welche immensen Potentiale an Ausbildungskapazitäten in der Wirtschaft schlummern. Natürlich stellt sich die Frage, warum das Ausbildungssystem so spät reagiert hat. Diese Frage ist verständlich und die Antwort unbefriedigend. Das Ausbildungssystem ist nicht von dem statischen Verhalten und Verharren unserer Gesellschaft zu lösen, die sich nur schwer von Gepflogenheiten, Liebgewordenem und ihrer aus den Zeiten unbeschwerter Prosperität abgeleiteten Ansprüche trennen kann und in ihren Strukturen gefangen ist. Wenn Änderungen und Zugeständnisse durchgesetzt werden, kommen sie meistens zaghaft oder zu spät.

Welche Qualifikationen benötigt die Wirtschaft und wer vermittelt sie am besten? Dabei fehlt es nicht an radikalen Vorschlägen, wenn z. B. gefordert wird, daß das Berufsprinzip wegen seiner Starrheit zugunsten von Qualifikationscollagen aufzulösen sei. Ordnungspolitisch würde das bedeuten: Teilnehmer und Unternehmen stellen aus einer Fülle verschiedenster kleinerer Module ein enges Qualifikationsmenue zusammen. Damit lassen sich persönliche Begabungen und betriebliche Interessen sicher am ehesten treffen. Das Modell löst aber die Transparenz des Qualifikationsniveaus auf, schränkt die Mobilität der Teilnehmer ein und behindert die Aussagekraft der Zeugnisse für die Unternehmen.

Die klassische Ausbildung mit der darauf aufbauenden Weiterbildung ist hervorragend geeignet, Qualifikationen der Zukunft praxis- und interessensgerecht zu vermitteln. Der Lernort Betrieb erlebt momentan nicht zuletzt deswegen eine Renaissance, weil er wie kein anderer soziale und methodisch/prozessuale Kompetenzen vermitteln kann und zwar auf jeder Qualifikationsebene. Allerdings sind bei den Berufen flexible Strukturen notwendig.

Ein zukunftsorientierter Ansatz könnte darin liegen, am Beruf, als auch im Zentrum verbindlicher Qualifikationen, festzuhalten. Um dieses Pflichtprogramm herum sind jedoch attraktive und bedarfsgerechte Wahlpflichtbausteine anzubieten.

Es liegt auf der Hand, daß solche Lösungen den Betrieben aller Größenordnungen entgegenkommen, weil sie paßgenauer sein können. Sie sparen Kosten, da Unnötiges nicht mehr für die Prüfung vermittelt werden muß. Gleichzeitig können Inhalte in Wahlpflichtprogrammen vorgesehen werden, die bisher der Weiterbildung vorbehalten waren. Zur pauschalen Abkürzung bei höherer Schulbildung gibt es die Alternative, die Ausbildung kann nun inhaltlich angereichert werden. Das Interesse der Bewerber wird damit lösungsgerecht getroffen. Sie erlernen einen Beruf, der ihre Mobilität sichert und zugleich zur fachlichen Spezialisierung die Arbeitsmarktchancen erhöht.

Aber die Ausbildung muß auch differenzierter werden. So plädieren wir für Berufsstrukturen, die bei einheitlicher Ausbildungsdauer den höheren Qualifikationsbedarf der Betriebe und dem größeren Lernvermögen entsprechen. Gleichzeitig müssen für lernschwache Jugendliche neue Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden. Jährlich verlassen 70.000 junge Menschen die Hauptschule ohne Abschluß. Für sie gibt es keine adäquaten Ausbildungsmodelle. Hier müssen dringend und kurzfristig spezielle Berufe mit konsequent praktischer Ausrichtung oder, wenn dies nicht durchsetzbar ist - auch Modulmodelle - geschaffen werden.

Für die wachsenden Schulabgängerzahlen bis zum Jahr 2006 brauchen wir jährlich rund zwei Prozent mehr Ausbildungsstellen. In enger und konzentrierter Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern, Wirtschaft und Gewerkschaften ist dies zu schaffen.

Mit der Flexibilisierung der Ausbildereignungsverordnung hat die Bundesregierung ein erstes Ausbildungshemmnis beseitigt. Um aber das Angebot an Ausbildungsplätzen noch weiter zu steigern, sind folgende Maßnahmen vordringlich:

- Nachhaltige Verbesserung der Ausbildungsreife der Schulabgänger. Eine "Nacharbeit" beim Basiswissen, z. B. in Deutsch und Rechnen ist nicht Aufgabe der Betriebe oder der Berufsschulen.
- Einfrieren bzw. Senken der sehr hohen Ausbildungsvergütungen zumindest im ersten Ausbildungsjahr. Beispielgebend ist hier wohl das Baugewerbe, in dem die Gewerkschaften die Zeichen der Zeit erkannt haben und bereit sind, Einschnitte bei den überdurchschnittlich hohen Ausbildungsvergütungen der Lehrlinge zu akzeptieren, und dadurch die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe zu erhalten oder zu erhöhen.
- Verzicht auf jegliche Änderung der einzelbetrieblichen Finanzierung der Berufsausbildung. Ein angeblich notwendiger Lastenausgleich führt vor allem zu zusätzlichen Kosten für die Mehrzahl der kleinen und mittleren Betriebe, nicht aber zu zusätzlichen betrieblichen Ausbildungsplätzen. Ein solcher Eingriff setzt die enge Anbindung zwischen betrieblicher Ausbildung und Arbeitsmarkt aufs Spiel.

- Die Bundesregierung muß ermöglichen, daß die Wehrpflichtbestimmungen flexibler als bisher gehandhabt werden. AbiturientInnen und FachhochschulabsolventInnen müssen vom Wehrdienst zurückgestellt werden, wenn sie Ausbildungsverträge abgeschlossen haben.
- Förderung der ortsnahen Beschulung: Bei neuen Berufen sollten nach Möglichkeit Fachklassen auch bei unterdurchschnittlicher Schülerzahl durchgesetzt werden, um den Start zu erleichtern.
- Sowohl lernschwache Jugendliche wie auch besonders begabte Jugendliche und die wachsende Zahl von Abiturienten müssen im dualen System gleichermaßen differenzierte, attraktive Ausbildung und darauf aufbauende Fortbildungswege finden.
- Die Ausbildung im Verbund mehrerer Betriebe, die damit verbundene Nutzung brachliegender Teilkapazitäten in der Ausbildung, der Ausgleich von fachlicher Spezialisierung in verschiedenen Betrieben, der damit einhergehende "sanfte Einstieg" von bisher nicht ausbildenden Betrieben in die Berufsausbildung.
- Streichung der Übernahmeverpflichtung nach der Ausbildung. Sie ist der Grund dafür, daß sich viele Betriebe heute schwer tun, über Bedarf auszubilden. Damit verlieren junge Menschen Chancen auf dem Ausbildungsstellenmarkt.
- Die Möglichkeit von Erprobungsverordnungen nach § 28 Abs. 3 Berufsbildungsgesetz auf Landesebene sollten genutzt werden, wenn auf Bundesebene keine Ausbildungsregelungen für Branchen entstehen, in denen bisher nicht ausgebildet werden konnte.
- Umwandlung der Anrechnungspflicht der Berufsfachschule auf die Ausbildungszeit in den Berufen der gewerblichen Wirtschaft in eine Kannbestimmung. Die Vertragspartner sollen darüber entscheiden, welche betrieblichen Ausbildungszeiten je nach Anforderungen im Ausbildungsberuf und bezüglich der individuellen Eignung des Bewerbers notwendig sind.

## Forum 3: Ausbildung und Studium

Gibt es Alternativen zum derzeitigen Ausbildungssystem? Nach der Ausbildung ins Studium - oder nach dem Studium in den Betrieb?

### Dr. Götz Schindler, Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung

#### **"Studierende heute" und Alternativen zum Studiensystem**

Die Hochschulen unter Effizienzgesichtspunkten zu diskutieren ist nicht neu. Es ist aber immerhin symptomatisch, daß die Diskussion vor einigen Jahren damit begann, daß man die steigenden Studienzeiten als Problem entdeckte und unter dem Schlachtruf "Senkung der Studiendauer" anfing, an Symptomen zu kurieren. Dabei blieben wichtige Gesichtspunkte unberücksichtigt: Von den Erwartungen der Studierenden an das Studium bis hin zu der Tatsache, daß auch vor 5 Jahren bereits rund 60 % der Studierenden zur Studienfinanzierung neben dem Studium erwerbstätig waren. Es wurde und wird ein Effizienz- begriff zugrundegelegt, der sich ausschließlich auf die Studienaktivitäten bezieht und die Lebensverhältnisse der Studierenden außerhalb der Hochschule ausklammert.

Nun werden seit einiger Zeit eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die durchaus sinnvoll sind: Erprobung von Globalhaushalten, Evaluierung der Lehre, Tutorenprogramme, Versuche mit dem Credit-Point-System, vor allem an Fachhochschulen: Integration von Berufsausübung und Studium. Dennoch wird in der Diskussion über die Studienstrukturreform noch zu wenig zur Kenntnis genommen, mit welchen Studierenden es die Hochschulen eigentlich zu tun haben - obwohl wir darüber bereits eine ganze Menge wissen, z.B.

- ⌚ Studienanfänger werden immer älter; immer mehr Studierende sind verheiratet oder leben in festen Partnerschaften;
- ⌚ der Anteil der Studienanfänger mit Erwerbstätigkeit oder Berufsausbildung vor Studienbeginn nimmt zu: zwischen 1985 und 1994 an Universitäten von 17 % auf 23 % und an Fachhochschulen von 50 % auf 65 %;
- ⌚ Erwerbstätigkeit neben dem Studium nimmt erheblich zu (auf jetzt 66 %);
- ⌚ für viele Studierende ist das Studium nicht der alleinige Lebensmittelpunkt, es tritt mit Aktivitäten außerhalb der Hochschule in Konkurrenz;
- ⌚ Teilzeitstudierende - auf die ich später ausführlich eingehe - zunehmende Entkoppelung von Studium und Beruf.

Es ist notwendig, studentische Einstellungen, Studienstrategien und Lebenspraktiken während der Phase des Studiums besser zu verstehen, um aus ihnen Schlußfolgerungen für notwendige Reformmaßnahmen ziehen zu können. Dabei gehen wir von der Annahme aus, daß das Verhalten der Studierenden nicht lediglich als Reaktion, sondern primär als subjektive Strategie zwischen Möglichem und Gewolltem, als aktive und kreative Gestaltung der Lebensphase Studium auf der Basis der biographischen und gesellschaftlichen Kontexte zu deuten ist, unter denen das Studium heutzutage verläuft. Mit anderen Worten: Die Lebensphase Studium wird nicht einfach als ein Spiegel des Status quo interpretiert, welchen die Studierenden heute an den Hochschulen vorfinden. Deshalb sprechen wir vom "Eigensinn" lebensweltlicher Konstruktionen in dieser Lebensphase, die sich in der aktiven Gestaltung von Studium, Freizeit, Erwerbstätigkeit, sozialen Bindungen, Lebensstilen usw. niederschlägt.

Im studentischen Bereich ist beispielsweise die Frage des Umgangs mit der Zeit (Zeitbudget) und ihrer ökonomischen Grundlagen ein Ausgangspunkt für die lebensweltliche Fragestellung. Dabei geht es nicht nur darum, festzustellen wieviel Zeit für weitere Aktivitäten aufgewendet wird, sondern um die Frage, welche Motive und biographischen Vorstellungen der studentischen Praxis zugrunde liegen, wie die Studierenden ihr Studium in Bezug auf ihre eigene Zukunft sehen und wie institutionelle Vorgaben der Hochschule (z.B. Prüfungsordnungen und Prüfungsverfahren) auf diese subjektiven Parameter wirken. Es geht also darum, die individuelle Bedeutung des Studiums und die individuellen Praktiken des Studierens zu analysieren und zu verstehen.

Da es noch keine umfassenden Untersuchungen zu diesem Komplex gibt, möchte ich ausgehend vom Beispiel der Teilzeit-Studierenden der Frage nach Alternativen zum existierenden Studiensystem nachgehen. Ich stütze mich dabei auf eine Untersuchung des Bayerischen Staatsinstituts für Hochschulforschung und Hochschulplanung, die im letzten Jahr mit dem Ziel durchgeführt wurde, mehr zu erfahren über Teilzeitstudierende. Dazu wurden im Wintersemester 1993/94 7.000 Studierende aus 11 Studienfächern an 24 Hochschulen in Deutschland per Fragebogen nach ihrer Studien- und Lebenssituation befragt; der Rücklauf betrug rund 3.600 Fragebogen, d.h. Rücklaufquote 55 %.

Als Teilzeitstudierende bezeichnen wir Studierende, die aus unterschiedlichen Gründen nicht in der Lage oder willens sind, ihre gesamte verfügbare Zeit und Kraft dem Studium ztu widmen und die sich deshalb auch selber als TeilzeitStudierende verstehen.

Zunächst eine kurze Charakterisierung der Teilzeitstudierenden:

- 28 % der befragten Studierenden gaben an, Teilzeitstudierende zu sein (hier ist zusätzlich zu fragen, bei welchem Prozentanteil der Vollzeit-Studierenden es sich aufgrund ihrer zeitlichen Belastung außerhalb der Universität faktisch um Teilzeitstudierende handelt);



- ➔ Teilzeitstudierende kommen häufiger als Vollzeitstudierende aus bildungs- und einkommenschwächeren Familien; von den Teilzeitstudierenden haben 38 %, von den Vollzeitstudierenden dagegen nur 29 % vor Studienbeginn eine Berufsausbildung absolviert; Erwerbstätigkeit neben dem Studium aus finanzieller Notwendigkeit ist der entscheidende Grund für ein Teilzeitstudium; 3/4 der Teilzeitstudierenden sehen sich auf den Zuverdienst neben dem Studium unbedingt angewiesen (die Vollzeitstudierenden dagegen arbeiten eher zur Befriedigung zusätzlicher Bedürfnisse, und zwar 70 %);
- ➔ Studierende mit Kindern werden aus wirtschaftlichen Gründen fast zwangsläufig zu Teilzeitstudierenden: nur 23 % bezeichnen sich als Vollzeitstudierende; studierende Mütter sind besonders belastet;
- ➔ Teilzeitstudierende gibt es in allen Fächern, in allen Hochschulen und Hochschularten, sie studieren jedoch überproportional häufig geistesund sozialwissenschaftliche Fächer und in Lehramtsstudiengängen sowie an großen Hochschulen in Ballungsgebieten; das Teilzeitstudium ist nicht auf bestimmte Studienabschnitte beschränkt: der Anteil der Teilzeitstudierenden steigt von 23 % während des 1. - 4. Semesters auf 41 % nach dem 12. Semester;
- ➔ Teilzeitstudierende reduzieren wegen ihrer Verpflichtungen neben dem Studium notgedrungen ihren zeitlichen Studienaufwand (um durchschnittlich 6 Stunden wöchentlich); bei ihnen zeigen sich häufiger als bei Vollzeitstudierenden Brüche im Studienverlauf; dreimal so viele wie unter den Vollzeitstudierenden unterbrechen ihr Studium, vor allem aus finanziellen Gründen.

Was bedeutet "Teilzeitstudium"?

1. Die Teilzeitstudierenden wenden mehr Zeit für Aktivitäten außerhalb der Hochschule auf, insbesondere für die Erwerbstätigkeit, als Vollzeitstudierende. Vermutlich ist das der Grund dafür, daß sie Hochschule und Studium kritischer bewerten (zu überprüfen wäre, ob Gründe für die Kritik nicht zu tun haben mit: Berufserfahrung vor dem Studium, Herkunft aus bildungsfernen Schichten/untere Einkommensgruppen). So sind knapp 9/10 der Teilzeitstudierenden gegenüber 3/4 der Vollzeitstudierenden der Meinung, sie lernten für das Leben woanders mehr als in der Hochschule; der Hälfte der Teilzeitstudierenden gegenüber 2/5 der Vollzeitstudierenden kommt die Hochschule sogar wie eine weltfremde Bildungsanstalt vor - die Universität muß das ja auch sein, da sie nun mal theoretisch ausgerichtet und keine Fachhochschule ist.

Ich ziehe daraus die Schlußfolgerung, daß wir ein zu enges Verständnis von Praxisbezug haben, wenn wir im Zusammenhang mit einer Studienstrukturreform Praxisbezug mit Berufsbezug oder Bezug zu beruflichen Tätigkeitsfeldern gleichsetzen.

Für Studierende, insbesondere für Teilzeitstudierende, ist "Praxis", von der sie lernen, nicht auf Erwerbstätigkeit beschränkt, sondern umfaßt daneben private und familiäre Lebensbereiche ebenso wie gesellschaftliche. Ist das eine Anpassung an den Zeitgeist, der verwertungsorientiertes Studium fordert und es allen recht machen will?

2. Gravierende Unterschiede bestehen zwischen den Teilzeit- und Vollzeitstudierenden bei den Problemen während der Lebensphase des Studiums. So klagen 58 % der Teilzeit- gegenüber lediglich 31 % der Vollzeitstudierenden über ständigen oder häufigen Zeitmangel für das Studium. Darüber hinaus ist besonders gravierend, daß 40 % der Teilzeitstudierenden trotz der Erwerbstätigkeit gegenüber nur 16 % der Vollzeitstudierenden finanzielle Probleme haben; Probleme mit der Anonymität in der Massenhochschule, mit dem Durchblick durch Studieninhalte und Zweifel am Sinn des Studiums sowie Schwierigkeiten mit der Studienorganisation haben zwischen 20 und 33 % der Teilzeitstudierenden gegenüber nur 10 bis 20 % der Vollzeitstudierenden. Das ist für die Teilzeitstudierenden ein großes Problem. Ihnen eröffnen sich zwar durch die vielfältigen Aktivitäten neben dem Studium zweifellos zusätzliche Erfahrungs- und Handlungsspielräume. Diese führen allerdings zugleich zur Abhängigkeit von "Netzwerken" in Hochschule, Studium und vor allem außerhalb der Hochschule. Diese Netzwerke stellen Kommunikation, Beratung, Hilfeleistungen usw. zur Verfügung, welche die Voraussetzung dafür sind, daß die Handlungs- und Erfahrungsspielräume außerhalb der Hochschule überhaupt genutzt werden können. Die schwierige Lage der Teilzeitstudierenden entsteht daher deshalb, weil sie gerade auf diesen Gebieten erhebliche Abstriche machen müssen, wenn sie unter Zeitmangel leiden. Denn sie schränken erheblich stärker als Vollzeitstudierende nicht nur den Besuch von Lehrveranstaltungen und sportliche und kulturelle Aktivitäten ein, sondern vornehmlich die Kontakte zum Freundeskreis, also zu einem maßgeblichen Teil der sozialen Netzwerke.
3. Auswahl und Beurteilung der Lehrveranstaltungen. Fachliches Interesse ist auch für die Teilzeit-Studierenden der wichtigste Grund für die Wahl der Lehrveranstaltungen. 6 von 10 Teilzeitstudierenden und 7 von 10 Vollzeitstudierenden nennen fachliches Interesse als Grund für die Auswahl der Lehrveranstaltungen; Tätigkeiten neben dem Studium als Grund für die Auswahl der Lehrveranstaltungen nennen 4 von 10 Teilzeitstudierenden gegenüber nur einem von 10 Vollzeitstudierenden. Vermutlich trägt die große Bedeutung der Tätigkeiten neben dem Studium dazu bei, daß Teilzeitstudierende die Lehrveranstaltungen erheblich kritischer betrachten als Vollzeitstudierende (zwischen 10 und 15 % weniger mit positiver Bewertung). Dies gilt insbesondere für den Aufbau der Lehrveranstaltungen, die Schulung der Denkfähigkeit und das Vertrautmachen mit den neuesten Erkenntnissen der Wissenschaft. Die erwerbstätigen Studierenden bewerten die Lehrveranstaltungen noch einmal kritischer als die Teilzeitstudierenden.

Dafür dürften mehrere Faktoren eine Rolle spielen. Erwerbstätige Studierende gewinnen einen Einblick in die berufliche Wirklichkeit außerhalb der Hochschulen und beurteilen von daher den Gewinn der Lehrveranstaltungen strenger als nichterwerbstätige Studierende. Zum anderen wird weniger die fachliche Qualität der Lehrveranstaltungen als vielmehr die didaktische Darbietung gerügt. Gerade erwerbstätige Studierende machen im Kontakt mit Arbeitskollegen offensichtlich die Erfahrung, daß Lernen auch anders sein kann als es im Studium meistens ermöglicht wird, z.B. interessanter, anschaulicher, effizienter - dies dürfte allerdings vornehmlich für Studierende mit qualifizierten und / oder studiennahen Jobs zutreffen. Schließlich ärgern sich gerade erwerbstätige Studierende, bei denen die Zeitknappheit an der Tagesordnung ist, über die in den Lehrveranstaltungen abgessene Zeit und meinen, daß man sich die Fachinhalte auch zeitsparender hätte aneignen können.

4. Zum Befragungszeitpunkt waren 88 % der Teilzeitstudierenden gegenüber 60 % der Vollzeitstudierenden erwerbstätig, und im Studium überhaupt schon einmal erwerbstätig waren fast alle Teilzeitstudierenden und 80 % der Vollzeitstudierenden. Wie wirkt sich das aus? Für nur zwei Fünftel der Teilzeitstudierenden gegenüber drei Fünfteln der Vollzeitstudierenden wirkt sich die Erwerbstätigkeit positiv aus (zusätzliche Kenntnisse und Fähigkeiten, Kennenlernen der Arbeitswelt, Kontakte zu Arbeitgebern, Verbindung von Studium und Praxis). Jedoch sehen etwas mehr als die Hälfte der Teilzeitstudierenden gegenüber nur einem knappen Drittel der Vollzeitstudierenden negative Auswirkungen der Erwerbstätigkeit neben dem Studium, die bei den Teilzeitstudierenden außerdem mindestens doppelt so stark ausgeprägt sind wie bei den Vollzeitstudierenden: weniger Zeit für das Studium, Motivationsverlust, Entfremdung von der Wissenschaft, Kontaktverlust zu Kommilitonen und Kommilitoninnen. Die Teilzeitstudierenden versuchen, den Problemen durch eine längerfristige Studienplanung beizukommen: Sie versuchen häufiger als die Vollzeitstudenten, ihr Studium bereits zu Semesterbeginn zu organisieren (50 % gegenüber 40 %). Demgegenüber ist bei Vollzeitstudierenden das tageweise oder spontane Vorgehen mehr verbreitet. Hinter dieser "Semesterplanung" verbirgt sich bei den Teilzeitstudierenden jedoch ein großes Maß an Flexibilität und Organisationsfähigkeit. Das zeigt sich daran, daß 52 % der Teilzeitstudierenden gegenüber nur 36 % der Vollzeitstudierenden von sich behaupten, sie kämen mit den verschiedensten Anforderungen ganz gut zu recht - obwohl die Anforderungen an sie erheblich höher sind als die an die Vollzeitstudierenden.
5. Wie vereinbart sich damit, daß immerhin 62 % der Teilzeitstudierenden angeben, sie seien gerne Studierende? Universität und Lebensbereiche außerhalb der Universität bieten offensichtlich so Handlungsspielraum, daß das "Spielen" auf der Klaviatur der dort gegebenen Möglichkeiten in der Regel zu befriedigenden - jedenfalls subjektiv mindestens akzeptablen - Lebensverhältnissen führt.

"Befriedigend" und "akzeptabel" bedeuten in diesem Zusammenhang, daß in jedem Lebensbereich die notwendigen Mindestanforderungen erfüllt worden können: in der Hochschule z.B. der Erwerb der geforderten Scheine und die Entscheidung über den Besuch von Lehrveranstaltungen; außerhalb der Hochschule beispielsweise der finanziell notwendige Umfang der Erwerbstätigkeit und das Mindestmaß an Zeit für Partnerschaft und Freundschaften. Die Tatsache, daß Studierende nicht gegen diese Mehrfachbelastung rebellieren, sondern die "patchwork-Identitäten" akzeptieren, ist vermutlich darauf zurückzuführen, daß sie - wie Arbeitnehmer - lernen, ihr Leben in den verschiedenen Lebensbereichen zu organisieren und irgendwann merken, wie befriedigend es ist, dies zu bewältigen und "alles unter einen Hut zu bringen".

### **Welche Konsequenzen sollten aus der Tatsache gezogen werden, daß es Teilzeitstudierende gibt?**

Zunächst können drei Schlußfolgerungen gezogen werden:

- a. Erwerb und Anwendung von Schlüsselqualifikationen, die zur Bewältigung des Alltags und nicht nur einer späteren Erwerbstätigkeit notwendig sind, sind ein zentrales Merkmal der Lebenswelt von Studierenden.
- b. Wenn das Handeln in unterschiedlichen Lebensbereichen von den Studierenden, insbesondere den Teilzeitstudierenden, ein hohes Maß an Organisationskompetenz verlangt, dann kommt dieser Kompetenz die gleiche Bedeutung zu, wie den landläufig für ein erfolgreiches Studium genannten Kompetenzen (von Fleiß bis zur Fähigkeit zu wissenschaftlichem Arbeiten).
- c. Die Lebenswelt von Studierenden, und wiederum insbesondere von Teilzeitstudierenden, wird bestimmt durch die Handlungsspielräume, die in den Lebensbereichen Universität, Job, Partnerschaft, Kinderbetreuung, soziale Kontakte, Hobbies usw. gegeben sind, und durch den Umfang, in dem sie genutzt werden bzw. genutzt werden können. Erst die Nutzung dieser Spielräume ermöglicht es, persönliche "Lebensstile" zu entwickeln und Aktivitäten im Studium und außerhalb der Hochschule sinnvoll miteinander zu verbinden.

### **Welche Konsequenzen sollen für eine Studienstrukturreform gezogen werden? Welche Vorstellungen haben die Teilzeitstudierenden selber?**

Insgesamt sehen die Teilzeitstudierenden die Verpflichtungen, die sie neben dem Studium haben, als hohe Belastung. Daraus begründen sich ihre Vorschläge. Dabei haben spezielle Teilzeitstudiengänge nicht oberste Priorität. Ein flexibles Prüfungswesen und spezielle Stunden- und Terminpläne stehen an der Spitze und werden von knapp drei Fünfteln der Teilzeitstudierenden für erforderlich gehalten,

Kombinationen aus Präsenz- und Fernstudium von zwei Fünfteln, eine sanktionsfreie Verlängerung der Studiendauer und spezielle Teilzeitstudiengänge lediglich von jeweils einem Drittel. Dabei fällt auf, daß die Anteile der Vollzeit- und der Teilzeitstudierenden nahe beieinanderliegen. Man kann das wohl so interpretieren, daß auch viele Vollzeitstudierende von den Problemen betroffen sind, mit denen die Teilzeitstudierenden zu kämpfen haben und sich daher in ähnlichem Umfang wie diese für die vorgeschlagenen Maßnahmen aussprechen.

Dies ist ein wichtiger Aspekt für die Schlußfolgerungen, zu denen ich abschließend komme. Ich möchte an dieser Stelle auf vier Punkte eingehen.

1. Über Studienzeiten darf nicht länger normativ diskutiert werden ("du sollst/darfst nicht länger als..... Semester studieren"). Studienzeiten müssen vielmehr als Ergebnis gemeinsamer Diskussionen darüber festgelegt werden, wie lang in jedem Studienfach ein Studium sein kann, damit es im individuellen Fall (also nicht generell) sinnvoll und zu bewältigen ist.

2. Die Hochschulen sollten kontinuierlich Informationen zur Studien- und Lebenssituation ihrer Studierenden als Basis für Maßnahmen für einzelne Studierendengruppen, z.B. Teilzeitstudierende, erheben. Die Hochschulen sollten Studienorganisation und -angebote, die bisher auf ein Vollzeitstudium ausgerichtet sind, bei Bedarf um neue Lern- und Organisationsformen für Teilzeitstudierende erweitern. Das bedeutet zum Beispiel:

Die Regelungen in Studienordnungen, Studienplänen und Prüfungsordnungen müssen flexibler sein, damit es möglich wird, daß die unterschiedlichen Berufserfahrungen, Studienmotivationen und Lebenssituationen (wie Teilzeitstudium) in der individuellen Studienplanung und im Studienverlauf berücksichtigt werden. Bei Prüfungen muß die studienberatende Funktion und nicht die Selektionsfunktion im Mittelpunkt stehen. Das bedeutet zugleich eine Abkehr von Blockprüfungen hin zu studienbegleitenden Prüfungsleistungen.

Das heißt für die Gesetzgeber in Bund und Ländern: Sie sollten die rechtlichen Voraussetzungen für die Einführung von Teilzeitstudienangeboten schaffen (z.B. Flexibilisierung der Studien- und Prüfungsordnungen, Genehmigung von Teilzeitstudiengängen und Anpassung der staatlichen Studienförderung).

3. Studienangebote in Teilzeitform können eine Palette unterschiedlicher Maßnahmen zur Differenzierung des traditionellen Vollzeitstudiums umfassen. Formelle Teilzeitstudiengänge sind dabei die ausgeprägteste Form, die je nach Studienfach, Studiengang, Hochschulart, Größe der Hochschule usw. bei vorhandenem Bedarf in Frage kommen.

Wissenschaftliches Studium muß als Lebensphase ernstgenommen werden. Die Notwendigkeit und das Bedürfnis der Studierenden, Leben und Erwerbstätigkeit neben dem Studium selbständig zu organisieren und zu koordinieren, führen zur Änderung des Studierverhaltens. Daraus ergibt sich für mich eine Schlußfolgerung, die über die Empfehlungen unserer Untersuchung hinausgeht.

Notwendig ist eine andere Studienstruktur. Das Studium ist bisher an den Universitäten überwiegend an Fachdisziplinen und deren Struktur orientiert. Dies erschwert interdisziplinäres Studium und wird den heterogenen Motiven, Lebenssituationen und Bedürfnissen der Studierenden und den an sie gestellten Anforderungen nicht gerecht. Die Studienstruktur muß so verändert werden, daß sich das Studium aus einzelnen Elementen wie Modulen und dazugehörigen Kursen und selbstorganisiertem Lernen zusammensetzt. Unter Modulen werden in sich abgeschlossene problemorientierte Studienelemente verstanden, die in einem vorgegebenen Rahmen obligatorischer Studienanteile konsekutiv, kombiniert oder einzeln studiert werden können. Die Hochschulen sollen auf Grundlage der modularisierten Studienstruktur für die Studiengänge eigenständige Studienprofile entwickeln und die Durchlässigkeit zwischen den Studiengängen der verschiedenen Hochschularten erhöhen. Langfristig gesehen kann dies zu einer Überwindung der Grenzen zwischen den verschiedenen Hochschularten führen. Im Zusammenhang mit der Modularisierung des Studiums ist außerdem zu überprüfen, ob die formelle Unterscheidung zwischen grundständigen Studiengängen und Aufbau-, Zusatz- und Ergänzungsangeboten andererseits noch sinnvoll ist. Regelstudienzeiten werden mit der Modularisierung des Studiums abgeschafft. An ihre Stelle treten mit den Studierenden nach regelmäßigen Beratungsgesprächen vereinbarte Planstudienzeiten, die sich an den Anforderungen der Studiengänge, den individuellen Studienzielen und der individuellen Lebenssituation orientieren. Die Abschlußprüfung wird durch die studienbegleitende Zertifizierung der Module ersetzt. Ein akademischer Grad wird verliehen, wenn ein in der Prüfungsordnung festgelegte Anzahl von Modulen mit definierten Anforderungen erfolgreich studiert worden ist.

Abschließend: Die Modularisierung des Studiums bedeutet nicht "Studium in Beliebigkeit", in dem alles mit allem kombiniert werden darf, sondern:

- ⇒ die Fachvertreter müssen sich auf das Selbstverständnis ihres Faches an ihrer Universität verständigen;
- ⇒ daraus werden essentials für die angebotenen Studiengänge abgeleitet, die als verbindliche Module gelten; alle anderen Module des Studienganges sind Wahlmodule (ggf. einige wenige Wahlpflicht-Module);
- ⇒ jedes Modul muß definierte Schnittstellen zu anderen Modulen, Fächern und Lehrveranstaltungen aufweisen; das Angebot interdisziplinärer Module ist sicherzustellen; neue Formen der Fachstudienberatung werden angeboten, die es den Studierenden erleichtern sollen, ihr Studienprogramm zu planen und ihren Studienfortschritt regelmäßig zu überprüfen; am Ende des Beratungsprozesses vereinbaren Studierende und Lehrpersonen, welche Leistungen von jeder Seite im bevorstehenden Semester erbracht werden.

## 6. Podiumsdiskussion zum Thema: 2010 - Zukunft der Ausbildung in München

### 6.1 Einführung in die Diskussion durch Frau Lore Schulz-Wild

#### **Lore Schulz-Wild, Moderation**

Willkommen zur Diskussion heute nachmittag, die der Einfachheit halber so heißt wie dieser ganze Berufsbildungskongress, nämlich 2010 - Zukunft der Ausbildung in München. Leider wird es jetzt keine förmliche Zusammenfassung der Ergebnisse aus den drei Foren von heute Vormittag geben. Aber bestimmt kommt das Entscheidende in den nächsten zwei Stunden noch einmal zur Sprache, das nehme ich jedefalls an. Ich darf Ihnen gleich das Podium hier vorstellen. Die Vorstellung soll nicht von links nach rechts gehen, weil man damit immer Schwierigkeiten bekommt, sie soll auch nicht nach der Reihenfolge des ausgedruckten Programms und auch nicht alphabetisch stattfinden, sondern sie soll zusammen mit den vereinbarten 5 Minuten Statements in der ebenfalls vereinbarten Reihenfolge erfolgen. Und deshalb geht es zuerst los mit Herrn Wolfgang Braun, Leiter der Berufsberatung im Arbeitsamt München. Dann folgt Dr. Hubertus Schröer, Leiter des Jugendamts der Landeshauptstadt München, auf der anderen Seite. Daran schließt sich das Statement von Herrn Rudolf Lehner, in der Handwerkskammer für München und Oberbayern zuständig für Ausbildungsberatung - stimmt das noch? - Ja. Ihm folgt Frau Elisabeth Weiß-Söllner, Stadtschulrätin. Herr Franz Schropp, Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern, und dann Martin Janke, Jugendsekretär im DGB Kreis München und Vorsitzender des Kreisjugendrings München bilden den Abschluß. Stimmt das noch? Gut. So, und ich bin Lore Schulz-Wild, bin Sachbuchautorin und Journalistin und habe sehr viele Jahre bei der Süddeutschen Zeitung die Beilage Jugend und Berufswahl gemacht.

Wenn diese 5 Minuten Statements erfolgt sind, soll eine Diskussion folgen. Und die wird genau wie alles andere an diesem Tag aufgezeichnet, weil daraus eine Dokumentation erstellt werden soll. Diese soll im April fertig sein und wird dann automatisch all jenen zugeschickt, die sich hier mit Adresskarte angemeldet haben. Wer das nicht getan hat, hier an diesem Kongress teilnimmt und die Dokumentation auch haben möchte, soll sich bitte am Ende der Veranstaltung vorne bei dem Informationstisch melden. Da liegt eine Liste auf, in die können Sie sich dann mit Ihrem Namen eintragen. Dann bekommen Sie auch die Dokumentation zugeschickt.

Die Diskussion, die wir dann alle gemeinsam führen wollen, einmal hier am Podium und dann mit Ihnen im Plenum soll sich auf zwei Schwerpunkte beziehen: der Eine beschäftigt sich dann mit dem notwendigen Wandel des dualen Systems. Von den unübersehbaren Ursachen des Wandels bis zu den sehr unterschiedlichen, aber leicht vorstellbaren neuen Formen der Ausbildung soll es hierbei gehen. Der zweite Gesichtspunkt sollte dann sein: Ausbildung in München 2010 - mit welchem Ziel? Welche Perspektiven eröffnet Qualifikation jungen und auch älteren Menschen, Betrieben und der Gesellschaft? Dieses wird zuerst hier oben am Podium besprochen, dann werden Sie aufgefordert werden, sich dazu zu äußern. Ich denke, so habe ich das noch einmal richtig zusammengefaßt.

Wir sollten das jetzt deswegen noch einmal diskutieren, da wir sehr viele Einzelaspekte schon in den verschiedenen Foren hatten und auf irgendeine Weise zusammenfassen sollten. Also geht es jetzt los mit den Statements. Als erstes Herr Braun. Wie sieht eine zukunftsfähige Ausbildung, ein zukunftsfähiger Ausbildungsbetrieb aus? Wollen wir wirklich, daß alle Betriebe ausbilden? Und welche Schlußfolgerung läßt sich aus der Feststellung ziehen, die wir heute morgen gehört haben, daß nämlich der Bedarf an Nachqualifizierung inzwischen ebenso hoch ist wie der Bedarf an Erstausbildung?

## 6.2 Statements der DiskussionsteilnehmerInnen auf dem Podium

**Wolfgang Braun**, Leiter der Berufsberatung des Arbeitsamtes

Meine Damen und Herren, ich muß erst einmal die Technik überprüfen. Die geht nicht. Doch ein bißchen geht sie jetzt. Das ist das technische Problem. Jetzt habe ich ein kognitives Problem. Die Fragen waren doch ziemlich komplex. Mir ist nur die erste Frage hängengeblieben, Frau Schulz-Wild, oder ich habe nur etwas bestimmtes herausgehört. Vielleicht wollte ich auch nur etwas bestimmtes heraus hören.

Sollen alle Betriebe ausbilden? Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, wenn Sie die Frage hören. Das ist ja wohl eine sehr bedrückende Vorstellung. Also stellen Sie sich vor, alle Betriebe in Deutschland bilden aus. Sie kennen ja vielleicht doch den einen oder anderen Betrieb. Das wären in Deutschland, wenn ich die Statistik recht im Kopf habe, 1,6 Millionen Betriebe, die nach dieser Vorstellung ausbilden sollen. Was jetzt ein bißchen wie mit ironischem Unterton klingt, meine ich allen Ernstes. So müßte es sein. Denn, ist es nicht so, daß wir, wenn wir über Berufsbildung reden, die Idealvorstellung im Kopfe haben, daß jeder Betrieb für die Gewinnung seiner Nachwuchskräfte, für sein Fachkräfte selbst verantwortlich ist? Ist das nicht eigentlich das Idealmodell, daß auch der dualen oder dem dualen System zugrundeliegt? Man, die Wirtschaft, sorgt selbst für den Nachwuchs und nicht der Staat und nicht irgendeine Institution, sondern wir - oder die Wirtschaft - sorgen selbst dafür.



Das ist nämlich der Kern des deutschen Berufsbildungsmodells um das uns die Welt ja so beneidet, daß wir diese beiden Dinge Beschäftigung und Bildung verkoppeln. Aber wie jeder hier wohl weiß, wir sind mitnichten bei diesem Idealmodell oder auch nur annähernd an diesem Idealmodell. Denn wir haben nicht 100% ausbildende Betriebe, sondern wir haben gerade mal 30% Betriebe die ausbilden, bezogen auf das duale System. Die anderen Ausbildungen lasse ich weg. Und dann kann man jetzt gleich, ohne in irgendwelche theoretischen Erörterungen einzutreten, sagen, daß kann ja dann oder muß eigentlich doch zwangsläufig zu Friktion führen, wenn der gesamte Fachkräftebedarf der Wirtschaft von 30% der Betriebe gedeckt wird. Wenn wir jetzt wiederum in die Einzelanalyse eintreten und feststellen, daß über 50% der jungen Fachkräfte von Kleinbetrieben ausgebildet werden und davon wiederum der Großteil von Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten, dann kann es überhaupt nicht mehr stimmen mit der Relation von Ausbildung und Beschäftigung. So will ich also allgemeiner sagen: der Ort an dem die Qualifikation vermittelt und der Ort an dem sie verwertet wird ist nicht identisch.

Vieles was wir heute morgen unter den Stichworten Kosten und rückfahren der Ausbildung gehört haben, läßt sich doch letztlich, das ist zumindest meine Meinung, zurückführen auf diese Diskrepanz, weil sich, zu Recht meine ich, Unternehmer fragen, ob die Aufwendungen die sie leisten in einem angemessenen Verhältnis zum Ertrag stehen. Wenn beispielsweise das Handwerk 100% Facharbeiter, ich meine jetzt also im klassischen Sinne Facharbeiter, ausbildet und davon nur 50% behalten kann, weil die andere Hälfte in die Industrie, die Dienstleistungsbranche oder den öffentlichen Dienst abwandert, dann sind das Kosten, die in diesem Wirtschaftsbereich entstehen, deren Erträge aber andernorts eingefahren werden. Und deswegen sollten wir nicht so vorschnell die Kostendiskussion mit diesem, ich nehme jetzt auch wiederum eine Argumentation von heute morgen auf, mit diesem moralischen Anspruch führen, die Betriebe würden, weil die Controller da mit strengem Stift säßen, die Ausbildung zurückfahren um eben Kosten zu minimieren. Es ist eine schlichte Überlegung, ob die Relationen richtig verteilt sind. Und deswegen meine ich, daß eine der Hauptfragen sein muß, ob die, was ich vorher sagte, idealerweise konstruierten Annahmen überhaupt noch stimmen. Vielleicht haben sie nie gestimmt. Das wird wahrscheinlich das Richtige sein. So daß wir eigentlich eine Krise, wie Herr Geißler heute morgen gesagt hat, nicht im dualen System haben, sondern eine Krise des Systems, weil Beschäftigung und Ausbildung jedenfalls in diesem Bereich nicht mehr zusammenpassen. Und so wie wir das voraussehen in Zukunft noch weniger zusammenpassen. Ausbildung wird woanders vermittelt als sie nachher im Beschäftigungssystem nachgefragt wird. Das ist für mich das Hauptproblem.

### **Lore Schulz-Wild**

Danke Schön. Frage an Herrn Schröer. Heute morgen haben wir gehört, daß inzwischen der Nachqualifizierungsbedarf genauso groß ist wie der Bedarf, den Schulabgänger für eine Erstausbildung brauchen.

Das hat vermutlich unter anderem auch damit zu tun, daß es nicht nur ideale Arbeitskräfte für eine Ausbildung und die Betriebe gibt, daß also nicht alle jungen Menschen, die eine Qualifizierung nachfragen, jung, männlich und deutsch, voll belastbar und total flexibel sind, mittlere Reife haben und möglichst wenig Ansprüche stellen. Das alles ist nicht so. Und alle für die das Gegenteil zutrifft gelten schon fast als Benachteiligte. Was passiert mit diesen Menschen heute und in Zukunft?

**Hubertus Schröer**, Leiter des Jugendamtes

Die Frage ist natürlich für die Jugendhilfe schwer zu beantworten. Weil ich glaube, daß da der Versuch gemacht wird, der Jugendhilfe eine Verantwortung zuzuweisen, die sie eigentlich kaum wahrnehmen kann und die auch nicht die unsere ist. Ausbildung für einen Beruf ist, denke ich zunächst einmal, auch eine schulische Aufgabe. Die Voraussetzungen müssen in den diversen Schulen geschaffen werden. Das ist sicher auch eine begleitende Aufgabe der Berufsschule. Und natürlich ist das dann auch die Aufgabe der entsprechenden Ausbildungsinstitutionen, die eine Ausbildung vorzunehmen haben.

Jugendhilfe kann eigentlich nur begleitend tätig sein. Jugendhilfe kann gerade dem Personenkreis, den Sie angesprochen haben, durch sozialpädagogische Stützung bzw. Unterstützung Hilfestellungen geben. Das heißt, wir können versuchen in Kooperation mit der Schule, in Kooperation mit Berufsschule und in Kooperation auch mit den Ausbildungsstätten die Jugendlichen, die sich mit einer Berufsausbildung bzw. auch mit der entsprechenden Nachqualifizierung schwerer tun als andere, aufzufangen. Jugendhilfe kann also Unterstützung leisten in der Arbeit mit Familien, da wo es an familiärer Unterstützung hapert, wo es Probleme gibt. Jugendhilfe kann im Bereich von Motivation, von Beratung Unterstützung geben. Aber Jugendhilfe kann natürlich nicht das wettmachen, was die anderen Institutionen versäumt haben. Ich denke, was eigentlich noch stärker unsere Aufgabe sein könnte als in der Vergangenheit, und auf die Frage, in welchen Bereichen der Schulsozialarbeit wir tätig sind oder ähnliches, werden wir vielleicht noch kommen. Was wir vielleicht in der Vergangenheit stärker hätten tun können, was aber nicht nur eine Frage an uns ist, ist die Frage nach der Skandalisierung dessen, was eigentlich mit der Jugend zur Zeit passiert. Wenn wir die Medien so betrachten, dann haben wir fast jeden Tag etwas über Jugend und Gewalt, über Jugend und Drogen oder eine Zeitlang auch etwas über Jugend und Rechtsextremismus lesen können. Aber das Thema Jugend und Arbeitslosigkeit oder Jugend und Arbeit wird sehr viel weniger in dieser Form skandalisiert als alle diese anderen Themen. Wir als Jugendhilfe aber haben dann wieder unter den Auswirkungen dessen zu leiden, was der Arbeitsmarkt nicht leistet. Das heißt, es gibt zumindest Untersuchungen einschlägiger Art von Prof. Heitmeyer an der Universität Bielefeld die sehr eindeutig belegen, daß die Perspektivlosigkeit von Jugendlichen und zwar gerade von den Jugendlichen, von denen wir hier reden, und das Scheitern von Jugendlichen im Ausbildungssystem genau dazu führt was dann öffentlich beklagt wird, nämlich zu Gewalt, zu Hoffnungslosigkeit, zu Orientierungslosigkeit und zur Zuwendung an Extremismen aller Art.

Ich denke, das ist eine ganz wichtige Aufgabe der Jugendhilfe in ihrer Pluralität, also vom Jugendamt bis zu den Trägern der Jugendarbeit unterschiedlichster Couleur, zu sagen, daß das ein Skandal ist und dieses auch öffentlich zu machen. Ich denke, es wäre sicher eine Aufgabe für die DGB Jugend und für die Jugendverbandsarbeit in diesem Bereich stärker tätig zu werden.

### **Lore Schulz-Wild**

Vielen Dank. Genau darauf wollte ich hinaus. Ich wollte natürlich nicht Ihnen die ganz Verantwortung zuschieben. Das wäre ja auch zu einfach. Frage an Herrn Lehner: Dieses wird immer wieder als Beispiel für die Behauptung herangezogen, eigentlich stehe doch alles zum Besten. Auch hört man oft aus den Kreisen des Handwerks, das duale System werde auch mit allen künftigen Problemen spielend fertig, weil es einfach perfekt sei. Glauben Sie wirklich, wir müssen einfach nur so weiter machen, wie das in diesem Motto immer so schön heißt? Heute vormittag haben wir gehört, daß auch in München im vergangenen Jahr 1500 Ausbildungsplätze unbesetzt geblieben sind, weil die Bewerber mit Mängeln behaftet waren. Wie werden Sie damit fertig? Was für Schlußfolgerungen ziehen Sie daraus? Und noch etwas ganz anderes. Warum sperrt sich das Handwerk gegen die Idee der Doppelqualifikation und Modelle, die die zukunftssträchtigen Industrien, wie z.B. die in der Solartechnik tätigen, in die Ausbildung mit einbeziehen wollen? Oder habe ich das vielleicht falsch verstanden?

### **Rudolf Lehner**, Ausbildungsberater der Handwerkskammer

Zunächst: Nobody is perfect. Auch die Ausbildung im Handwerk wird permanent fortgeschrieben. Man versucht hier, den technologischen Einfluß ungeachtet dessen, daß die Ausbildungsrahmenpläne technologischen Entwicklung hinterherhinken, intern zumindestens fortzuschreiten. Wir haben ja gerade hier seit vielen Jahren unsere dezentralen Ausbildungszentren zur ergänzenden Ausbildung in die Landschaft gesetzt, die auch voll ausgelastet sind. Daß das Handwerk sich angeblich gegen neuen Technologien sträubt, kann man eigentlich an einfachen Dingen, wie z.B. bei dem heute vormittag genannten Heizungsbauerberuf, in der Praxis widerlegen. Wir haben die Solartechnik, obwohl sie hier in der Ausbildung nicht enthalten ist, in unsere Fortbildungsmaßnahmen und überbetrieblichen Ausnahmen - Maßnahmen nicht Ausnahmen - bereits mit aufgenommen. Was würde der Heizungsbauer zu Ihnen sagen, wenn er käme und Sie sagen würden: „Bittschön stellen Sie mir die Heizung so ein, daß der Herr Kaminkehrer, der nächste Woche auftaucht um die überprüfende Messung vorzunehmen, nichts beanstanden kann,“ und der gute Mann müßte Ihnen sagen: „Es tut mir leid, darin habe ich keinerlei Kenntnisse“?

Der Zwang aus der Praxis heraus auf dem technologisch neuesten Stand zu stehen gibt eigentlich automatisch die Antwort auf diese Frage oder die Behauptung.

Ich kann es mir als Unternehmer nicht leisten, irgendwelche technologischen Fortschritte zu ignorieren, weil dann mein Betrieb sehr schnell selbst ignoriert wird. Beim letzten Punkt müssen Sie mir nachhelfen.

### **Lore Schulz-Wild**

Daß das duale System jetzt und in Zukunft einfach so bleibt, daß man einfach alles so lassen kann wie es ist. Weiter so?

### **Rudolf Lehner**

Ja, das ist die Frage wo man hin will. Ich meine, wir haben schon heute vormittag, im letzten Beitrag des Herrn Professor von der Bundeswehrhochschule, Stichworte gehört, die lustig geklungen haben, aber mir vom Inhalt her eigentlich nichts gebracht haben. Wenn man sagt, man hat etwas besseres, dann wir für Vorschläge jederzeit offen. Nur bisher hat niemand einen Vorschlag unterbreiten können, was besser wäre als das jetzige duale System. Daß es hier Mängel gibt, daß es Randgruppen gibt die benachteiligt sind, deswegen sitzen wir ja heute zusammen und sind wir auch bisher schon zusammengesessen. Die Problematik der Lernbehinderten oder der weniger Begabten, die kann man aber nicht nur in Sonntagsreden besprechen sondern nur, in die Praxis umgesetzt, auf die Schiene der Berufsausbildung bringen. Und hier versuchen wir durch gemeinsame Aktionen und in verschiedenen Beiräten, die es ja schon gibt, ich denke hier zunächst einmal an die Zusammenarbeit mit der Arbeitsverwaltung, bei der wir sehr engagiert mitwirken die Probleme im Detail - und zwar individuell - abzuklären und einer Lösung zuzuführen, etwas zu erreichen. Wenn heute jemand hier ist der sagt: „Ich weiß was besseres als das duale Ausbildungssystem,“ dann soll er es benennen, dann schauen wir uns das an. Die Vorteile daraus werden wir sicher aufgreifen.

### **Lore Schulz-Wild**

Aber die Diskrepanz zwischen den 1.500 nicht besetzten Ausbildungsplätzen, also diejenigen, die mit der Begründung die Bewerber hätten Mängel und seien dafür nicht geeignet nicht besetzt werden konnten, die bleibt doch noch bestehen?

### **Rudolf Lehner**

Ja, ich meine, das ist jetzt die Frage. 1.500 Ausbildungsplätze haben sie jetzt in den Raum gestellt. Wenn man jetzt das Papier der Landeshauptstadt anschaut, dann geht es da schon um 10.000 Ausbildungsplätze die nicht besetzt sind. Das ist festgehalten in der Beschlußfassung des Stadtrates. Die Frage ist dann natürlich, welches Zahlenmaterial man zugrundelegt. Grundsätzlich ist es so, daß viele Ausbildungsplätze nicht besetzt sind. Das hat aber andere Gründe oder differenziertere Gründe, so muß ich es nennen.

Zum einen ist natürlich die Akzeptanz gegenüber einem Büroberuf, oder salopp bayrisch ausgedrückt: dem Stehkragerlberuf, nicht gerade groß. Es wird halt, leider Gottes, immer mehr auf ein schickes Aussehen auch während der Ausbildung Wert gelegt. Die Frage, ob man nun im Arbeitsanzug bei der Arbeitsstelle erscheint, die ist in manchen Kreisen Jugendlicher eher verpönt. Man kann hier natürlich Eindruck und Prestigegegewinn gegenüber seinen Freunden und Bekannten hinzugewinnen wenn man sagt: „Ich bin der Kaufmann sowieso oder der sowieso Elektroniker,“ obwohl ich jetzt hier diesen Bereich nicht gesondert angreifen will, weil das eigentlich nur eine Frage der Verpackung ist. Diesen Weg sind wir nicht mitgegangen. Wir schauen auf den Inhalt und nicht auf die Namensgebung. Und wie gesagt, wenn hier Ausbildungsplätze offen sind, was wir selbst bedauern, ist es umso schlimmer, wenn man dann hergeht und sagt, wir brauchen alle möglichen Dinge wie z.B. Umlagefinanzierung - und was es da so an schönen Vorschlägen mehr gibt. Denn die Betriebe, die keine Auszubildenden bekommen, die bedanken sich natürlich für solche Vorschläge sehr sehr herzlich.

### **Lore Schulz-Wild**

Danke. Jetzt kommt Frau Weiß-Söllner. Es gibt immer wieder den Vorwurf, die allgemeinbildenden Schulen würden versagen und die Eltern sowie die Lehrkräfte an den Berufsschulen versagten auch. Alle würden sie nicht genug dafür tun, daß die Jugendlichen fit genug seien, den Ausbildungsplatz zu suchen wie er gewünscht wird und wie er für die Zukunft notwendig wäre. Können Sie sich vorstellen, daß es mehr und frühere Berufsorientierung im Schulunterricht gibt? Also vielleicht auch Schulsozialarbeit? Ich weiß nicht so genau ob das bei Ihnen mit reinfällt oder ob das wieder eine Frage an Herrn Schröer ist. Welche Voraussetzungen betrachten Sie als notwendig, besonders im Hinblick auf Mädchen, die ja - noch - im Durchschnitt eher besser qualifiziert sind, aber trotzdem keine Ausbildungsplätze finden.

### **Elisabeth Weiß-Söllner, Stadtschulrätin, Schulreferat**

Ich möchte jetzt hier sicherlich nicht einfallen in die allseits beliebte Lehrerinnen- und Lehrerschelte. Wir sind uns intern schon gram genug. Ich meine, wir sollten hier, gerade bei einem Kongreß der auch die andere Seite, nämlich die betriebliche Seite, miteinbezieht, alos sollten wir ehrlicherwise schon sagen, daß es natürlich nicht die Schulen sind, oder wenigstens nicht die Schulen allein, die Jugendlichen nicht berufsreif genug an den Betrieb abliefern. Denn ich glaube, daß das ein gesamtgesellschaftliches Problem ist, weil auch die Ansprüche, die Erwartungen an die Berufsausbildung und in der Berufsausbildung sich gewandelt haben. Aber ich glaube, daß das natürlich auch eine Sache der Betriebe bzw. der Ausbildungserwartungen der Betriebe an die Jugendlichen ist, ob diese denn die Erwartungen erfüllen oder nicht. Natürlich können wir in den Schulen immer noch besser sein. Das ist ganz klar.

Aber ich glaube, daß das ein Anspruch ist, den alle Lehrkräfte an sich stellen, daß sie sich ständig verbessern, ihre Leistungen in den Schulen den Jugendlichen mehr mitgeben. Aber so generell, daß es die Schulen sind die die Chancen der Jugendlichen, den Übergang in die Arbeitswelt verschlechtern oder verhindern, das glaube ich nicht. Den Schuh ziehe ich mir als Stadtschulrätin und als Lehrerin wirklich nicht an. Ich meine, daß wir da alle gemeinsam überlegen sollten, was denn unsere Jugendlichen mitbringen sollen. Was ist notwendig um dann tatsächlich in der Ausbildung oder im Beruf für den Beruf gewappnet zu sein? Die Hauptschulen beispielsweise haben sich ja in den letzten Jahren, was ihre Inhalte, die Arbeitslehre und Vorbereitung auf die Berufswelt betrifft, am meisten gewandelt. Es sind Inhalte in die Lehrpläne gekommen, die früher überhaupt nicht vorhanden waren. Da ist sicherlich schon viel geschehen. Aber auch die anderen weiterführenden Schulen Gymnasium und Realschule, so glaube ich, haben sich in dieser Hinsicht sehr gewandelt. Ich darf nur an die inzwischen vielfältigen Verschränkungen zwischen Schulen und Betrieben durch Betriebspraktika oder andere gemeinsame Dinge, auch vor der Ausbildung, erinnern. Ich glaube, das ist der richtige Weg, der da eingeschlagen wird. Man sollte sich aber immer wieder im Dialog mit der Wirtschaft und mit den Betrieben klar machen, was der Betrieb erwartet, das die Jugendlichen mitbringen sollen. Wenn man dann immer wieder von Untersuchungen, wie eben in jüngster Zeit, hört, daß unsere deutschen Jugendlichen nicht mehr genügend rechnen können, daß sie die Grundfertigkeiten nicht beherrschen, dann ist sehr vorschnell die Schelte auf die Schulen zur Hand. Ich meine, daß das nicht sein kann. Man sollte sich wirklich gemeinsam überlegen was notwendig ist, was die Jugendlichen mitbringen müssen. Und vor allen Dingen: müssen sie das mitbringen, was die Betriebe erwarten oder sollte es vielleicht ein Teil der Ausbildung der Betriebe sein, ihnen bestimmte Anpassungen, bestimmte Fertigkeiten während der Ausbildung zu vermitteln.

Zur Schulsozialarbeit! Das ist ein gemeinsames Feld von Jugendamt und Schulen. Ich glaube, wir können mit Recht stolz darauf sein, daß das so gut klappt. Auch wenn wir alle uns, so nehme ich an, wünschen, daß wir hier mehr tun könnten. Daß wir vor allen Dingen mehr Personal hätten um auf diesem Feld tätig zu werden. Das ist auch ein Bereich, der die Berufswelt, oder die Vorbereitung darauf, betrifft. Aber nicht nur die Vorbereitung. Denn das ist ein Feld an den Hauptschulen und beruflichen Schulen (also wenn die Jugendlichen schon in der Ausbildung sind) wo wir versuchen, bestimmte Persönlichkeitsprobleme oder bestimmte Probleme mit dem Beruf, als auch mit dem Elternhaus, noch einmal ein bißchen zu reparieren. Ich will nicht sagen, wo wir unterstützend tätig werden. Aber eben nicht vordringlich bezogen auf den Beruf. Ich meine, wir von den Schulen tun schon einiges. Wir können uns zwar verbessern, aber es muß gemeinsam geschehen.

Ja zu den Mädchen! Ich meine, daß Mädchen bzw. die Forderung, daß mehr Mädchen in Männerberufe gehen sollten, daß auch diese sehr schlagwortartig und sehr vordergründig ist.

Ich meine, wir tun inzwischen wirklich sehr viel um junge Mädchen selbstbewußter zu machen. Ich meine, wir sind auch auf dem Weg durch die differenzierte Koedukation mehr Mädchen in den Fähigkeiten zu stärken, die bisher traditionellerweise den Jungens zugeordnet waren, also in den naturwissenschaftlichen Bereichen. Aber ich bin nicht der Meinung, daß differenzierte Koedukation, d.h. die teilweise Alleinunterrichtung von Mädchen in bestimmten Fächern oder in bestimmten Unterrichtssequenzen, auch das verstärkte Eingehen auf die verschiedenen Entwicklungen von Jungen und Mädchen an den Schulen, das möchte ich hier ganz deutlich sagen, daß die Rückkehr zu einer strengen Trennung in Mädchen- und Jungenschulen, das Gelbe vom Ei ist, ganz gewiß nicht. Aber die stärkere Wahrnehmung der unterschiedlichen Entwicklungen von Jungen und Mädchen, das meine ich, das muß an den Schulen besser beachtet werden. Das tun wir auch, zumindest hier an unseren Münchner Schulen. Und ich glaube, daß die Mädchen dann gerüstet sind und selbstbewußt ihren Platz in der Ausbildung finden.

### **Lore Schulz-Wild**

Danke schön. Jetzt wird der Ball zu Ihnen gespielt, Herr Schropp. Welche Veränderungen im dualen System sind denn nach Ihrer Einschätzung unerlässlich, daß in den Bereichen und Betrieben, die die besten Chancen für die Zukunft versprechen, nicht immer weniger ausgebildet wird, wie wir das heute vormittag gehört haben? Sie haben in ihrem Forum von Experimentierberufen gesprochen, wobei eines der charakteristischen Kennzeichen dieser Experimentierberufe dasjenige sei, daß in diesen Berufen 50% berufsspezifische Inhalte vermittelt und die übergreifenden Aspekte etwas mehr in den Hintergrund treten sollen. So habe ich das verstanden. Also erste Frage: Was muß sich im dualen System ändern? Das kommt natürlich später noch mal als Frage, das ist klar. Und, Zweite Frage, wie verteidigen sich Ihre Mitgliedsbetriebe gegen den Vorwurf, zugunsten kurzfristiger Gewinne die langfristigen Perspektiven einer ganzen Generation, und die Zukunft des eigenen Unternehmens gleich dazu, aufs Spiel zu setzen?

### **Franz Schropp**, Geschäftsführer der Abteilung Berufsbildung der Industrie und Handelskammer

Ja, das sind nun zwei verschiedene Aspekte, zu denen ich gerne etwas sagen möchte. Zum ersten habe ich heute vormittag vier Berufe angesprochen, die derzeit auf Bundesebene in der Diskussion sind, die sogenannten Informations- und Kommunikationsberufe. Diese Berufe sind in ihrer Struktur neu und zwar deshalb, weil man in der Ausbildung 50 % Kernqualifikationen vorsieht und die restlichen 50 % betrieblichen Qualifikationen vorbehalten sein sollen. Man will damit erreichen, die Ausbildungen selbst flexibler zu gestalten und die Jugendlichen flexibler auszubilden, ihnen die Möglichkeit zu geben bereits in den Bereichen ausgebildet zu werden, die sie später in ihrer Tätigkeit als Facharbeiter oder auch als Kaufmannsgehilfe brauchen. Das sind neue Aspekte die derzeit in der Diskussion sind. Man sollte wirklich einmal solche Experimente wagen. Ob sie den erhofften Erfolg bringen wird sich zeigen.

Der zweite Punkt, das waren diese Experimentierklauseln. Das Berufsbildungsgesetz sieht vor, daß auch auf Landesebene Berufe mit einer sogenannten Experimentierklausel kreiert werden können. Wir haben ja durch das Berufsbildungsgesetz festgelegt, daß es Ausbildungsordnung gemäß § 25 dieses Berufsbildungsgesetzes gibt. Wenn wir aber der Meinung sind, daß der Bund für verschiedene Bereiche, insbesondere für sogenannte Wachstumsbranchen oder für Branchen in denen bisher keine Ausbildung möglich war, keine Ausbildungsordnungen zur Verfügung stellt, dann sollte man sich überlegen, ob wir nicht auf Landesebene solche Berufe kreieren um damit vielleicht auf den Bund etwas Druck auszuüben. Ich habe heute vormittag auch gesagt, wenn man beispielsweise in der Recyclingbranche feststellen würde, daß 800.000 Tonnen Elektronikschrott in die herkömmliche Müllversorgung wandern und dort keine Ausbildung möglich ist, dann müßte man sich wirklich überlegen, ob man für diesen Bereich nicht eine Ausbildungsordnung schaffen könnte, um Ausbildungsplätze, die dort geschaffen werden könnten, auch zu kreieren.

Der zweite Punkt oder der dritte Punkt, die kurzfristigen Gewinne. Ich möchte einfach davor warnen, daß man das so plakativ hier in den Raum stellt. Wir haben in vielen Bereichen, sei es in der Metallindustrie, in der Elektroindustrie, in der Bekleidungsindustrie oder in der Textilindustrie festgestellt, daß hunderttausende von Arbeitsplätzen einfach weggebrochen sind und man dort keineswegs erwarten kann, daß zusätzliche Ausbildungspotentiale entstehen. Wenn Sie den Prozentsatz oder den Anteil der Auszubildenden an den Beschäftigten bei diesen Firmen beobachten, dann ist er ja nicht zurückgegangen, sondern er hat sich einfach parallel zum Abbau der Arbeitsplätze entwickelt. Typisches Beispiel, in der Bekleidungsindustrie hatten wir in München und in Oberbayern noch 3000 Ausbildungsplätze. Wir haben heute knapp 300. Weil eben in unserem Bereich nichts mehr produziert wird. Würde man dort ausbilden, würde man nur für die Arbeitslosigkeit ausbilden und das kann wohl nicht Sinn und Zweck einer dualen Ausbildung sein.

Ich habe auch die Metall- und die Elektroindustrie genannt. Dort sind auch die entsprechenden Arbeitsplätze weggebrochen und deswegen keine Ausbildungsplätze mehr vorhanden. Aber wenn Sie jetzt die Firma Siemens ansprechen, dann meine ich, daß durch die neuen I- und K-Berufe, wir haben einige Gespräche mit der Firma Siemens geführt, dort sicherlich wieder ein Anstieg von Ausbildungsplätzen zu verzeichnen sein wird.

### **Lore Schulz-Wild**

Vielen Dank. Jetzt noch eine Frage an Martin Janke, mit Bezug auf das große Plakat. Ist es denn mit irgendwelchen 500 Ausbildungsplätzen getan, auch wenn es um 500 pro Jahr handeln würde?



Wenn es eine Ausbildung für die Arbeit in Fernost oder in Tschechien oder anderswo, jedenfalls eine, die außerhalb der bundesrepublikanischen Grenzen geleistet und die dort nachgefragt werden würde, ist, soll die Ausbildung dann hier stattfinden? Und noch eine Frage: Wie kann man die Motivation für eine Ausbildung sowohl bei den Jugendlichen als auch bei den Betrieben stärken oder überhaupt erst einmal wecken?

**Martin Janke**, DGB-Jugend München

Natürlich ist es mit dem Slogan "500 mehr" nicht getan, das ist völlig klar. Wenn es damit getan wäre, könnten wir uns heute hier die Diskussion sparen und jetzt nach Hause gehen und diese 500 zusammensammeln. Das reicht natürlich nicht. Aber es geht natürlich auch darum, etwas plakativ und öffentlich deutlich zu machen - so wie Dr. Schröder es auch gesagt hat. Es geht darum, zu skandalisieren was da im Jugendbereich los ist und dafür, denke ich, eignet sich dieser Slogan hervorragend. Es gibt noch eine andere Variante und die heißt "500 Ausbildungsplätze mehr oder es kracht". Ich denke, dieses Krachen deutet sich an. Es deutet sich jetzt schon im Jugendbereich an. Wir hatten es heute schon gehört im Zusammenhang der Zunahme von Gewalt und, und, und. Sollte das so weitergehen, werden wir viel schärfere und ganz andere soziale Probleme haben als früher. Wir lösen natürlich nicht mit dem was wir im Jugendbereich und in Sachen der Ausbildung fordern, die Schwierigkeiten des Wirtschaftssystems. Auch aus der Weltwirtschaftssicht betrachtet, Stichwort Globalisierung, haben wir keine Lösung, auch dies können wir im Ausbildungsbereich nicht lösen. Insofern liegt das Problem ein Stück woanders.

Wenn die Ausbildungsplätze nicht da sind, wenn die Arbeit nicht da ist, dann wird es schwierig. Wenn die Gewinne der Unternehmen woanders als in den Ausbildungsbereich oder woanders als in den investiven Bereich hier hingehen, dann ist das noch mal doppelt schwierig. Was jetzt nicht dafür sprechen soll, daß es nicht auch in Tschechien oder Fernost notwendig ist, daß nicht auch dort Arbeitsplätze gebraucht werden. Gleichzeitig müssen wir mitbestrebt sein, die Sozialstandards dort hochzufahren. Die derzeitige Streikwelle in Südkorea zeigt, daß es auch in diesen Ländern nicht mehr ewig dauern wird, bis die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu allem bereit sind. Das stimmt dann zumindest bedingt optimistisch.

Die Frage nach der Motivation der Jugendlichen, die ist, denk ich, erst in jüngster Zeit wieder eindeutig geklärt worden. Es stimmt eben einfach nicht, daß die Jugendlichen nach dem guten Anzug schauen. Es stimmt einfach nicht, daß die Jugendlichen nur nach dem guten Namen schauen. Das gibt die Jugendforschung nach meiner Kenntnis nicht her. Die neuesten Zahlen belegen eher, daß die Frage der späteren Erwerbstätigkeit eine besondere Rolle bei Jugendlichen spielt, daß Jugendliche durchaus bestrebt sind, langfristige Perspektiven für sich zu entwickeln. Ich denke, das muß man festhalten.

Es kann also nicht die Rede von einer Null-Bock-Generation sein, wie wir sie einigen Jahren hatten, das ist doch etwas anderes. Wenn wir heute die Quote anschauen, wie sie im Bereich München ist, dann werden 100 Jugendlichen die einen Ausbildungsplatz suchen letztlich 106 Ausbildungsplätze angeboten. Diese Quote ist noch deutlich unter der, die das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat, daß nämlich 100 Bewerber 112,5 Angebote kommen sollen. Auch diese Quote ist meines Erachtens noch nicht ausreichend. Um eine sinnvolle Auswahlmöglichkeit zu haben, sollte sie sicher bei 120 bis 130 liegen. D.h. 100 zu 106 ist viel zu wenig. Angeblich gibt es 1.500 freie Ausbildungsplätze in München. Such ich auch manchmal verzweifelt. Wenn ich manchmal feststelle, daß 3.000 Jugendliche hier arbeitslos sind, zeigt mir das nur, es stimmt was nicht. Und es fehlen tatsächlich Ausbildungsplätze. Lösbar ist dieses Problem nur bedingt hier in München. Ich möchte Herrn Geißler ganz vehement widersprechen. Wenn die Arbeitgeberverbände eine Zusage auf Bundesebene machen, dann sind sie auch verpflichtet, diese einzuhalten. Diese Verbände sind in vielen Fragen sehr mächtig. Manchmal zeigt sich auch ihre Ohnmacht, das ist klar. In Sachen der Lohnfortzahlung sind die Gewerkschaften darüber sicher auch nicht unfroh. Gott sei Dank. Aber die Arbeitgeber hätten, wenn sie gewollt hätten, in ihren Verbänden durchsetzen können, daß wir mehr Ausbildungsplätze brauchen. Sie sind in der Verpflichtung andere Diskussionen zu führen, die sie aber nicht führen. Sie führen nur kurzfristige betriebswirtschaftliche Diskussionen wie: „was kostet uns der Ausbildungsplatz? was kostet uns der Auszubildende? und: der Auszubildende ist zu teuer! die Nebenkosten sind viel zu hoch!“ usw., usw. Dies finde ich nicht sehr zielorientiert. Insofern sind Vereinbarungen die auf Bundesebene getroffen werden einzuhalten. Das ist notwendig. Und die Arbeitgeber muß man da in die Pflicht nehmen.

### 6.3 Diskussion zu der Forderung „500 Ausbildungsplätze mehr“ und der geforderten Umlagefinanzierung

#### **Lore Schulz-Wild**

Danke schön. Wir sind jetzt gerade einmal durch. Herr Braun, Sie wollten da gleich darauf eingehen. Sie gerne sofort, wenn Sie etwas dazu sagen wollen. Dann sind Sie jetzt dran.

#### **Wolfgang Braun**

Also, mit den 500 mehr, dem Blick auf das Plakat und die wohl von keinem bestrittene Forderung, es müssten mehr Ausbildungsplätze geschaffen werden - das ist die Theorie, die wir auch schon haben. Aber das langt meines Erachtens nicht. Also mich würde schon einmal interessieren und ich würde einmal vorschlagen ins Detail zu gehen um zu sagen, wo denn diese Ausbildungsplätze sind oder sein könnten, die wir da anfordern.

Und da meine ich, daß da das Beispiel Siemens gezeigt hat, die unterliegen diesem Großindustriekomplex, daß unsere ganze Vorstellung und Diskussion von diesen Riesen geprägt ist, so als ob diese Großunternehmen die duale Ausbildung bestimmen würden.

Ich habe ja schon Eingangs gesagt, daß in Wahrheit die Ausbildung ganz woanders geleistet wird, eben nicht bei Siemens und auch nicht bei BMW. Das mag jetzt paradox klingen, aber von der Zahl her gesehen ist die Summe der industriellen Metall- und Elektroberufe genau so groß wie die der Gas- und Wasserinstallateure und der KFZ-Mechaniker zusammen. Es ist eine Marginalie im Vergleich zu 100% Ausbildungsplätzen. Da liegen die gewerblich-industriellen Berufe heute bei 7%. D.h. wir müssen doch eine andere Dimension betrachten. Dann aber wird diese Diskussion äußerst prekär weil man nämlich fragen muß: wem müte ich die Ausweitung des Ausbildungsplatzangebotes zu oder wem muß ich sie zumuten. Nicht der Großindustrie sondern z.B. den Arztpraxen, weil da für die Mädchen, wie ich glaube, über ein Drittel aller Ausbildungsplätze bereit gehalten wird. Und nun brauch ich nicht groß ausholen. Da geht es doch gar nicht um Kostenreduzierung oder sonstige Debatten. Da geht es darum, daß durch externe Maßnahmen, Gesundheitsreformen etc. die wirtschaftlichen Bedingungen in diesem Bereich sich total verschlechtern, so daß ich dort eigentlich eine andere Debatte führen müßte, warum dort beispielsweise die Ausbildungsplätze nicht bereitstehen. Oder, wenn ich weiß, daß über ein Drittel, ich habe es vorher schon einmal gesagt, nein, das ist ja falsch, daß über die Hälfte aller Ausbildungen in Kleinbetrieben stattfindet. Dann ist es doch irgendwie eine falsche Linie, wenn wir jetzt mit diesem Controlling, mit dieser Controlling Metapher rangehen, denn da sitzt kein Controller in den kleinen Betrieben, sondern da geht es um ganz andere Dinge, nämlich um die Wirtschaftsbedingungen von Kleinbetrieben.

So lange ich also die Forderung „500 Ausbildungsplätze mehr“ nicht einkreise, wo sollen die denn sein? Dann mache ich zwar einen tollen Slogan, aber ich gehe eben an dieser Realität vorbei, weil es, um das zu wiederholen, letztlich nicht darum geht sich auf die Großindustrie einzuschießen, sondern die Ausbildungsbedingungen für Kleinbetriebe zu verbessern. Im übrigen liegt hier ein Potential brach, das Sie wahrscheinlich gar nicht kennen. Es gibt in Deutschland etwa 1 Million dieser Kleinbetriebe, die nicht ausbilden. Wenn Sie jetzt beispielsweise eine Ausbildungsabgabe fordern, da treffen Sie solche Kleinstpraxen, Kleinstingenieurbüros und Kleinstbetriebe die von ihrer Struktur zunächst einmal, bezogen auf die heutige Situation, gar nicht ausbilden können. Wenn man also einen Ansatz sucht, dann müßte man sich überlegen, wie diesen kleinen Einheiten die Ausbildung ermöglicht werden kann. Und da kann ich jetzt schon sagen, mit solchen Mammutausbildungsordnungen, dreieinhalb Jahre mit was weiß ich allem PiPaPo, da sind natürlich diese Betriebe überfordert.

Man muß also, wenn man das angreifen will, eine neue Wende herbeiführen und die wirklich realen Bedingungen untersuchen, warum Ausbildung angeboten werden kann oder nicht kann, und sich nicht dauernd mit diesem Controllingschlagworten rumschlagen, weil diese eben die Realität nicht treffen. Und das wäre jetzt mein Petitum, daß man eben doch ganz konkret untersucht, welche Ansätze es gibt und die pauschalen Dinge vielleicht im politischen Raum läßt.

Hier unter Experten sollte man vielleicht konkreter nachgefragt werden, wie man die Sache anpacken kann. Weil, also ich komme mit dieser allgemeinen pauschalen Diskussion nicht weiter. Heute morgen hatten wir in unserer Arbeitsgruppe das Fazit gezogen: na ja, wir haben jetzt eine tolle Analyse geleistet, bloß Ansatzpunkte zur Verbesserung haben wir überhaupt keine gefunden. Und das ist natürlich für so eine Tagung wie die heute äußerst unbefriedigend.

### **Lore Schulz-Wild**

Danke schön. Herr Schröer, Herr Janke und Herr Schropp.

### **Hubertus Schröer**

Komme ich hier durch ohne das Ding da?

### **Lore Schulz-Wild**

Nein, das geht deswegen nicht durch weil es ja dokumentiert werden soll.

### **Hubertus Schröer**

Ich lege natürlich auch Wert darauf, daß der Beitrag für die Jugendhilfe dokumentiert wird. Also ich komme mir hier sowieso ein bißchen randständig an diesem Tisch vor. Einmal von der Lage, dann aber auch vom Thema her ist natürlich nicht unser Thema im Vordergrund. Obwohl das, was dann am negativen Ausbildungsarbeitsmarkt abfällt, natürlich genau die Klientel ist, die uns dann beschäftigt. Aber unsere Phantasie in dem Bereich ist sicher eher begrenzt. Sie sind die Fachleute. Aber zu der Frage, die Sie gerade aufgeworfen haben, Herr Braun. Es ist ja doch, bei aller Laienhaftigkeit, die Frage, für welchen Beschäftigungsmarkt bilden wir denn eigentlich noch aus oder wird noch ausgebildet? Also das hängt ja wohl mit dem zusammen, das ist ja auch in irgendeinem Statement gerade deutlich geworden, daß natürlich Beschäftigung und Ausbildung irgendwie etwas miteinander zu tun haben. Das ist ja klar. Frage an uns selber, also den öffentlichen Dienst bei dem, so glaube ich, die Ausbildungszahlen kräftig rückläufig sind, also: inwieweit nehmen wir uns selbst in die Verantwortung oder werden von Ihnen in die Verantwortung genommen? Der Sozialbereich ist ja, glaub ich, ein ziemlich expandierender Bereich. Ich weiß nicht, wieviele Millionen in Wohlfahrtsverbänden usw. tätig sind.

Wie die Ausbildungssituation in unserem Bereich ist weiß ich auch nicht, aber soweit ich informiert bin, ist sie außerordentlich schlecht. Ich denke, auch die wissen wohl, daß das tatsächlich expandierende Arbeitsmärkte sind die auch weiterhin zunehmen werden Also die kritische Frage an den öffentlichen Dienst und an die Wohlfahrtsverbände, an die ganz Sozialarbeit: wie schaut's da eigentlich aus im Ausbildungsbereich und wieweit sind das eigentlich Forderungen, daß gerade in diesem Bereich, in dem wir zum Teil selber tätig sind, daß wir hier Ausbildungsplätze schaffen?

### **Lore Schulz-Wild**

Danke schön.

### **Martin Janke**

Danke. Ich kann da gleich anschließen. Was die sozialen Bereiche anbelangt wird dort natürlich ausgebildet und das nicht zu knapp - nur nicht im dualen System. Bei der Neuordnung der Krankenpflegeberufe Mitte der Achtziger Jahre hat das Land Bayern heftig darum gekämpft, daß es hier bei einer Sonderregelung bleibt. Krankenpflegeschulen sind eingebunden in die Krankenhäuser, bieten kein Büroschulsystem usw. In diesem Bereich wird wirklich viel ausgebildet. Das gleiche gilt im Altenpflegebereich und im Bereich der Erzieherinnen und Erzieher. Auch hier handelt es sich um nichtduale Ausbildungen - mit all den Folgen, wie z.B. keine Ausbildungsvergütung, die es zumindest in der Krankenpflege noch gibt. Je mehr man in die Hilfsberufe geht, desto problematischer wird das, obwohl ich genaue Zahlen und Relationen leider nicht im Kopf habe, aber meiner Kenntnis nach ist es relevant. Natürlich müssen wir diese Forderung in die einzelnen Branchen herunterbrechen, Herr Braun. 500 mehr für München heißt, das ist erst einmal eine Zahl, die natürlich wenig differenziert ist. Am Ende bleibt natürlich ein Stück Ratlosigkeit, weil die Situation so ist, daß guter Rat auch hier teuer ist. Wenn die Wirtschaft schlecht läuft, wenn die Arbeitsplätze nicht da sind, dann hat das Folgen für die Ausbildung bei denen wir irgendwann auch nicht weiter kommen. Es bleibt ein bestimmtes Maß an Ratlosigkeit übrig.

Natürlich verweist man dieses Problem an erster Stelle, die klassische gewerbliche Ausbildung im Kopf, an die Großbetriebe. Nun ist in München da an allererster Stelle schon dramatisch abgebaut worden, als noch keiner von Ausbildungsplatzabbau gesprochen hat. Die Firma Siemens die im gewerblich-technischen Bereich einmal sehr gut und toll ausgebildet hat, war federführend im Abbau - was die Ausbildungsplatzzahlen in diesem Bereich betrifft. Nur hat Siemens an diesem Standort generell - was die Produktion betrifft - deutlich heruntergefahren. Die Frage ist: hilft uns hier das Handwerk?

Ich behaupte, im Handwerk bildet man deswegen noch so überproportional viel aus, weil man etwas ganz konkretes von den Auszubildenden hat. Im Handwerk ist nicht die Kostenfrage die zentrale Frage, sondern die Frage, ob der Auszubildende - hoffentlich - möglichst lange da ist. Und im Handwerk gibt immer noch die überspitzten Fälle des Schlitzklopfens, wir erleben das immer noch, aber natürlich bei weitem nicht mehr, da gebe ich Ihnen gerne recht Herr Lehner, bei weitem nicht mehr so wie in früheren Jahren. Da hat sich einiges verbessert. Die Handwerkskammer ist auch deutlich erkennbar darum bemüht, diese Situation weiter zu verbessern, glaub ich. Aber im Handwerk ist es so, daß die Betriebe auch vom Ertrag her etwas von den Auszubildenden haben. Ich denke das ist schon so. Darum haben sie auch das Interesse daran auszubilden.

Gleichwohl meine ich, daß wir auch da Schwierigkeiten bekommen werden, z.B. im KFZ-Bereich, in dem meiner Kenntnis nach die Arbeitsplatz- und die Ausbildungsplatzzahlen auch zurückgehen und zwar einfach deshalb, weil die Autos wartungsfreundlicher werden usw. - was wir uns ja eigentlich auch alle wünschen. Aber ich befürchte, wir werden auch im Handwerk Probleme kriegen. Und dann wird es schwierig.

Die Umlagefinanzierung, das ist einfach wichtig zu wissen, damit man da jetzt nicht planlos auf dieses Modell draufhaut, die Umlagefinanzierung nimmt doch genau die ganz kleinen Betriebe von der Rechnung aus. Die wollen wir gar nicht drin haben, weil die Betriebe mit drei und vier Beschäftigten tatsächlich Schwierigkeiten haben. Die Umlagefinanzierung ist letztlich ein Ausgleich zwischen den Betrieben, die ausbilden, dafür investieren und Geld aufwenden, und den Betrieben, die eben nicht ausbilden und die Auszubildenden dann beispielsweise aus dem Handwerk, wo sie ausgebildet wurden, aber mitunter auch aus dem industriellen Bereich abwerben. Es ist meines Erachtens die einzige Möglichkeit, die wir da am Ende haben werden - nämlich zu einem Finanzausgleich zu kommen. Die Umlagefinanzierung bedeutet ja nicht ein zusätzliches Schröpfen, eine zusätzliche Steuergeschichte oder irgendetwas in der Richtung. Sie bedeutet einen Ausgleich. Die bayerische Metallindustrie hat aus eigenen Mitteln mehrere Millionen Mark in einen Ausbildungsfond gesteckt um Ausbildungsplätze zu schaffen. Dort passiert schon so was, obwohl die das natürlich nicht hören wollen, das ist klar. Aber das heißt doch: es gibt derartige Initiativen und Ideen die anderweitig umgesetzt werden schon, und in der Bauwirtschaft haben wir ebenfalls schon ein Prinzip der Umlagefinanzierung. Das lief dort auch solange sehr gut, solange die Nachfrage d.h. die Bauwirtschaft boomte. Jetzt boomt sie nicht mehr und dadurch gibt es dort jetzt leider auch zum ersten mal Schwierigkeiten. Also ich befürworte nach wie vor das Prinzip der Umlagefinanzierung, weil sie meines Erachtens eine wichtige Lösung beinhaltet.

Trotzdem werden wir nicht drumrumkommen, die Diskussion - so wie sie heute vormittag angerissen wurde - weiterzuführen. Welche neuen Berufsfelder brauchen wir? Wie muß die Weiterentwicklung des dualen Systems denn tatsächlich aussehen? Wie kann sie aussehen?

Daß es mit der Ausstattung der Berufsschulen, mit der Aufgabe der Berufsschulen, mit der Rolle der Betriebe so wie jetzt nicht weitergehen kann, das liegt auf der Hand. Wir brauchen, wie man so schön sagt, einen Innovationsschub, also neue Ideen in Sachen beruflicher Bildung. Das halte ich für dringend erforderlich.

### **Lore Schulz-Wild**

Herr Schropp.

### **Franz Schropp**

Ich habe etwas gegen diese Zahlenspielereien und gegen diese Schuldzuweisungen. Das bringt uns überhaupt nicht weiter. Wenn heute gesagt wird, daß 100 Auszubildende zwischen 106 Ausbildungsplätzen wählen können, dann sind das 106 gemeldete Ausbildungsplätze. Tatsächlich stehen da wesentlich mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung, weil sie eben bei der Arbeitsverwaltung nicht gemeldet sind. Diese Zahlenspielereien müssen aus meiner Sicht jetzt irgendwann einmal ein Ende haben. Es muß gelingen, einen Abgleich zwischen der Arbeitsverwaltung und den zuständigen Stellen zu praktizieren, denn es kann nicht wahr sein, daß viele junge Leute längst einen Ausbildungsvertrag in der Tasche haben, sie aber bei der Arbeitsverwaltung immer noch als nicht untergebrachte Jugendliche oder Bewerber gemeldet sind.

Der zweite Punkt. Wir sollten ja heute einmal die Situation für München oder höchstens für Oberbayern betrachten. Jeder Ausbildungsplatzwillige und jeder Ausbildungsfähige konnte in diesem Jahr einen Ausbildungsplatz bekommen. Und wenn jetzt diese Schuldzuweisungen an die Arbeitgeberseite hier ausgesprochen wird, dann frage ich Sie, Herr Janke, wieviel bildet denn der DGB aus? Wieviel Ausbildungsplätze stellt der DGB zur Verfügung? Da höre ich immer gar nichts.

### **Martin Janke**

Wie viele bildet der Arbeitgeberverband aus?

### **Franz Schropp**

Wir kommen gleich darauf, Herr Janke. Sie haben gesagt, der VBM hätte diese Ausbildungsplatzinitiative ins Leben gerufen. Man hat tausend zusätzliche Ausbildungsplätze für den Herbst 1996 zur Verfügung gestellt und es konnten genau 126 Ausbildungsplätze besetzt werden. Also über 800 Plätze waren noch frei und sind von den Jugendlichen nicht angenommen worden.

Wenn Sie die Umlagefinanzierung der Bauwirtschaft ansprechen: in der Bauwirtschaft wird durch diese Umlagefinanzierung lediglich die überbetriebliche Ausbildung finanziert und nichts anderes. Das steht immer so im Raum. Man stellt das als Beispiel hin.

Das ist kein Beispiel für eine Umlagefinanzierung sondern ist was ganz anderes. Eine Umlagefinanzierung, das wissen Sie genausogut wie ich, Herr Janke, würde keinen zusätzlichen Ausbildungsplatz schaffen, sondern die Betriebe würden sich freikaufen und dann hätten wir eine noch viel größere Misere als wir sie vielleicht jetzt momentan haben.

### **Rudolf Lehner**

Herr Janke, es ist schon ein bißchen seltsam in welche Wechselbäder als das Handwerk eigentlich getaucht wird. Auf der einen Seite sagt man, das ist die Stütze der Ausbildung. Auf der anderen Seite greift man in die Ideologiekiste der Siebziger Jahre. Es ist heute leider das eine Wort Ausbeutung noch nicht gefallen. Das ist eigentlich das, was am heutigen Nachmittag mir noch fehlt. Dann wäre eigentlich die Trickkiste wieder voll. Seit mehreren Jahren haben wir mit dem DGB oder der IG Metall, gleich wie wir sie jetzt hier zitieren, das Einvernehmen, daß, wenn Mißstände in der Ausbildung bekannt werden, das der Handwerkskammer unverzüglich gemeldet wird. Wir haben bisher auf all die gemeldeten Fälle - es waren in den letzten zwei Jahren vier - sofort reagiert und die Mißstände abgestellt. Wenn man jetzt mit Pauschalvorwürfen kommt, dann sagt man: ja, da sind jetzt Ausbildungsplätze vorhanden, aber die sind zweite Wahl oder was weiß ich auch immer. Dann wird das besonders die Ausbildungsbereitschaft der noch nicht aquirierten Ausbildungsbetriebe sehr motivieren und wir werden dadurch bestimmt einen großen Schub an zusätzlichen Ausbildungsplätzen bekommen. Also diese Konstellation, die sich jetzt wieder auftut und die mich sehr an die Siebziger Jahre erinnert, die, glaube ich, könnten wir besser weglassen - im Sinne der Jugend. Wenn man die Diskussion versachlichen würde, wäre damit der Sache wesentlich mehr gedient. Aber mei, natürlich können Sie hier aus ideologischen Gründen nicht zurückhalten. Das verstehe ich auch.

Wir haben hier heute vormittag ein paar wunderbare Konzepte, ich war in dem Arbeitskreis eins, zur Verbesserung der Ausbildung, d.h. ein engeres Zusammenarbeiten der an der Integration benachteiligter Jugendlichen beteiligten Institutionen, sei es jetzt die Arbeitsverwaltung, sei es die Schulbehörde, seien es die Kammern erarbeiten können. Und ich glaube, hier kommen wir wesentlich weiter voran als wie mit Ideologiegeplänkel welches am Ende die Fronten nur verärgert und verhärtet. Damit wird genau das Gegenteil dessen erreicht, was wir eigentlich erreichen wollen. Ich habe das Gefühl, wenn man hier eine sachliche Sitzung in die Wege leitet und hier im Detail sachliche Argumente zur Verbesserung bringt, anstatt daß man Pauschalvorwürfe austeilt, dann glaube ich kommen wir schneller zum Ziel. Sonst ist die Zeit hier wirklich vertan.



**Lore Schulz-Wild**

Als nächstes ist Herr Braun dran. Aber ich wollte dann doch darum bitten, daß wir dann zum nächsten Aspekt kommen, und das wäre die Geschichte mit der notwendigen Veränderung im dualen System. Wobei es nicht nur um die Kosten die eine Veränderung notwendig machen gehen kann, sondern natürlich auch um die veränderten Strukturen sowohl in den Betrieben als auch in der Gesamtwirtschaft. Es geht also um Globalisierung, Lean Production und die digitale Steuerung von Prozessen , wodurch man möglicherweise gar nicht mehr so ausbilden kann wie das nötig ist damit man Jugendliche überhaupt da dran bringt.

Und dann wäre als nächstes dann die Frage: in welcher Weise sollte denn im dualen System was geändert werden? Soll es mehr so gehen daß man Ausbildung als eigenen Geschäftsbereich macht, der dann sozusagen Gewinn erwirtschaftet? bei dem innerhalb eines Unternehmens einfach das ganze abgewickelt und möglicherweise aus einem Unternehmen ausgegliedert wird? Das wäre also eine Idee. Das andere was wir schon hatten wäre die Idee mit dem dualen System, daß es also Betrieb, Berufsschule und die überbetriebliche Ausbildungsinstitution, also drei Säulen, gibt.

Und dann wäre da noch die Geschichte mit den Modulen, mit dem Baukastenprinzip bei dem man also das, was Herr Professor Geißler Qualifikationskollage nennt oder was man auch Fleckerlteppich nennen kann, wie auch immer, ob das das Modell für die Zukunft wäre. Darauf wollten wir dann jetzt in der nächsten Runde eingehen und dann käme auch das Publikum dran. Aber erst sind Sie noch dran Herr Braun.

## 6.4 Diskussion zu Alternativen und Qualität der dualen Ausbildung

**Wolfgang Braun**

Ich wollte nur noch einen Nebenaspekt aufgreifen, der aber eigentlich hierher gehört, weil er im Anspruch der Tagung heute enthalten ist, nämlich das Ganze nicht nur im Blick auf das duale System zu diskutieren, sondern das gesamte berufliche Bildungssystem im Auge zu behalten. Dann lösen sich auch irgendwo diese Zahlenspielereien auf. Wo sind also die Jugendlichen oder was ist mit diesen unbesetzten Plätzen? Man darf ja nicht vergessen, daß die Not, die wir im Augenblick erleben, oder die gemilderte Not, weil jeder die Jugendlichen die keinen Ausbildungsplatz haben sucht, die löst sich dadurch auf, daß wir eben auch andere Ausbildungssysteme haben die von der Zahl her nicht gering sind. Der Fachkenner steht dann am Ende eines Bewerbungsjahres gar nicht mehr so verwundert da, weil eben viele Jugendliche andere Alternativen suchen.

Und wenn man nicht jede dieser Entscheidungen als Warteschleife oder Notlösung disqualifiziert, dann gibt das gesamte System sehr wohl wieder einen Sinn, weil man dann eben erkennen muß, Gott sei Dank muß ich sagen, daß das duale System nicht alles auf dieser Welt lösen muß. Daß es auch noch eine Hochschule, eine Berufsfachschule und andere Ausbildungseinrichtung gibt, die für die Berufliche Bildung da sind. Für mich ist das eigentlich eine Erleichterung, weil man sagen kann, das duale System wird eben nicht für alles haftbar gemacht, sondern ich habe andere Systeme die auch zur Beruflichen Bildung beitragen. Nur ist mein Eindruck, daß man alle diese Systeme von Hochschule bis zur Berufsfachschule als sozusagen zweitrangige Lösungen disqualifiziert. Dann komme ich natürlich zu solchen Einschätzungen wie wir sie eben den ganzen Tag schon haben, daß da irgend etwas fehlgeleitet ist. Ich möchte sie also daran erinnern, Herr Janke, daß wir doch hier den Anspruch gehabt haben, wirklich alle Bildungssystem im Auge zu behalten. Ich meine, wenn wir das tun, dann sehen alle Phänome die Sie hier so kritisch diskutieren anders aus.

### **Lore Schulz-Wild**

Wer möchte sich jetzt als nächstes zu den verschiedenen Formen möglicher zukünftiger dualer Ausbildungen äußern? Also vielleicht können wir es auch an der Frage festmachen: was gehört zur notwendigen Grundbildung und was gehört dann zur Weiterbildung? Weil, daß diese zusammen betrachtet werden müssen und daß sie sich dann ein Leben lang durchziehen, das ist ja wohl unbestritten. Wir müßten uns also darüber unterhalten, was wir als Grundlage dafür festlegen wollen und wo diese Qualifizierung herkommen soll, die dann zum lebenslangen Weiterlernen befähigt.

### **Martin Janke**

Also ich wollte klar stellen: ich habe die Berufsfachschulen und auch die Krankenpflegeschulen ich nicht als zweitrangig bezeichnet. Darum geht es mir nicht. Es geht nur darum, daß es halt unterschiedliche Standards gibt. Und es ist in der Diskussion um Mädchen oder junge Frauen in der Ausbildung ein wichtiger Punkt festzustellen, wie die Berufsangebote für diese Personengruppen sind. Weil wir mit der These „Frauen in Männerberufe“ um damit gleiche Berufschancen zu ermöglichen, mit dieser These, denke ich, sind wir gescheitert. Diese hat nicht besonders viel vorangebracht. Ich glaube, und das wurde heute noch mal deutlich, eine deutliche Anregung in der Arbeitsgruppe 2, wir brauchen eine Reform und eine Ausdifferenzierung der Berufsschule, wir brauchen letztlich verschiedene Systeme nebeneinander - so wie wir sie jetzt schon haben - und deren Weiterentwicklung und wir brauchen mehr Durchlässigkeit zwischen den Systemen. Wir brauchen letztlich, was die Erwerbstätigkeit angeht, mehr Perspektiven.

Aber da sind wir wieder beim Fragezeichen, weil diese Perspektiven derzeit eben nicht da sind und auch in einer solchen Diskussion nicht herstellbar sind. Formen zukünftiger Ausbildung sollten meines Erachtens auf dem dualen System fußen, auf dem guten Kern dieses dualen Systems von 3-jährigen oder 3 1/2-jährigen Ausbildungen. Was nicht hilft, daß sind Kurzausbildungen von 2 Jahren für die Leistungsschwachen, bei denen man mit niedrigen Standards rangeht. Vielmehr braucht gerade diese Personengruppe eine besondere Unterstützung und eine Möglichkeit im 3 bzw. 3 1/2-jährigen System zu bestehen. Ich glaube, wir brauchen Grundausbildungen die darauf angelegt sind, Grundfähigkeiten vermitteln, Grundfähigkeiten die beispielsweise mit dem Stichwort soziale Kompetenz beschrieben werden oder auch technische Grundfähigkeiten in technischen Berufen, die vielfach nicht vermittelt werden können, aber vermittelt werden müssen, das halte ich für zwingend erforderlich.

Die Frage ist, ob vieles, was man in den letzten Jahren an Details in die Berufsausbildung hineingebracht und hineingearbeitet hat, zukünftig noch so notwendig ist, wenn sich diese Details relativ schnell wieder ändern und nicht exemplarisch für etwas stehen. Ich denke, vieles an diesen Details ist möglicherweise doch nicht so entscheidend, d.h. es geht um eine gute und breite Grundlagenausbildung, um einen Einstieg in das Berufsleben zu ermöglichen. Und um die Akzeptanz, das wird die schwierige Sache dabei sein, daß diejenigen, die in diese Berufsausbildung gehen, für sich akzeptieren müssen, daß sie das was sie da jetzt unmittelbar lernen möglicherweise in der praktischen Arbeit nicht zur Anwendung kommt. Das ist tatsächlich schwierig. Natürlich brauchen wir den Weg von der Ausbildung in den erlernten Beruf, das ist überhaupt keine Frage. Ich finde diese Forderung nach wie vor richtig und man sollte sie auch nicht in Frage stellen, auch wenn die Realität ein Stück weit eine andere ist, da die Bereitschaft nach der Ausbildung auch etwas grundsätzlich anderes, machen zu müssen sehr gering ist. Und das bedeutet auch, während der Ausbildung eine ganz andere Motivation zu vermitteln. Wieso lerne ich Sachen die ich hinterher nicht mehr brauchen kann? Das ist eine schwierige Geschichte, sowohl für den Jugendlichen, wie auch für den Ausbilder.

### **Elisabeth Weiß-Söllner**

Wir haben heute morgen ja schon sehr viel Kritik an unserem dualen System gehört. Allerdings keine Lösungsansätze dafür. Ich meine, daß das duale System sicherlich verbesserungsfähig ist, daß es aber für mich, zumindest gegenwärtig, keine Alternative dafür gibt. Ich meine, daß die Pluralität von verschiedenen Ausbildungsmöglichkeiten, es wurde eben angesprochen, also die Berufsfachschulen, Ausbildungen im schulischen Bereich aber auch die Berufsvorbereitung an den Fachhochschulen und Hochschulen, auch im europäischen Vergleich durchaus wünschenswert ist, so glaube ich. Die Vielfalt die wir anbieten hat durchaus Bestand und auch ihren Wert.

Ich meine, wir sollten uns aber bei der dualen Ausbildung darauf besinnen, wie das eben Herr Janke auch schon angesprochen hat, was hat Wert, was hat Bestand und an welchen Lernorten sollen die einzelnen Ausbildungsinhalte vermittelt werden. Ich möchte für die Schule nicht den Part zugewiesen bekommen, daß wir für alle Defizite, für alles was an neuen Ideen und an Inhalten aufkommt, daß wir dafür den Kopf hinhalten sollen, daß wir das immer alles auffangen sollten.

Ich meine, daß Schule mehr sein muß, und auch mehr ist, als eben nur eine Institution, die beruflich bezogene Komponenten herzustellen hat. Ich meine, daß auch in der Berufsschule und im dualen System nach wie vor der Bildungswert betont werden muß. Ich meine, daß wir unsere Schülerinnen und Schüler, unsere Auszubildenden die die Schule besuchen eben nicht nur mit den beruflich notwendigen oder für den speziellen Beruf notwendigen Kompetenzen versehen sollen, sondern daß wir ihnen auch Bildung vermitteln müssen, die auf den beruflichen Erfahrungen basiert. Das sollte auch weiterhin in erster Linie der Part der Berufsschule sein. Wir haben uns ja auch methodisch im beruflichen Bereich sehr entwickelt. Wir bieten unseren Auszubildenden eine solche Vielfalt an neuen Methoden an, um unsere dualen Partner auch zu unterstützen und ihnen einiges abzunehmen. Ich darf nur erinnern, daß gerade wir hier in München den handlungsorientierten Unterricht angestoßen, entwickelt und auch weiterentwickelt haben. Und das ist, glaube ich, schon ein großer Anteil oder ein großer Part den wir in der dualen Ausbildung leisten. Hier ist sicherlich noch Entwicklungspotential vorhanden und dieses sollte auch entwickelt werden.

Aber ich meine, daß wir da auch von Seiten der Schule, im Gespräch mit dem dualen Partner, an der Weiterentwicklung arbeiten sollten, uns aber eben selbstbewußt den Bildungspart nicht schlechtreden lassen sollten, sondern diesen betonen, auch im Hinblick auf die, was heute vormittag schon anklang, stärkere Einbeziehung des Bildungswertes der beruflichen Ausbildung bei der Weiterqualifikation oder an der Hochschule.

### **Lore Schulz-Wild**

Herr Lehner, Sie haben vorhin angesprochen, daß es heute vormittag in Ihrem Forum, welches Sie mitbestritten haben, daß es da sehr konkrete Vorschläge gegeben hat, was man in Zukunft zur Verbesserung tun könnte. Könnten Sie dazu bitte ein paar Sätze sagen?

### **Rudolf Lehner**

Frau Weiß-Söllner hat vorher angesprochen, daß man hier nicht ständig auf die Schulen einprügeln soll. Wir haben das heute vormittag analysiert. Es geht letztendlich nicht darum, hier den Lehrkräften Vorwürfe zu machen, sondern es geht darum, daß man insgesamt schaut, daß die Eingangsqualifikationen für eine Berufsausbildung verbessert werden. Wir sind dieser Überzeugung gewesen. Wir haben zwar kein Abschlußresümee gezogen, aber es war hier im Gleichklang zu sehen.

Es muß auf jeden Fall in dem neuen Konzept, das uns von Herrn Vogelmeier vom staatlichen Schulamt vorgestellt hatte, sichergestellt werden, daß von den Hauptschulen in kleineren Klassen mögliche Defizite, die sowohl im sozialen als auch im Handlungsbereich entstehen, schneller und frühzeitiger erkannt und aufgearbeitet sowie Jugendliche die Defizite haben, sei es jetzt vom Lebensumfeld her gesehen, sei es von der Auffassungsgabe her gesehen, frühzeitiger in Fördermaßnahmen eingebunden werden können. Fördermaßnahmen die letztendlich der Berufsreife und den Einstiegsqualifikationen dienlich sind, sind die Dinge, die uns unter den Nägeln brennen. Denn übereinstimmend wurde festgestellt, daß junge Leute, die ausbildungswillig sind, ihre defizitären Bereiche und ihre Schwierigkeiten nur aufarbeiten können oder aufholen können, wenn sie von außen her Hilfestellung bekommen. Es muß eigentlich nur der eigene Wille da sein, alles andere ist von außen her mit zu leiten.

Wir haben heute vormittag auch von Sozialpädagogen die sehr interessante Aussage gehabt, daß sie in der Praxis Schwierigkeiten haben, die Leute bei ausbildungsbegleitenden Hilfen so zu motivieren, daß sie nachher auch eine Ausbildung durchstehen. Das bedeutet im Klartext: wir müßten uns auch darüber unterhalten, ob wir hier Berufsbilder und Ausbildungsplätze schaffen können die nicht mit einem Vollzeitberuf, nicht mit einem Vollabschluß, aber auch keinem Stufenabschluß enden, in der die Ausbildung eben den Qualifikationen derer entgegenkommt. Das soll kein Gesellenbrief oder Facharbeiterbrief Qualifikation B sein. Es gibt Berufe, die anteilmäßig praxisbezogener sind und den fachtheoretischen Teil nicht so stark beanspruchen. Da müßten alle an einem Strick ziehen. Aber das scheitert ja schon hier beim Bundesinstitut für Berufsbildung in den Gremien zur Schaffung neuer Ausbildungspläne, weil wir hier eigentlich so gut wie nichts durchbekommen. Das muß ich jetzt nicht sagen und hier Steine werfen, weil wir im Hause der Gewerkschaft sind, aber hier ist es einfach so, daß die Neinsager auf Seiten der Gewerkschaften sitzen. Und da frage ich mich: was unterhalten wir uns lange um andere Qualifikationen oder andere Berufe, wenn das schon nicht klappt? Geschweige denn, die Aktualisierung der überbetrieblichen Ausbildungspläne.

Es sind viele Dinge da, die man in den überbetrieblichen Lehrgängen anders gestalten könnte, weil neue Technologien die Inhalte überholt haben. Aber auch hier kommt immer das klare Nein. Und, Herr Janke, da bitte ich auch Sie darum, da ich Sie in einigen Gremien als sachlichen Mitstreiter in Sachen der Berufsausbildung kennengelernt habe, daß Sie auf diese Leute einwirken. Denn es nutzt nicht, Ideologien nachzuhaken und anzuhängen, wenn man auf der Seite der Praxis dann wieder was anderes erfahren muß.

### **Wolfgang Braun**

Ja, vielleicht zu dem Thema 2010. Meine Damen und meine Herren, ich habe es heute schon einmal gesagt, daß wir in diesen traditionellen Berufsbereichen wie Metall- und Elektroindustrie keinen Zuwachs an Ausbildungsplätzen mehr bekommen werden.

Es wird eher zurückgehen. Was wir brauchen sind neue Ausbildungsordnungen. Zur Zeit werden ja eine Vielzahl von neuen Ausbildungsordnungen diskutiert. Ich denke hier an den Informations- und Kommunikationssektor, an den Luftverkehrsbereich, den Bahnservice, den Telekommunikationsbereich, an die Systemgastronomie, an den Recyclingbereich und an das Gesundheitswesen, also eine Vielzahl von Bereichen, in denen bisher keine Ausbildungen möglich waren. Hier sollte meiner Ansicht nach kurzfristig der Hebel angesetzt werden, daß wir dort Ausbildungsmöglichkeiten bekommen. Da müssen Arbeitnehmer und Arbeitgeber an einem Strang ziehen, nur so können wir das schaffen.

Wenn Herr Professor Geißler heute vormittag von sogenannten Qualifikationskollagen gesprochen hat, dann sehe ich hierin natürlich eine ganz große Gefahr, denn das wäre die Auflösung unserer dualen Ausbildung, die man in viele Module aufgliedern würde. Das wäre vielleicht für die Betriebe am ehesten geeignet, denn die könnten sich genau das aussuchen, was sie gerade brauchen. Aber ich glaube, das wäre nicht Sinn und Zweck einer Ausbildung. Denn die Basis, eine Grundausbildung, wäre hier nicht mehr gegeben und wir wissen alle miteinander, daß die klassische Ausbildung mit der darauf aufbauenden Weiterbildung hervorragend geeignet ist, Qualifikationen der Zukunft praxis- und interessensgerecht zu vermitteln. Nicht umsonst erlebt der Lernort Betrieb zur Zeit eine Renaissance, weil wohl in keinem Bereich soziale und methodisch-prozessionale Kompetenzen so gut vermittelt werden können wie im Rahmen der dualen Ausbildung, wie im Rahmen der Ausbildung in Berufsschule und Betrieb.

### **Martin Janke**

Also, die Neuordnung der Ausbildungsberufe muß schneller gehen, das ist keine Frage. Mir ist es neu, aber es mag sein Herr Lehner, daß Sie andere Informationen haben, daß die Neinsager auf der Gewerkschaftsseite sitzen. Das Problem ist, daß diese Struktur etwas lähmend ist. Das man Neuordnungen schneller voran kriegt, dafür gibt es Beispiele, daß das gelungen ist. Im Medienbereich ist es gelungen, sehr schnell neue Berufsfelder zu schaffen.

Das gleiche gilt mit den Erprobungssachen, die auch hier im Bereich Oberbayern zusammen mit der IHK eingeleitet werden. Also ich denke, da kommt einiges in Gang. Und es hilft halt nichts Herr Lehner, wenn Sie mir ideologische Argumentationen vorwerfen und relativ glatt darauf reagieren. Ich denke, notwendig ist es, diese neuen Berufsfelder tatsächlich auch in die Gänge zu kriegen. Wobei ich glaube, daß uns das für München alleine auch nicht helfen wird, das ist das Problem dabei. Die Schwierigkeit ist tatsächlich die, daß uns die Arbeitsplätze und damit auch Ausbildungsplätze fehlen. Und das behaupte ich nach wie vor, weil die Zahlen das meines Erachtens aussagen.

Vor vier oder fünf Jahren hat noch keiner hier in München so über Leistungsschwäche, oder überhaupt in der Berufsbildungsdiskussion jemand über Leistungsschwache, diskutiert wie heute. Komischerweise kommt diese Diskussion parallel mit dem Mangel an Ausbildungsplätzen. Zufällig ist das natürlich nicht. Natürlich suche ich mir als Betrieb die leistungsstärksten Auszubildenden aus, das ist ja logisch. Und natürlich bleiben die Leistungsschwächeren am Ende auf der Strecke. Nur muß es in der Fachdiskussion erlaubt sein zu sagen, daß ich das politisch und auch moralisch nicht akzeptieren kann, daß die Schwachen auf der Strecke bleiben. Und das ist für mich nach wie vor Kern der Sache. Deswegen lande ich am Ende auch wieder bei der Umlagefinanzierung, weil ich glaube, daß das ein Lösungsansatz oder eine Lösung wäre, aber die ganze Problematik und Differenziertheit, die wir in der Diskussion auch brauchen, natürlich mitbringt, Herr Braun, das ist klar.

## 6.5 Fragen und Diskussionsbeiträge von TeilnehmerInnen des Kongresses

### **Lore Schulz-Wild**

Also, die Diskussion um Leistungsschwache, um Problemgruppen oder um Benachteiligte und so, das haben wir bestimmt schon 30 Jahre lang immer mal wieder. Das ging auf und ab. Die Geschichte ist einfach so und man muß sich einfach wieder damit auseinandersetzen. Ich wollte jetzt gerne mal ins Publikum gehen, damit Sie nicht sich so benachteiligt fühlen, weil wir gerade von Benachteiligten gesprochen haben. Wer meldet sich denn zu Wort? Oder sollen wir zum nächsten übergehen zu der Frage: Ausbildung in München 2010, mit welchem Ziel? Vorhin hatte sich jemand gemeldet, da habe ich gesagt es ist jetzt Zeit. Ja, bitte! Wenn Sie Ihren Namen sagen und dann an das Mikrophon begeben, damit das mit der Aufzeichnung klappt.

### **Martin Gruber**

Mein Name ist Martin Gruber. Ich bin Berufsschullehrer für Elektroinstallateure und ich möchte einen Aspekt aufgreifen, der heute den ganzen Tag, soweit ich weiß, noch nicht angesprochen wurde. Das ist die Idee, die zur Zeit da ist, daß die Auszubildenden für die Misere selber aufkommen sollen. Es gibt ja die Vorschläge auch von Unternehmerverbänden und Politikern, daß sich zwei Auszubildende drei Ausbildungsplätze teilen, das wäre übrigens auch eine Art Umlagefinanzierung. Vielleicht greift man das mal positiv auf und sagt, zwei Betriebe tun sich zusammen und stellen drei Ausbildungsplätze zur Verfügung. Und wenn man das nach dem Beispiel von Herrn Braun durchrechnen würde, dann würde das klappen und dann hätten wir genügend Ausbildungsplätze.

Jetzt mal im Ernst. Es ist eigentlich genau in der Situation, in der die Auszubildenden in Schwierigkeiten sind, da kommen Unternehmensvertreter her und sagen: die Auszubildenden sollen erstens länger arbeiten, 37 Stunden ist zu wenig. Sie sollen 40 Stunden arbeiten. Die Leistungsfähigkeit der Berufsschule soll dadurch verbessert werden, daß der Berufsschulunterricht gekürzt wird. Neuester Vorschlag der Arbeitgeberverbände in Bayern: die Schüler sollen nur noch an einem Tag in die Berufsschule gehen und die übrige Zeit dem Betrieb zur Verfügung stehen. Die 6 Wochen Urlaub, die die Auszubildenden jetzt zur Zeit im Elektrohandwerk haben, sollen auf 4 Wochen reduziert werden. Das sind alles Angriffe auf die Situation der jungen Leute, die eigentlich die Schwäche der jungen Leute ausnützt. Und ich finde, die Betriebe, Handwerk, Industrie und Öffentliche Hand, alle zusammen, sollten doch mal rangehen und positive Ansätze für die jungen Leute suchen und nicht die jungen Leute schon jetzt unter Druck setzen.

### **Thomas Heiden**

Mein Name ist Thomas Heiden. Ich bin Jugend- und Auszubildendenvertreter und ich hätte eine Frage an den Herrn Schropp. Und zwar haben Sie vorher gesagt, 100 zu 106, das ist gemeldet aber nicht richtig, also Sie hätten gemeint es gibt mehr. Irgendwie kann es nicht sein, also, bei Ihren Worten habe ich einfach gedacht: wer einen Ausbildungsplatz sucht, der wird auch einen finden. So habe ich das herausgehört, das kann aber nicht sein. Ich bin Jugendlicher und ich habe einen großen Kreis, ich kenne viele Jugendliche. Wie kann es dann sein, daß ich viele kenne, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben?

### **Herr Lechner**

Mein Name ist Lechner. Ich bin an der Berufsschule für Elektrotechnik. Ich möchte anschließen an die Rede vom Herrn Kollegen Gruber und wende mich an Herrn Lechner, der ja vorher den Satz geprägt hat, er schaut sich nicht die Verpackung an sondern mehr den Inhalt. Uns liegt ein Papier vor, das auch aus Ihrem Hause stammt und in dem Sie fordern, daß der Blockunterricht wieder zurückgeführt werden soll in den Ein-Tagesunterricht. Sehen Sie also in dieser Tatsache, daß man damit letztlich eigentlich die Berufsschule des 19. Jahrhunderts wieder einführen will, sehen Sie vielleicht in dieser Tatsache, die ja die Unmöglichkeit, Handlungsorientierung und Projektorientierung an einem Berufsschultag durchzuführen enthält, nicht, daß damit die Innovation und die Motivation von den Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrern wieder zunichte gemacht werden soll? Sehen Sie also in dieser Tatsache mehr eine Verpackungsfrage oder mehr eine Inhaltsfrage?



**Rudolf Lehner**

Wenn wir jetzt auf die Dinge des Berufsschulunterrichts eingehen die Sie hier zitiert haben, ist es eigentlich nur zu zwei Dritteln zitiert. Es geht uns nicht um die Reduzierung des Unterrichtes, sondern um das aufgebauscht werden des Unterrichtes im Rahmen der Einführung der Blockbeschulung. Es kann doch nicht angehen, wenn ich 40 Schultage Einzelunterricht mal als Maßstab nehme, daß ich, indem ich sage: den führen wir im Rahmen eines Blockunterrichtes durch, daß dann daraus plötzlich 60 Tage werden. Das ist eine wundersame Vermehrung und so ist unsere Stellungnahme zu verstehen, so ist sie auch niedergeschrieben. Wir wollen nur, wenn wir Blockbeschulung durchführen, das normale Maß des Berufsschulunterrichtes gewährleisten wissen, weil uns sonst die Betriebe nicht mehr mitspielen. Wir haben bereits Bereiche wo es nicht nur 60 Tage sind, sondern bereits 72 Tage. Es geht so einfach nicht weiter, weil die Leute immer weniger im Betrieb sind. Wenn Sie die Ausbildungsrahmenpläne anschauen, dann muß doch auch der Betrieb zurandekommen. Das heißt überhaupt nicht, daß wir die BerufsschullehrerInnen demotivieren wollen, da wir Ihre Leistungen sehr wohl anerkennen. Weil ich weiß, wie schwierig es heute ist, in einer Berufsschulklasse den Unterricht für alle interessant zu gestalten, weil Sie aus dem gesamten Spektrum, vom Gymnasiasten bis hin zum Sonderschüler, die Leute drin sitzen haben. Damit ist Ihre Ausbildungsleistung in keiner Weise irgendwie als negativ bewertet zu sehen, sondern es geht um die faktischen Dinge, die sich einfach im Lauf der letzten 15 Jahre verselbständigt haben. Dafür hat kein Betrieb Verständnis.

Wir haben gerade noch etwas angesprochen gehabt, das ist der Urlaub im Elektrobereich. Ich kann es jetzt nur für das Handwerk sagen, weil für die Landesinnungsverbände die Gewerkschaften Tarifpartner sind. Es kann überhaupt nicht am Urlaub gerüttelt werden, weil im Elektrohandwerk, ich kann es jetzt leider Gottes nur aus dem Gedächtnis zitieren, im Tarifvertrag für die Elektroinstallateure, ich glaub da sind die Radio- und Fernstechniker, die Elektromechaniker und die Elektromaschinenbauer auch mit drin, hier sind 30 Arbeitstage, also sprich 6 Wochen und nicht zu verwechseln mit dem Begriff Werkstage wie sie im Jugendarbeitsschutzgesetz festgeschrieben sind, festgeschrieben. Also hier kann man ja überhaupt nicht heraus und man kann hier nicht unterstellen, daß Dinge die der Tarifautonomie unterstehen einseitig abgeändert werden können.

Also, insofern möchte ich da bittschön schon an die Fairness appellieren, es geht uns nicht um die Reduzierung des Berufsschulunterrichtes sondern es geht um die wundersame Vermehrung der Anzahl der Tage bei Einführung der Blockbeschulung. Und da kommen wir gleich noch auf das nächste praktische Thema das wir haben. Wenn es heißt "Freistellung zur überbetrieblichen Unterweisung", das muß ich sagen, haben wir in einigen Landkreisen hier in Oberbayern ganz große Schwierigkeiten einen Konsens zu finden, um an ein Datum ranzukommen bei dem es der Berufsschule genehm ist, daß das Handwerk die vorgeschriebenen überbetrieblichen Unterweisungsmaßnahmen durchführt.

Und es kann dann auch nicht gehen, das sind Gott sei Dank nur noch Einzelfälle die wir aber früher verstärkt gehabt hatten, daß der Nachholunterricht eines Elektroinstallateurs mangels eines vorhandenen Blockes dann plötzlich in der Bäckerklasse durchgeführt werden muß. Das sind auch Dinge mit denen ich schon konfrontiert war, und leider Gottes immer noch bin, bei denen man unsere Position verstehen muß. Also bitteschön - sehen Sie das ja nicht so. Wir wollen nicht die Berufsschultage insgesamt reduzieren, sondern wir wollen sie nur auf das korrekte Maß, das vorgegeben ist, reduziert wissen.

### **Franz Schropp**

Es stand noch die Frage im Raum, warum Jugendliche keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Da müßte man natürlich etwas detaillierter untersuchen, welcher Berufswunsch bei diesen Jugendlichen vorhanden war oder ob vielleicht der Ausbildungsplatz 20 oder 30 Kilometer vom Wohnort entfernt war. Tatsache ist, daß Ende September in München, also am Ende des Vermittlungsjahres, 1.470 Ausbildungsplätze unbesetzt waren. In Freising waren es 325, in Ingolstadt 490, in Rosenheim 437, in Traunstein 324, in Weilheim beispielsweise 401 und insgesamt standen diesen nur 829 nicht vermittelte Bewerber gegenüber. Also da muß, wie gesagt, im Detail nachgeforscht werden, warum dieser Jugendliche oder diese Jugendliche den Ausbildungsplatz nicht bekommen hat. Pauschal kann so etwas nicht beantwortet werden. Wenn es aber für den Beruf des Masseurs keine Ausbildungsplatz gibt, dann muß man halt auf einen anderen Beruf ausweichen.

### **Martin Janke**

Die Jugendlichen können von bestimmten Sachen abweichen. Aber Sie können nicht komplett einen anderen Beruf erlernen, den Sie gar nicht wollen.....

### **Lore Schulz-Wild**

Es ist zudem die Frage, ob die Tätigkeit des Masseurs nach 3 Jahren Ausbildungszeit noch Spaß macht.

### **Herr Gröber**

Mein Name ist Gröber. Ich bin vom BMW Betriebsrat. Ich habe noch einen Punkt an was es vielleicht liegen kann, daß Ausbildungsplätze nicht besetzt sind. Ich war vorher in dem gleichen Forum wie der Kollege der gerade vorher etwas sagte. Also, daß die Azubis oder die Bewerber nicht einfach in ihrem Traumberuf unterkommen, wie sie das gesagt haben, das ist klar. Wobei wir auch darüber diskutiert haben, was ein Traumberuf ist. Da liegt's halt einfach ein bisserl an der Neigung, da gebe ich dem Vorredner recht, und daran, daß das ganze ein bisserl Spaß machen soll. Noch ein Punkt aber ist der, daß die Unternehmen so hohe Erwartungen setzen, daß das Unternehmen praktisch keinen Bewerber findet der geeignet ist. D.h. nicht, daß sich da keiner auf die Stelle bewerben würde, sondern, daß sie halt keinen geeigneten Bewerber finden.

Und wenn ich mir das anschau, also auch das in meinem Unternehmen, bei BMW, was wir für ein Niveau haben, daß man Berufe die eigentlich laut Ausbildungsordnung für Hauptschüler zugelassen sind nur mit Leuten besetzt die Mittlere Reife, auch noch ein relativ gutes Niveau der Mittleren Reife, haben, dann sagen wir immer mehr, daß wir für bestimmte Berufe nur noch AbiturientInnen zulassen. Damit ist es natürlich schon so, daß viele Leute auf der Strecke bleiben, weil sie einfach das Niveau nicht haben. Ich denke mir, daß, ja daß man sich vor allem in der Industrie, die davon am meisten betroffen ist, daß man sich auch mal Gedanken dazu macht wo das ganze hinführen soll, weil wir das Niveau immer höher schrauben und die Leute keine Chance haben da rein zu kommen. Und ich denke mir, daß das nicht recht zweckmäßig ist. Und darum gibt es halt auch viele Bewerber die dann irgendwo, in der Gosse ist jetzt vielleicht übertrieben, irgendwo landen und nicht mehr unterkommen. Und das sind halt so Plätze wo ich mir denke: die Industrie verlangt immer mehr.

Und wenn ich mir anschau, was man in der Industrie an Energie in die Ausbildung reinsteckt, also wenn ich mir denke, damals als die Neuordnung von diesen industriellen Berufen noch nicht war, da haben wir um einiges mehr an Ausbildung im Betrieb gehabt. Das Unternehmen hatte sich damals eigentlich noch mehr in der Ausbildung engagiert. Ich sag jetzt nicht, daß das jetzt schlecht ist, aber es wird halt einfach auch eingespart in der Ausbildung. Wir haben also jetzt weniger Ausbilder und man muß sagen daß die Berufe, seit sie neu geordnet sind um einiges schwieriger sind, und daß ich dem Unternehmen teilweise recht geben muß wenn es sagt, daß bestimmte Leute mit der und der Qualifikation die Ausbildung gar nicht mehr schaffen werden.

Aber ich denke mir, daß das nicht so sehr an den Bewerbern liegt, da die Bewerber genauso wie früher sind, das sind doch die gleichen Leute, sondern an den gestiegenen Erwartungen. Wenn man mehr von den Leuten haben will, denk ich mir, dann muß man auch mehr reinstecken. Man kann nicht, gut, die Unternehmer, sag ich jetzt mal, machen es sich einfach und sagen halt: ja gut, wir haben genügend Bewerber, wir suchen uns die Besseren heraus, also man muß sich doch, denke ich mir, wenn man das normalerweise gesamtwirtschaftlich anschaut, einmal zusammensetzen auch mehr investieren - auch die Unternehmer. Daß da halt mehr rauskommt. Man kann nicht einfach sagen, die Schulen sind schuld, die bringen den Leuten zu wenig bei. Man kann ja nicht alles nur in der Schule machen, sondern man muß für eine gute Ausbildung auch mehr in die Ausbildung investieren.

### **Thomas Rugner**

Also, es zeigt sich in den letzten Jahren, daß wir mehr und mehr die Situation kriegen, und ich finde dies auch gut, daß Jugendliche hinterfragen was passiert denn eigentlich nach einer Ausbildung, also daß es wichtig und hinterfragt wird, was sich denn für Chancen im erlernten Beruf ergeben. Habe ich da eine Chance auf Übernahme? Habe ich da eine Chance auch für einen beruflichen Aufstieg?

Ich denke mir, es ist auch ganz natürlich, daß man nach so etwas fragt. Und ich glaube auch, daß es wichtig ist, daß die Leute das tun. Wenn ich mir jetzt aber anschau, was dann letztendlich nach einer Ausbildung kommt, dann ist das für mich ein Grund, daß auch von den Jugendlichen traditionelle Berufe nicht mehr so nachgefragt werden wie noch vor ein paar Jahren. Wenn in einem Betrieb zum Beispiel Personal abgebaut wird, werden die Mütter und Väter den Kindern wenig raten, dort einen Ausbildungsberuf zu erlernen, da dieser dann zu keiner Beschäftigung in so einem Betrieb führt. Das ist mit Sicherheit ein Grund.

Ein weiterer wichtiger Grund für mich ganz persönlich ist: wenn ich keine Chance auf eine Tarifbindung habe - jetzt sind wir wieder beim Beispiel Handwerk und dort es ist eben faktisch so, ja, daß die Arbeitgeber im Handwerk den Betrieben empfehlen Tarifverträge zu brechen und dort ja auch Väter arbeiten die ihren Söhnen sagen: Moment einmal! Mein Alter der bescheißt mich gerade möglicherweise beim Urlaub, beim Urlaubsgeld und dich vielleicht nächstens bei der Ausbildungsvergütung! - dann ist es unattraktiv, dort eine Ausbildung zu beginnen. Das ist nicht an den Haaren herbeigezogen, sondern das ist Fakt, das passiert momentan. Und daß das Handwerk zum Teil seinen Ruf verspielt ist auch ein Grund dafür. Zum Teil hat man da auch Unrecht, weil es auch andere im Handwerk gibt, um nicht in die Mottenkiste greifen zu müssen.

Das Beispiel der Umlagefinanzierung bei der Metallindustrie, ja, das ist auch meiner Ansicht nach genau aus dem Grund gescheitert, daß die Arbeitgeber, daß der Arbeitgeberverband der hinter diesem Umlagemodell gestanden ist, den eigenen Tarifvertrag noch nicht einmal in einem Ausbildungsverein, den er selbst gegründet hat, anwendet. Also, das sind Gründe dafür, daß Auszubildende zum Teil einen solchen Ausbildungsplatz ja erstmal gar nicht wählen.

Das hat aber mit Sicherheit auch etwas damit zu tun was es da an Qualität in der Ausbildung gibt. Noch ein Beispiel im KFZ Handwerk. Ich habe letzte Woche mit einem Betriebsrat im KFZ Handwerk gesprochen. Der sagt, er ist gerade mit seinem Arbeitgeber am diskutieren, doch unbedingt die Ausbildungsplätze im KFZ Handwerk zu erhalten, weil der darüber nachdenkt, jetzt im Herbst die Ausbildungsplätze zu reduzieren. Er sagt: „Ich argumentiere gegenüber meinem Chef im Betrieb damit, daß mit unseren Auszubildenden ja nicht nur qualifizierte Arbeit gemacht sondern auch Geld verdient wird, ganz faktisch Geld verdient wird.“ Das ist auch im Handwerk so, nur bekommen wir jetzt eine Situation, in der in der Industrie die Ausbildungsplätze weniger geworden sind und im Handwerk absehbar ist, daß dadurch, daß die Arbeitsplätze verloren gegangen sind, die Auslastung in den Betrieben fehlt.

Wir bekommen eine Situation in der das Handwerk, das momentan - Gott sei Dank - noch einen Teil der in der Industrie abgebauten Ausbildungsplätze aufgefangen hat, dieses meiner Einschätzung nach in absehbarer Zeit nicht mehr tun wird - oder nicht mehr tun kann.

Dann darf man in der Diskussion die wir hier im Raum führen auch eines nicht vergessen: wir sind in München mit Sicherheit noch in einer komfortablen Situation.

Herr Schropp, in Ihrer Aufstellung die Sie gerade gebracht haben sind mir zwei große Städte Bayerns abgegangen. Das waren Nürnberg und Augsburg. Wenn ich mir das dort anschau, wir haben da ja mittlerweile - also wir können hier ja noch über einen schwindenden Überhang diskutieren, das ist ja ein wunderbarer Zustand. Aber er ist nun einmal im Schwinden und das schon seit Jahren. Und einem unvermittelnden Auszubildenden wird es letztendlich auch egal sein ob er keinen Ausbildungsplatz bekommt, weil die Selbstverpflichtung der Wirtschaft nicht funktioniert oder weil es keine Umlagefinanzierung gibt. Das wird erst mal so sein, da bin ich vollkommen leidenschaftslos - also ich denke, in Nürnberg oder Augsburg können Sie das an dieser Stelle bereits nicht mehr diskutieren. Dann denke ich mir, müssen wir die Frage halt einfach mal stellen. Gut, da können wir jetzt sagen: das beantworten wir damit, daß die Jugendlichen einfach nicht qualifiziert genug sind um die Ausbildungsplätze die es da gibt zu bekommen, darum bleiben sie unvermittelt. Letztendlich denke ich mir aber, daß die Zahlen anderes beweisen werden. Und wir können uns, denke ich, auch nicht erlauben, daß wir da Tausende - und auch in München sind es mittlerweile schon Tausende - unversorgt lassen.

### **Stephan Bayer**

Mein Name ist Stephan Bayer. Ich bin bibliothekarischer Mitarbeiter an der Ludwig Maximilians Universität in München. Ich habe den Vorteil, daß ich beide Seiten kenne, also einmal ein akademisches Studium und auf der anderen Seite eine ganz normale duale Berufsausbildung. Jetzt, im Verlauf dieser Diskussion, habe ich mich einmal an diese Zeit zurückerinnert und wie das bei mir damals war. Ich habe Lebensmitteleinzelhandelskaufmann gelernt. Ich bin einmal in der Woche in die Berufsschule gegangen und muß jetzt in der Rückschau einfach sehen, daß ein motivierter Unterricht sowohl seitens der Lehrkräfte als auch seitens unserer Seite gar nicht zustande kommen konnte. Ich selber bin der Ansicht, daß das im Block laufen soll. Das ist das eine, was ich einmal feststellen wollte, weil ich die eigene Erfahrung mit dem Eintagesunterricht und den sonstigen Tage im Betrieb einfach als schlechte in Erinnerung habe. Im weiteren muß ich rückschauend auch feststellen, daß man gerade in meiner Berufsausbildung damals wirklich eine billige Arbeitskraft war. Ich bin am ersten Tag schon hinter der Theke gestanden und habe genauso verkauft wie die ausgebildete Verkäuferin oder der ausgebildete Kaufmann.

Dann der zweite Vorwurf, und da möchte ich ganz gezielt Sie, Herr Lehner, noch einmal angreifen, weil Sie Herrn Janke vorgeworfen haben, er würde ideologisch argumentieren. Sie dürfen auch nicht verstecken, und das tun Sie ganz genauso, daß auch Sie eine Ideologie haben.

Und diese Ideologie lautet: Marktideologie, diese Ideologie lautet: Geldverdienen um jeden Preis. Was mit den Menschen hier in dem Land los ist interessiert Sie nicht, weil Sie Ihren Sack voll kriegen wollen. Das ist die Position, die ich heute mittlerweile von seiten der Arbeitgeber oft genug mitbekomme. Wenn ich mir heute anschau, wie das Finanzkapital jongliert wird, dann ist es natürlich klar, daß man das Geld irgendwo anders anlegt und selbst arbeiten läßt und nicht mehr dran interessiert ist, daß junge Menschen in diesem Land mit einer Berufsausbildung eine Chance haben. Danke.

## 6.6 Beantwortung der Fragen und letzte Runde des Podiums

### **Rudolf Lehner**

Ja! Jetzt ist der Knüppel wieder aus dem Sack! Ja - also, man hat hier ja im Saal schon verschiedene Meinungen gehört und ich muß mich wundern, daß mir unterstellt wird, daß wir aus marktideologischen Gründen die Auszubildenden ausnutzen. Ich meine: Ihr Beispiel war ja nicht aus dem Handwerk. Das was Sie hier genannt haben betrifft mich also insofern relativ wenig. Es ist interessant. Wir haben zuvor zwei Redner gehabt und diese beiden haben eigentlich das widerlegt, was Sie jetzt ausgesagt haben. Der eine sagt, wir kriegen nicht genug um die Mark zu scheffeln und bilden deshalb aus. Und der Vorredner sagte mir gerade das Beispiel von BMW, vom KFZ-Betrieb der die Ausbildung abbaut weil er sie sich entweder nicht mehr leisten kann oder weil sie sich nicht mehr rechnet. Und jetzt könnten wir eigentlich sagen, daß sich damit die gegenseitige Schuldzuweisung schon wieder beantwortet hat, denn was soll man jetzt eigentlich noch für bare Münze nehmen? Auf der einen Seite heißt es, wir bilden aus weil wir daran verdienen und auf der anderen Seite wird geschimpft, wir haben nicht genügend Ausbildungsplätze weil die Ausbildung so teuer ist. Es sind jetzt zwei konträre Meinungen im Raum, so daß sich eigentlich ein jeder ein eigenes Bild zeichnen kann.

Es wird im Handwerk deshalb ausgebildet weil sehr viele Kräfte abwandern und von Betrieben aufgenommen werden, die nicht ausbilden weil sie wissen, daß diese gut ausgebildet sind. Wenn ein Handwerksunternehmer, der vom Arbeitsmarkt die Gesellen die er bräuchte nicht bekommt, was soll der denn dann anderes tun als daß er selbst wieder ausbildet? Und dann frage ich mich: ist das dann ein Verbrechen, wenn er ausbildet und den Leuten hier einen Ausbildungsplatz bietet? Wir haben auch Zeiten gehabt wo es geheißen hatte - bitte bildet über den Bedarf des Arbeitsmarktes hinaus zusätzlich aus, weil wir sonst nicht genügend Ausbildungsplätze haben. Das war Anfang der Achtziger Jahre. Jetzt heißt es, es würde nur ausgebeutet. Aber irgendwie müßten wir doch da mal aufhören und auf das normale Niveau runtergehen und sagen: wir sind froh, wir haben Ausbildungsplätze. Wenn hier Mißstände da sind, bitte meldet es uns! Mehr kann ich nicht tun.

Ich war allerdings selber überrascht, daß ich gerade jetzt erfahren habe, daß die Arbeitgeberverbände dazu aufgerufen haben, die Tarifverträge am Ausbildungsmarkt nicht mehr einzuhalten. Also das ist mir neu, das habe ich bisher weder gehört noch gelesen. Da wäre ich sehr daran interessiert, dieses vielleicht nachher noch zu klären, wann und wo das stattgefunden haben soll. Denn so etwas ist ja rechtswidriges Verhalten. Das sind Dinge die zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vereinbart wurden und damit niedergeschrieben sind. Es ist natürlich Eines, das man hier auch berücksichtigen muß: Wenn jetzt keine Tarifbindung vorhanden ist, dann können Sie sie nicht erzwingen.

Bei vorhandener Bindung? Ja, dann, ja, aber dann muß ich natürlich sagen, dann sitzt der Arbeitnehmer, der also hier über's Ohr gehauen wurde, ja, natürlich auch am längeren Hebel. Denn er kann zu jedem Arbeitsgericht gehen und die Dinge einklagen. Ich sage, dann kann er das tun, denn zum einen ist es ihm - war es denn ein Handwerksbetrieb den Sie jetzt als Beispiel gebracht haben? Ja? Dann hat er also zum einen die Möglichkeit, den Ausschuß für Lehrlingsstreitigkeiten bei den Innungen einzuberufen. Das ist eine Sonderform und Möglichkeit die es nur im Handwerk gibt, zu seinem Recht zu kommen. Dieser Ausschuß für Lehrlingsstreitigkeiten ist dem Arbeitsgericht vorge-schaltet. Und mit einem schriftlichen Spruch daraus, der nur eindeutig für den Auszubildenden ausgehen kann wenn er die Tarifbindung nicht einhält, kann er zum Arbeitsgericht gehen. Er kann es auch noch nach der Ausbildungszeit, unmittelbar nach der Ausbildungszeit, einklagen, diese Möglichkeit besteht auch. Oder aber er sagt uns Bescheid. Dann werden auf diesen Betrieb zugehen und ihm erzählen, daß er dazu verpflichtet ist und wenn er zuwider handeln würde, dann müssten wir ihn leider abmahnen. Dazu gibt es dann auch bei der Regierung von Oberbayern Bußgeldmöglichkeiten bis hin zum Entzug der Ausbildungsbefugnis.

### **Wolfgang Braun**

Ich habe gerade zu Herrn Schropp gesagt: jetzt sind wir dann wieder in dem Grabenkampf, den wir immer wieder einmal haben. Weil - das löst an dem Problem nichts. Ich will jetzt nicht vermittelnd eingreifen, aber - und die Vorredner haben es doch schon gesagt - das Kernproblem ist doch nicht die Moralität oder Unmoralität von Arbeitgebern, wenn das in dem einen oder anderen Fall auch so sein mag, die mutwillig Ausbildungsplätze abbauen. Wir haben doch hier, wenn ich das als Vertreter eines Amtes sagen darf, das den Namen Arbeitsmarktamt trägt, wir haben doch hier eine Beschäftigungskrise sondergleichen in Deutschland und dieses duale System ist nichts davon Abgehobenes, sondern es gehört in seinem Kern zu diesem Beschäftigungssystem wie kein anderes Ausbildungssystem, das wir haben.

Und wenn da jetzt Probleme auftreten, dann sind das nicht die Jugendlichen und es ist auch nicht das moralische oder unmoralische Verhalten der Arbeitgeber, sondern es hat was zu tun mit dem Umbau des Arbeitsmarktes und was weiß ich, was da noch zusammen kommt.

Die Ausbildungsprobleme, das mag jetzt äußerst fatalistisch klingen, die sind mit all unseren Vorschlägen irgendwo am Rande zu lösen. Im Kern sind sie nicht zu lösen oder nur dann, wenn wir die Beschäftigungskrise lösen oder die Beschäftigungsprobleme lösen. Und das macht die Sache ja so fatal und es ist nicht, es ist bezeichnend, daß wir jetzt, wo wir keinen Ausweg mehr sehen, daß wir jetzt wieder aufeinander einhauen. Und jeder führt irgendwo den anderen vor. Es nützt nichts. Wenn wir 6, 7, 8 Millionen Defizit an Arbeitsplätze haben, dann regen wir uns hier jetzt, ich sage jetzt mal in Anführungszeichen, darüber auf, daß uns ein paar Ausbildungsplätze fehlen.

Das, verstehen Sie das bitte nicht zynisch, aber da, an dem Kern, muß man die Sache anpacken und da wir da halt auch keine Rezepte haben, verflüchtigen wir jetzt uns auf Nebenschauplätze. Aber für mich ist das überhaupt keine Frage. Wir sind nicht in der Krise des dualen Systems, sondern in der Krise der Arbeitswelt, des Arbeitsmarktes. Und solange da nichts passiert, ist alles andere Makulatur bzw. ein frommer Wunsch und auch 5 I- und K-Berufe mit 25 Ausbildungsplätzen in München ändern nichts prinzipielles an diesem Problem. Das tut mir leid, wenn ich das jetzt so hart formuliere, aber das ist jedenfalls die Meinung aus unserer Sicht und ich glaube wir sind schon ganz nahe an der Realität des Arbeitsmarktes dran.

### **Martin Janke**

Also, trotz allem noch einen Satz, Herr Braun, wobei ich Ihre Mahnung sehr wohl wahrnehme. Herr Lehner - da ist der Jugendliche, der als einzelner Auszubildender mit zwei Gesellen und einem Meister im Betrieb ist. Der geht einmal zu Ihnen oder schaltet die Gewerkschaft ein und die haut auf den Tisch oder geht einmal zum Arbeitsgericht - dann geht's dem in so einem Betrieb dreckig. Und dann fliegt er raus oder nicht raus, da hilft kein Arbeitsrecht und nichts. Also, das ist ein Scheißsituation für den, das ist tatsächlich schwierig. Also, da ist der Weg auf die formelle Ebene, hier Streitigkeiten oder da Streitigkeiten wenig hilfreich, das ist eine schwierige Situation.

Jetzt, am Ende der Diskussion, stellt sich für mich noch einmal sehr massiv die Frage: was tun in München? Die Frage der Umlagefinanzierung entscheiden wir hier nicht vor Ort. Wir entscheiden auch nicht die Frage, wie die Berufsschulentwicklung in Bayern aussieht. Da können wir nur nachdrücklich bohren und eher um mehr Freiräume kämpfen. Aber welche Möglichkeiten, welche Entscheidungsperspektiven haben wir denn in dieser Stadt? Was kann man hier tun? Und da sage ich schon, da fehlen mir ein paar Dinge, die es in anderen Städten gibt, wahrscheinlich weil dort die Problematik schwieriger ist. Aber es stellt sich für mich die Frage einer Umschichtung. Noch einmal sehr deutlich: wir brauchen Initiativen für Nichtdeutsche Jugendliche, die halte ich für notwendig.



Wir sollten uns noch mal das Kölner Modell anschauen und was wir von dort übernehmen können, was wir hier damit machen können. Aus meiner Sicht ist zumindest, so wie ich das bisher wahrgenommen habe, dieses sinnvoll. Vielleicht auch eine gemeinsame Initiative, wie es in Nürnberg eine mit den beiden Kammern, den Gewerkschaften und vielen anderen Initiativen gibt. Dann die Frage: was ist mit den Arbeitsförderungsinitiativen? Wir haben eine bestimmte Anzahl von Plätzen in den Arbeitsförderungsinitiativen, das sind im Verhältnis relativ wenig, aber sie sind sinnvoll wie notwendig. Die Problematik der Anzahl dieser Plätze hatten wir schon, als der Ausbildungsplatzabbau noch lange nicht massiv war. Brauchen wir denn da nicht deutlich mehr? Muß die Stadt denn da nicht deutlich mehr Geld investieren? Das gleiche gilt für den Ausbau der berufsbezogenen Jugendhilfe. Ist da nicht mehr notwendig? Müssen wir uns nicht von manch anderem liebgewordenen trennen?

Das sage ich jetzt sehr deutlich: ist es für sozialpolitisch engagierte Menschen nicht notwendig, hier viel stärker Partei und das Wort zu ergreifen und auch gegen die Kulturpolitik oder gegen die Verkehrspolitik deutlich anzugehen und zu sagen: hier im Jugendbereich gibt es was viel wichtigeres zu tun? Ich halte diesen Kampf für dringend notwendig. Es kann sein, daß wir am Ende feststellen, da sind ein paar Bauchschmerzen für den einen oder den anderen die Folge. Von dem einen oder anderen liebgewordenen Projekt in dieser Stadt, das wir möglicherweise nicht mehr brauchen, Abschied zu nehmen und dafür in die harte Arbeit, in die harte Sozialarbeit, wo wir eigentlich viel mehr bräuchten, zu investieren, das ist, glaube ich, ein Weg, der da weiterbringen kann, der hier in der Stadt und hier vor Ort regelbar ist und den man tatsächlich auch regeln kann.

Als letztes fordere ich die Fortschreibung des Berufsbildungsberichts, weil die Daten immer sehr schwierig zu beschaffen sind, dieser ist meiner Meinung nach sehr notwendig. Und als allerletztes fordere ich noch einmal eine stärkere Initiative, ein stärkeres Engagement von Seiten des Referats für Arbeit und Wirtschaft im ganzen Jugendbereich. Was ist wahrnehmbar ist das Sozialreferat, in dem Fall das Jugendamt, und auch, daß man im Schulreferat sehr intensiv an dieser Diskussion dran ist, sehr nachdrücklich auch fordert, was ich mir wünschen würde, daß die wirtschaftspolitische Frage auch vom Referat für Arbeit und Wirtschaft noch einmal stärker unterstützt werden könnte. Das wären so ganz konkrete Sachen wo ich mir sage, da könnten wir in München ein bißchen was bewegen.

### **Lore Schulz-Wild**

Nun habe ich Ihnen vorhin wesentlich mehr versprochen, als wir in diesen zwei Stunden diskutieren konnten. Das ist aber fast immer so. Wir haben nicht über all die provokanten Sätze von Herrn Professor Geißler heute morgen gesprochen, zum Beispiel, daß es in Zukunft keine innere Anteilnahme mehr braucht, sondern nur noch Rollenflexibilität.

Da hätte ich schon sehr gerne mit Vertretern aus den Betrieben darüber gesprochen, ob das wirklich so ist, ob man in den Betrieben tatsächlich nur noch rollenflexible Menschen braucht und keine mehr haben will, die sich mit dem identifizieren oder das für wichtig halten, was sie da tun, egal wie dieser Beruf jetzt dann heißt. Das ist ja auch was ganz anderes. Wir haben auch nicht darüber gesprochen, ob bei den ganz neuen Berufen, die in Zukunft wohl doch erforderlich sind, es sich auch um so was wie einen Facharbeiteringenieur handeln könnte. Der könnte nämlich mit Abitur abschließen und sehr viel mehr, also mit höheren Anforderungsmöglichkeiten, ausgebildet werden. Wie nennt man das? Ja, also, junge Leute die den Ansprüchen, die von den Betrieben kommen, durch die schulische Vorbildung schon eher gewachsen sind, die kombiniert werden mit dem, was man von Facharbeitern verlangt und was in Betrieben ja weiterhin nötig ist, nämlich den Facharbeitersachverstand und der Kooperationsfähigkeit und diese Sachen, daß man das beieinander behält.

Und wir haben auch überhaupt nicht darüber gesprochen was es bedeutet, wenn Qualifikationen vorhanden oder eben nicht vorhanden sind, was das für die Gesellschaft, für die Demokratie in diesem Lande und für all dasjenige von Jugendkriminalität bis hin zu allen möglichen anderen Problemen, bedeutet. Das ganz ist eine Diskussion die bestimmt bis in das nächste Jahrtausend hinein weitergeht und das nächste Jahrtausend beginnt in fast 1000 Tage - das darf man sich immer nicht, das darf man dabei nicht vergessen, weil das Jahr 2000 schon ziemlich nahe ist. Es ist, das Dilemma besteht darin, das haben wir heute vormittag schon in dem einen Forum gehört, ohne Ausbildung geht es nicht. Aber die Ausbildung hat wenig damit zu tun, was in dieser Bundesrepublik an Beschäftigung vorhanden ist. Damit müssen wir uns wahrscheinlich abfinden, so ist das. Und jetzt käme noch ein der Abschluß. Jetzt ist der Herr Fischer dran, nein, wie heißen Sie? Köhler heißt er, nicht Fischer, Entschuldigung. Tut mir leid. Herr Köhler für das allerletzte Schlußwort.

## 7. Schlußwort

### **Michael Köhler**

Oh ja, danke, danke, es funktioniert hier. Zum Schluß funktioniert's dann doch. Ja, ich möchte in meinem Schlußwort nicht mehr alles wiederholen was heute schon mal gesagt wurde. Ich will aber doch noch einmal kurz innehalten. Ziel der Veranstaltung heute war es ja, die Rahmenbedingungen der Berufsausbildung in München aufzuzeigen. Ferner sollten auch die Voraussetzungen, die notwendig sind um die Zukunft der Ausbildung in München zu sichern, untersucht werden. Jeder Jugendliche ist schulpflichtig. Die Versäumnisse der Berufsschulpflicht werden mit einer Bußgeldanzeige geahndet. Ebenso nachdrücklich sind die Verantwortlichen in die Pflicht zu nehmen, ausreichend Berufsausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

Das Bundesverfassungsgericht hat ja schon 1980 zur Ausbildungsverantwortung deutliche Worte gefunden. Es hat ausgeführt, daß die Verpflichtung besteht, grundsätzlich alle, daß grundsätzlich alle ausbildungswilligen Jugendliche einen Ausbildungsplatz bekommen sollen. Es hat darüberhinaus betont, daß es nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen bleiben darf, ob genügend Plätze zur Verfügung gestellt werden oder nicht. Heute ist es deutlich geworden, daß jeder und jede seinen Teil dazu beitragen muß, um Jugendliche dabei zu unterstützen, eine Ausbildung absolvieren zu können.

Und zum zweiten, daß alle ausbildungswilligen Jugendliche auch einen angemessenen Ausbildungsplatz bekommen. Die Jugendphase ist dadurch bestimmt, daß sich Jugendliche durch Ausbildung, eigenständiges Wohnen und Arbeiten in die Erwachsenenwelt zu integrieren suchen. Wer diese Integration vermeidet oder verhindert und tatenlos zuschaut wie diese Integration verunmöglicht wird, der macht sich schuldig und wird seiner Verantwortung nicht gerecht. Die Gesellschaft ist also verpflichtet, diesen wichtigen Grundstock für den Aufbau einer eigenen Existenz zu vermitteln. Die Fakten, die wir heute zusammengetragen haben, machen deutlich, wie wichtig es ist, auf dieses Ziel hinzuweisen.

Keiner kann sich zurücklehnen und sagen: wir machen weiter wie bisher. Zum Handeln aufgerufen sind Alle, insbesondere auf der politischen Ebene, im Bund, Land und in der Kommune. Das Signal, das die Landesebene mit der Verweigerung der Teilnahme an der Podiumsdiskussion heute gegeben hat, ist deutlich zu kritisieren. Aber auch die Bundesanstalt für Arbeit, Schule und Jugendhilfe müssen ihren Teil dazu beitragen, die Situation zu verbessern. Die Kontroversen und die Impulse des heutigen Tages sind das Material mit dem wir weiterarbeiten. Durch Ihre Teilnahme am heutigen Tag haben Sie deutlich gemacht, wie wichtig Ihnen das Thema ist. Deswegen möchte ich mich für Ihre Teilnahme bedanken. Ich möchte mich auch bei allen ReferentInnen bedanken, bei den TeilnehmerInnen des Podiums und insbesondere bei den Mitveranstaltern, das ist die DGB-Jugend mit Herrn Janke und die Volkshochschule mit Herrn Leib. Ich bin mir sicher, daß alle TeilnehmerInnen wichtige Anregungen für die weitere Arbeit mitnehmen. Und insofern ist klar, daß wir an diesem Thema nicht nur in diesem Jahr weiterarbeiten müssen, sondern auch in den weiteren Jahren dieses Thema zu bearbeiten haben. Dabei wünsche ich uns allen Erfolg. Damit beschließe ich die Veranstaltung und wünsche Ihnen noch einen guten Nachhauseweg.

---

---

**B**

Bayer, Stephan, Seite 85

Braun, Wolfgang

Leiter der Berufsberatung des Arbeitsamtes, Seite 56, Seite 66, Seite 73, Seite 77, Seite 87

Burkert, Gertraud

2. Bürgermeisterin der Landeshauptstadt München, Seite 15

---

**G**

Geißler, Karlheinz

Universität der Bundeswehr München, Seite 7, Seite 12, Seite 30

Gröber, Seite 82

Gruber, Martin, Seite 79

---

**H**

Heiden, Thomas, Seite 80

---

**J**

Janke, Martin

DGB-Jugend München, Seite 65, Seite 69, Seite 71, Seite 74, Seite 78, Seite 82, Seite 88

---

**K**

Köhler, Michael

Sozialpolitisches Forum, Seite 90

---

**L**

Lechner, Seite 80

Lehner, Rudolf

Ausbildungsberater der Handwerkskammer, Seite 59, Seite 60, Seite 72, Seite 76, Seite 81, Seite 86

Leib, Rolf

Münchner Volkshochschule, Seite 10, Seite 25

---

**R**

Raab, Erich

Deutsches Jugendinstitut, Seite 10, Seite 36

Rugner, Thomas, Seite 83

---

**S**

Schelbert, Erwin

Berufsschule für Elektrotechnik, Seite 38

Schindler, Götz

Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung, Seite 11, Seite 47

Schmid, Helmut

DGB-Kreisvorsitzender, Seite 13

Schröer, Hubertus

Leiter des Jugendamtes, Seite 58, Seite 68

Schropp, Franz

Abt. Berufsbildung der IHK München und Oberbayern, Seite 43, Seite 63, Seite 71, Seite 82

Schulz-Wild. Lore

Freiberufliche Journalistin, Seite 55, Seite 57, Seite 59, Seite 60, Seite 61, Seite 63, Seite 64, Seite 66, Seite 68, Seite 69, Seite 71, Seite 73, Seite 74, Seite 76, Seite 79, Seite 82, Seite 89

---

W

Weiß-Söllner, Elisabeth

Stadtschulrätin, Seite 61, Seite 75

Wieczorek, Reinhard

Referent für Arbeit und Wirtschaft, LH München, Seite 8, Seite 18